

# **A1 Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2024**

Antragsteller\*in: SPD-Landesvorstand  
Tagesordnungspunkt: 7. Diskussion und Beschluss des  
Programmentwurfs

## **Antragstext**

### **1. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft**

Eine soziale gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohlstand, Bildung, Kultur und politischen Entscheidungen haben und sich selbst verwirklichen können, ist seit jeher Ziel der Sozialdemokratie. Dieses Ziel ist längst noch nicht erreicht. Vielmehr ist unsere Gesellschaft aktuell durch eine soziale Frage gekennzeichnet: eine kleine Oberschicht mit einer Vielzahl ökonomischer, räumlicher und sozialer Einfluss- und Verwirklichungsmöglichkeiten, eine große Mittelschicht, die sich teilweise bedroht fühlt und eine größer werdende Gruppe von Menschen, die kaum von Wohlstand und Freiheit profitieren können. Unsere Politik zielt darauf ab, dies auszugleichen und Teilhabe für Alle an einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen. Landespolitisch tragen wir in erster Linie durch eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur dazu bei.

#### **1.1 Familienfreundlichstes Bundesland**

Die SPD ist die Familienpartei in Thüringen. Für uns ist klar: Gute Politik für Familien zu machen, ist das zentrale Anliegen unserer Politik. Wir setzen uns dafür ein, Strukturen zu etablieren und zu stärken, die Familien unterstützen. Wir werden Familien finanziell entlasten und dafür sorgen, dass sie eine qualitativ hochwertige Zeit miteinander verbringen können. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wenn wir die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen wollen, bedeutet das, dass wir den Sozialraum, Unterstützungsangebote, aber auch den Nahverkehr, den Wohnungsmarkt, die Gesundheitsversorgung, sowie Arbeits- und Bildungspolitik im Blick haben müssen.

Familien leiden besonders unter den Krisen der vergangenen Jahre, sei es, weil sie im Besonderen auf eine starke soziale Infrastruktur angewiesen sind oder weil sie stärker unter den Kostensteigerungen leiden.

In den nächsten Jahren liegt viel vor uns, wenn wir attraktive Lebensbedingungen

für Familien in Thüringen realisieren wollen. Die Frage, wie wir gute Betreuung und Bildung in unseren Kindergärten ermöglichen, müssen wir dabei genauso beantworten, wie wir pflegende Angehörige entlasten und unterstützen können oder wie wir mit attraktiven Arbeitsbedingungen Fachkräfte für die Sozialwirtschaft gewinnen, sowie mehr Familienerholung und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen.

Das werden wir tun:

- Das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" nimmt die ganze Familie in den Blick. Diesen Weg wollen wir weitergehen und das Landesprogramm erweitern durch eine Landesinitiative zur Verbesserung von Chancengleichheit und Partizipation in Quartieren sowie ländlichen Räumen mit besonderen sozialen Belastungen und Armutsrisiken. Somit werden Orte für Familien, junge und alte Menschen sowie für Beratungs- und Teilhabeangebote geschaffen.
- Als SPD Thüringen werden wir den Einstieg in das kostenfreie Mittagessen starten. Mit uns bekommt jedes Kind in Thüringen in Kindergarten und Schule ein gesundes Mittagessen am Tag. Dieses soll für Kinder und Eltern kostenfrei sein.
- Unsere Grundüberzeugung ist und bleibt es, dass die Bildung vom Kindergarten bis zum Meister bzw. Master grundsätzlich beitrags- und gebührenfrei sein muss. Daher schaffen wir die Beiträge für Kindergarten und Hort für alle Eltern in Thüringen ab. Unser Ziel ist es, dass Eltern ab Januar 2025 keine Gebühren für Kinderbetreuung mehr zahlen. Beitragsfreiheit und Betreuungsqualität müssen Hand in Hand gehen. Sinkende Geburtenraten sind für uns kein Grund bestehende Stellen abzubauen. Im Gegenteil: Auch sie helfen uns auf dem Weg zu einem besseren Betreuungsschlüssel und sichern die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen.
- Wir werden die Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsqualität in unseren Kindergärten weiter verbessern. Studien empfehlen zusammen mit Fachexpert:innen und -verbänden für den Kita-Bereich einen Mindestpersonalschlüssel von 1:3 für Kinder unter 3 Jahren (U 3) und von 1:7,5 für die Altersgruppe zwischen 3 Jahren und Schuleintritt (Ü 3). Davon ist Thüringen trotz aller in den letzten Jahren vorgenommen Verbesserungen bei den Betreuungsrelationen noch weit entfernt. Deshalb werden wir einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung der Expert:innen-Empfehlung festlegen und diesen schrittweise umsetzen. Unser Ziel ist es, so einen von politischen Konjunkturen und parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen unabhängigen Pakt der Demokrat:innen zur Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in Thüringen zu schließen und

ihn in der kommenden Dekade zu erfüllen. Als ersten wichtigen Schritt werden wir den Mindestpersonalschlüssel im Bereich Ü 3 vereinheitlichen und auf 1:12 festlegen und in einem nächsten Schritt den Mindestpersonalschlüssel in der Altersgruppe der Zwei- bis Dreijährigen auf 1:6 zu verbessern.

- Attraktivitätssteigernd wirkt sich zudem eine weitere Professionalisierung des Berufsfeldes aus. Dazu zählt der Ausbau der einschlägigen Hochschulstudiengänge und die Etablierung eines Instituts zur Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung, die Ermöglichung kontinuierlicher und qualitativ hochwertiger Fort- und Weiterbildung für die Erzieher:innen und das uneingeschränkte Festhalten am Fachkräftegebot. Darüber hinaus wollen wir ausgebildeten Erzieher:innen mit Berufserfahrung den Zugang zu berufsbegleitenden Studiengängen ermöglichen.
- Mit einem Masterplan Fachkräftesicherung in der Sozialen Arbeit starten wir eine Offensive zur Fachkräftesicherung für Kindergärten, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.
- Die Kommunen finanziell verlässlich ausstatten, um Jugendarbeit, Unterstützungsangebote für Familien, Vereinsarbeit, Hilfe für Bedürftige, eine öffentliche Verwaltung, auf die sich jede:r verlassen kann, Straßen, Spielplätze, Schulen und Kindergärten – alles, was es für eine lebenswerte Nachbarschaft und ein soziales Miteinander braucht, vorzuhalten.
- Wir werden ein Programm zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit einführen und gesetzlich verankern, mit dem wir die kommunale Sozial- und Raumplanung verstetigen und weiterqualifizieren, so dass fachbereichsübergreifend, gemeinsam mit den sozialen Trägern und unter Beteiligung der Einwohner:innen, gleichwertige Lebensbedingungen, angemessene Versorgung mit sozialen Dienstleistungen und demokratische Teilhabe für Alle möglich sind. Projekte der Nachbarschaftshilfe, flexible Kinderbetreuung, Freizeitangebote und vieles mehr können damit gefördert werden. Vor Ort soll in den Kommunen entschieden werden, mit welchen Angeboten Familien gestärkt werden. Das Landesprogramm soll ein Volumen von 10 Millionen Euro haben. Mit der Stärkung der kommunalen Sozialplanung sind wir einen wichtigen Schritt gegangen, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern, stärker zu unterstützen und Freizeitangebote auszubauen. In einem nächsten Schritt werden wir die Beteiligung von Menschen vor Ort in ihren Quartieren und Stadtteilen im Rahmen dieser Planungsprozesse erleichtern.
- Eltern brauchen familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Darauf muss sich die Wirtschaft in Thüringen einstellen. Wir werden, insb. kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, Arbeitsbedingungen anzupassen,

z.B. durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle oder Möglichkeiten zum Homeoffice. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer Familienarbeitszeit ein, die Eltern gleichberechtigt die Möglichkeit zur Reduzierung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich ermöglicht.

- Wir werden familienpolitische Akteur:innen in alle für Familien relevanten Entscheidungen einbeziehen. Dazu werden wir den Landesfamilienrat weiterentwickeln.
- Familien brauchen vor allem eines: Zeit füreinander! Wir werden das Landesprogramm zur Familienerholung evaluieren und verstetigen, damit Familien mit geringem Einkommen und pflegende Angehörige die Möglichkeit zu einer Auszeit haben.
- Wir werden noch einmal die Minderungszeiten für Erzieherinnen und Erzieher erhöhen und die Einrichtungsleitung stärken. Das heißt konkret mehr Zeit für Leitungsaufgaben, für Fortbildung und für die Träger neue Spielräume, um krankheitsbedingte Abwesenheiten durch zusätzliches Personal auszugleichen. Für Familien bedeutet dies: mehr Verlässlichkeit bei den Öffnungszeiten ihres Kindergartens. Wir halten an der Betreuungsgarantie von bis zu 10 Stunden täglich fest.
- In den Kindergärten wollen wir die Familienarbeit stärken und multiprofessionelle Teams etablieren. Hierzu wollen wir die Entwicklung von Kindergärten hinzu Thüringer Eltern Kind Zentren (ThEKiZ) und das Modellprojekt „Vielfalt vor Ort begegnen“ ausweiten. Wir werden das Modellprojekt in die Regelfinanzierung überführen und den Kommunen bedarfsgerecht zusätzliche Personal- und Sachkosten zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bereitstellen. Damit wollen wir die regelhafte Einführung von Sozialarbeit in unseren Kindergärten in einem Landesprogramm ermöglichen.
- Zudem gilt es, die schulische Ausbildung der Fachkräfte attraktiver zu gestalten, in dem wir die Schulgeldfreiheit einführen und die Anerkennungspraktika für alle Einsatzfelder flächendeckend vergüten. Zudem werden wir den Weg für einen Quereinstieg und die berufsbegleitende Weiterbildung zur Fachkraft ermöglichen. Mit dem Aufbau eines landesweiten Fachkräftemonitoring für die frühkindliche Bildung werden wir regelmäßig die Personal- und Ausbildungssituation, die konkreten regionalisierten Personalbedarfe und die Notwendigkeiten der Personalentwicklung erheben sowie die daraus abzuleitenden Handlungsschritte des Landes, der Kommunen und der Einrichtungsträger definieren.
- Ein attraktives Berufsumfeld bietet die beste Gewähr dafür, dass sich noch mehr junge Menschen dafür entscheiden als Erzieher:in im Kita-Bereich zu

147 arbeiten und dort auch dauerhaft zu bleiben. Wir werden uns daher dafür  
148 einsetzen, dass die Bestimmungen des TVöD bei der Entlohnung des  
149 Erzieher:innenpersonals landesweit und trägerübergreifend Anwendung  
150 finden. Dadurch werden die teilweise erheblichen Lohnunterschiede zwischen  
151 kommunalen und freien Einrichtungsträgern nivelliert.

- 152 • Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für Familien erhalten und schaffen. Zur  
153 Miete und im Eigentum – in der Stadt und auf dem Land. Dazu werden wir das  
154 soziale Wohnungsbauprogramm beschleunigen und die Bemessungsgrundlage so  
155 verändern, dass auch Familien mit geringen Einkommen berücksichtigt werden  
156 können. Kommunen sollen keine finanziellen Nachteile entstehen, wenn Sie  
157 Bauland günstiger an Familien abgeben. Einnahmeausfälle werden wir den  
158 Kommunen daher erstatten. In den größeren Städten soll eine solche  
159 Baulandbereitstellung auch für Bauträger möglich sein, die sich  
160 langfristig zu sozialen Kriterien verpflichten. So werden Miet- und  
161 Eigentumswohnungen in Thüringen auch für den kleinen Geldbeutel bezahlbar.  
162 Um Ortskerne zu verdichten, wollen wir Lückenbebauungen und Sanierungen  
163 mit gezielter Förderung unterstützen.

- 164 • Wir werden die Thüringer Familienkarte als dauerhaftes Angebot für  
165 Familien in Thüringen etablieren. Familien sollen damit die Möglichkeit  
166 haben Theater, Freibäder, Museen und Freizeitangebote kostenfrei nutzen  
167 können. Außerdem werden wir ein Jugendkulturticket für alle jungen  
168 Menschen bis zum Abschluss ihrer beruflichen und akademischen Ausbildung  
169 einführen, mit denen sie Kultureinrichtungen kostenfrei nutzen können. Wir  
170 wollen, dass alle Kinder und Jugendliche Kultur erleben können..

- 171 • Die Einkommenssituation von Familien muss sich verbessern. Wir setzen uns  
172 für die Steigerung des Lohnniveaus ein. Wir kämpfen an der Seite der  
173 Gewerkschaften für eine Steigerung der Tarifbindung und höhere  
174 Tarifabschlüsse. Alle gesetzlichen und untergesetzlichen Möglichkeiten,  
175 die wir zur Regulierung haben, werden wir nutzen.

- 176 • Als SPD stehen wir für mehr soziale Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns  
177 auf der Bundesebene für die Einführung eines Grunderbes in Höhe von 20.000  
178 €, für jede:n der das 18. Lebensjahr erreicht, ein.

- 179 • Um pflegende Angehörige zu unterstützen, die Qualität in der Pflege  
180 sicherzustellen und eine Antwort auf den steigenden Bedarf an Fachkräften  
181 zu finden, streben wir eine konzertierte Aktion an, die alle relevanten  
182 Akteur:innen in der Pflege beteiligt. Dort soll ein Maßnahmenkatalog  
183 erarbeitet werden, der im Anschluss zügig umgesetzt werden muss.

- 184 • Mit einem starken ÖPNV unterstützen wir Familien. Mobilität ist die  
185 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Damit Familien in Thüringen

gut mobil sein können, braucht es einen gut ausgebauten, bezahlbaren ÖPNV, ergänzt um Angebote von Carsharing und Rufbusse.

## 1.2 Kinder und Jugendpolitik

Junge Menschen gehören ins Zentrum unserer Gesellschaft – mit all ihren Interessen und Bedürfnissen. Unser Ziel ist es, die Belange von jungen Menschen, ihre Ideen und Interessen dauerhaft in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit zu holen. Wir wollen Jugendpolitik in Thüringen mit den Jugendlichen selbst und den jugendpolitischen Akteuren im Dialog entwickeln und umsetzen.

Das werden wir tun:

- Die eigenständige Jugendpolitik werden wir ressortübergreifend weiter stärken und die Situation junger Menschen durch einen regelmäßigen Lebenslagenbericht ins Zentrum der Landespolitik rücken.
- die Maßnahmen der „Landesstrategie Mitbestimmung“ weiter umsetzen und die Mitbestimmungsrechte in der Kommunalordnung stärken sowie Jugendgremien in der Landespolitik, wie z.B. den Jugendlandtag als Jugendpolitikberatung etablieren. Die Diskussion um die Reform der Thüringer Verfassung mit dem Ziel fortsetzen, das Wahlrecht ab 16 für die Thüringer Landtagswahl einzuführen und die Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen.
- Die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Arbeit der Jugendverbände wollen wir weiter unterstützen und mit einer gesetzlich dynamisierten örtlichen Jugendförderung (sog. Jugendpauschale) die Kommunen bei der Umsetzung dieser Aufgabe fördern, sowie den Landesjugendförderplan bedarfsgerecht ausfinanzieren.
- Ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in den Kommunen und für die Thüringer Jugendbildungsstätten auflegen, um gemeinsam den Kommunen die Einrichtungen zeitgemäß zu modernisieren.
- Die jugendpolitische Erfolgsgeschichte der Schulsozialarbeit weiterschreiben! Wir wollen, dass Schulsozialarbeit künftig in allen Thüringer Kommunen bedarfsgerecht angeboten und qualitativ weiter gestärkt wird. Um eine dauerhafte gute Schulsozialarbeit zu gewährleisten, ist Planungssicherheit für die kommunalen Jugendämter sowie die freien Träger besonders wichtig. Wir halten es daher weiterhin für erforderlich, die notwendige Landesförderung der Höhe nach gesetzlich festzuschreiben und eine Dynamisierungsregelung einzuführen, die sich jährlich an die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst sowie am Preisindex anlehnt.

- Die Rechte von Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Bereich der frühen und erzieherischen Hilfen umfassend sichern, sowie die Qualität in diesen Hilfen stärken und gemeinsam mit den Kommunen und freien Trägern weiterentwickeln. Dabei soll der Bedarf an Hilfen zukünftig in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der Jugendhilfeplanung verpflichtend ermittelt werden. Zudem werden wir ein landesweites und bedarfsgerechtes Angebot an unabhängige Ombudsstellen sichern, die Beteiligung junger Menschen in Heimräten und einen Landesheimrat stärken, sowie Careleaver- Initiativen unterstützen.
- Wir stärken die politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich, dazu werden wir das Netz an Thüringer Jugendbildungsstätten zukünftig stärker fördern und die europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte zu einem Zentrum für Demokratie und Mitbestimmung weiterentwickeln.
- Wir müssen Angebote wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr, das Freiwillige kulturelle Jahr und das Freiwillige Politische Jahr stärken, so dass sich alle Jugendlichen – unabhängig von der Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern – ein solches Jahr leisten können, denn diese Angebote bieten Jugendlichen Orientierungs- und Engagement Möglichkeiten. Wir werden diese Angebote sichern und finanziell angemessen ausstatten und eine Bundesratsinitiative für eine Erhöhung des Taschengelds für Freiwilligendienstleistende auf das Bafög-Niveau auf den Weg bringen.
- Ein Förderprogramm zur Digitalstrategie der Kinder- und Jugendhilfe aufbauen, dass bedarfsgerecht zusätzliche finanzielle, technische und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, um auf die Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche und die damit verbundenen umfassenden Veränderungen der Arbeits- und Berufswelt, der Kommunikation und Interaktion der Menschen, des familiären und gesellschaftlichen Zusammenwirkens reagieren zu können.
- Junge Menschen streben verstärkt den höchstmöglichen Schulabschluss an und entscheiden sich öfter zunächst gegen eine berufliche Ausbildung. Wir unterstützen Thüringer Betriebe und Unternehmen in ihrem Bemühen, die Attraktivität einer Dualen Ausbildung stärker für Jugendliche herauszustellen, die über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen bzw. ihren Realschulabschluss in Wahlschulformen erworben haben. Insbesondere benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Behinderungen sind darüber hinaus, beginnend in den Vorabgangsklassen, individuell und unter Aktivierung gängiger Unterstützungsinstrumente bis zur Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses gezielt zu begleiten. Berufsorientierungsangebote sind daher stärker zu individualisieren und deren Einsatz in nicht

berufsqualifizierenden Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen zu prüfen.

- Qualifizierte Duale Ausbildung braucht einen starken Partner – Berufsbildende Schule und berufsbegleitende Hilfen. Vor dem Hintergrund einer kritischen Altersstruktur unter Lehrer:innen an BBS, gleichbleibenden Schüler:innenzahlen in der Dualen Ausbildung und den Herausforderungen digitaler Transformation in Lehre und wirtschaftlicher Praxis sind vorhandene personelle und materielle Ressourcen der BBS stärker zu konzentrieren. Wir unterstützen die Weiterentwicklung von Schwerpunktschulen/Berufsschulzentren zur Gewährleistung einer qualifizierten Unterrichtsversorgung für alle Thüringer Berufsschüler:innen. Gleichwohl ist uns bewusst, dass sich damit Wege eines Teils von Auszubildenden zur Berufsschule deutlich verlängern werden. Wir setzen uns für den Aufbau von Internatskapazitäten an Standorten der Schwerpunktschulen ein. Schulsozialarbeiter:innen werden an Berufsbildenden Schulen auch zukünftig bedarfsgerecht eingesetzt. Ausbildungsbegleitende Hilfen und die Jugendberufshilfe werden wir stärken.
- Wir verbessern den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt in der Gesellschaft. Dafür stärken wir den Kinder- und Jugendschutz, um Schutzkonzepte in Schulen, Sport- und Jugendeinrichtungen einzuführen. Darüber hinaus werden wir eine Fallzahlbegrenzung im allgemeinen sozialen Dienst einführen und mehr Fortbildungsangebote für Familienrichter:innen und Staatsanwälte schaffen.
- Wir setzen uns für leistungsfähige Jugendämter, öffentliche und private Träger mit einer verlässlichen, am Bedarf orientierten und tarifgerechten Personalausstattung ein.
- Wir setzen uns für eine schrittweise Kostenfreiheit für Kinder und Jugendliche für die Nutzung des ÖPNV in Thüringen ein.
- Wir werden Initiativen von Jugendlichen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, besonders unterstützen und in die Entwicklung einer Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung einbeziehen.
- Wir werden Kommunen und Landkreise durch interkommunalen Fachaustausch in die Lage versetzen, kommunale Mitbestimmungsstrategien junger Menschen zu entwickeln und zu etablieren.

## 1.3 Teilhabe von Senior:innen



In der Sozialdemokratie ist ein bestimmender Aspekt unserer Arbeit die Solidarität der Generationen. Unser Engagement und Einsatz für die Mitglieder unserer Gesellschaft darf nicht mit dem Renteneintritt enden. Senior:innen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie haben ihren Beitrag für die Gestaltung unserer Gesellschaft geleistet, engagieren sich darüber hinaus und übernehmen in hohem Maße Verantwortung für ihre Familien, für ihre Partner:innen, Kinder und Enkelkinder. Wir sehen ältere Menschen, die sich in der Nacherwerbsphase ihres Lebens befinden, als immanenten Bestandteil unserer ganzheitlichen Familienpolitik an. Auf ihre Erfahrungen und ihr Engagement können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb brauchen wir einen wertschätzenden Umgang mit ihnen und müssen echte Teilhabe an unserer Gesellschaft über das Rentenalter hinaus garantieren. Insgesamt wollen wir die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen stärken und Hilfestellungen für ein selbstbestimmtes und sozialgerechtes Leben im Alltag ausbauen.

Das werden wir tun:

- Eines ist sicher: Der Unterstützungs- und Pflegebedarf für alte Menschen wird in den kommenden Jahren steigen. Unser Ziel ist es, dass Menschen möglichst lang gut und gesund in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Die staatlich garantierten Hilfestellungen gehören für uns zum Selbstverständnis einer sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft. Deshalb stehen wir für eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung älterer Menschen. Dazu gehören eine ausreichende finanzielle Absicherung, eine barrierefreie Umgebung sowie eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung. Ebenso die Förderung von ehrenamtlichem Engagement, sozialer Anbindung und die Stärkung der Selbstbestimmung älterer Menschen sind uns wichtige Anliegen.
- Sozial- und Bildungsarbeit mit Älteren in der Kommune stärken. Mit dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ und dem Programm AGATHE – „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“ werden wir eine aktive Altenarbeit in den Kommunen fördern und zu einem Mindeststandard für generationengerechte Infrastruktur weiterentwickeln. Zusammen mit den Kommunen wollen wir barrierefreien und bezahlbaren Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen. Hierzu wollen wir einerseits die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, andererseits aber auch durch unmittelbare Beratungs- und Unterstützungsprogramme sicherstellen, dass neue technische Möglichkeiten von allen Menschen sinnvoll und sicher genutzt werden können.
- Wohnen sichern. Wir werden dafür sorgen, dass Land und Kommunen in enger Abstimmung mit den kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften und unter gezieltem Einsatz von

Förderprogrammen altersgerechte und barrierefreie Wohnräume, alternative Wohnformen und Service-Wohn-Angebote ausbauen. Mit einer fachlichen Empfehlung für einen Wohnraum-Check werden wir einen einheitlichen thüringenweiten Qualitätsstandard für „altersgerechtes Wohnen“ schaffen. Ebenso muss die barrierefreie Gestaltung des gesamten öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes, vom Zustand der Gehwege, der verkehrlichen Situation bis zur Beleuchtung im Wohnquartier berücksichtigt werden. Eine Vernetzung mit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit streben wir an.

- Mobilität sicherstellen. Mangelnde Barrierefreiheit und hohe Kosten schließen ältere Menschen von der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs aus. Wir werden beim Ausbau des ÖPNV in Thüringen die besonderen Bedarfe alter Menschen gezielt berücksichtigen. Alternativen zum eigenen PKW, wie Radverkehr und E-Bikes, den Gemeindebus oder das Konzept „Fahrendes Mobil“ werden wir bedarfsgerecht ausbauen.
- Sicherheit gewährleisten. Kriminalität, die die Situation alter Menschen gezielt ausnutzt, ist besonders arglistig. Wir werden Beratungsangebote und polizeiliche Schutzmaßnahmen in Bereichen verstärken, in denen Senior:innen bedroht sind, zum Opfer von Verbrechen zu werden.
- Mitwirkung und Engagement fördern. Für uns gilt: Wann immer es um die Belange von Senior:innen geht, sollen sie in Beratungen und nach Möglichkeit auch in Entscheidungen aktiv einbezogen werden. Seniorenbeiräte, Seniorenbeauftragte und aktive Interessenvertretung, wie der Landesseniorenrat, sind wichtige Institutionen, um die Belange älterer Menschen auf kommunaler Ebene und landesweit zu vertreten. Wir wollen die Mitwirkungsbereitschaft in der Interessenvertretung stärken und die Gewinnung von Senior:innen für aktives ehrenamtliches Engagement intensiver fördern. Die Interessenvertretung von und für Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehöriger werden wir stärken.

## 1.4 Menschen mit Behinderungen

Wir wollen, dass Thüringen ein inklusives Bundesland ist, deshalb befördern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Alle Menschen mit und ohne Behinderungen, sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Menschen mit Behinderungen sind oftmals auf die Unterstützung dritter Personen angewiesen. Unser Ziel muss es sein, alle Lebensbereiche inklusiver und innovativer zu gestalten, um selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft umfassend zu ermöglichen.

Das werden wir tun:

- 377 • Wir wollen die Barrierefreiheit in allen analogen und digitalen Bereichen  
378 des Lebens, von der Frage baulicher Barrierefreiheit bis hin zur  
379 Internetgestaltung sicherstellen.
  
- 380 • Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die Unterstützung  
381 personenzentrierter Dienstleistungen sind zentrale Schlüssel für die  
382 Inklusion. Wir müssen deshalb den Umbau der sozialen Infrastruktur  
383 zugunsten von Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen vor Ort  
384 vorantreiben. Die soziale Infrastruktur und die personenzentrierten  
385 Leistungen im Quartier müssen weiter ausgebaut werden. Denn eine inklusive  
386 Gesellschaft bedeutet, dass es eine soziale Infrastruktur geben muss, die  
387 für alle nutzbar und doch individuell gestaltet ist. Die in Thüringen  
388 entwickelte „Personenzentrierte Komplexleistung“ als eine neue, ambulante,  
389 stark sozialraumorientierte Angebotsform werden wir fördern und vermehrt  
390 realisieren.
  
- 391 • Wir werden den Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-  
392 Behindertenrechtskonvention in Thüringen und eine Vereinheitlichung der  
393 Aufgaben der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe für  
394 Kinder mit Behinderungen umsetzen.
  
- 395 • Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives  
396 Schulsystem zu realisieren. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von  
397 Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller  
398 Förderung ermöglichen. Eine notwendige Bedingung hierfür ist, dass den  
399 Schulen die personellen und materiellen Ressourcen für eine gelingende  
400 Inklusion zur Verfügung gestellt werden.
  
- 401 • Diversität ist die Lösung vieler Probleme am ersten Arbeitsmarkt. Ziel der  
402 beruflichen Schulen muss es sein, alle Menschen mit und ohne Behinderungen  
403 für eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu befähigen. Wir werden  
404 mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen  
405 schaffen.
  
- 406 • Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen eine geeignete  
407 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzubieten. Dazu gehören der  
408 Ausbau von Assistenzen und unterstützter Beschäftigung, ein  
409 flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben und der Ausbau des  
410 Integrationsfachdienstes.
  
- 411 • Um Menschen mit Behinderungen eine faire Chance auf dem ersten  
412 Arbeitsmarkt zu eröffnen, werden wir neben der Möglichkeit des Budgets für  
413 Arbeit, die Schaffung eines zusätzlichen Anreizsystems – in Form einer  
414 direkten oder indirekten monetären Entlastung für die Unternehmen –  
415 prüfen. Diese Entlastung sollte nach Art und Grad der Behinderung

unterschieden werden. Um die verschiedenen Arten der Behinderungen zu vergleichen, kann man wie z. B. im Behindertenleistungssport ein Klassifizierungssystem nutzen. Die öffentliche Hand hat bei der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion.

- Um auf die Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen eingehen zu können, sollen alle Lehrkräfte in inklusiver Pädagogik fortgebildet werden. Wir streben die Einrichtung von multiprofessionellen Teams an den Schulen an.
- An unserer favorisierten Schulform, der TGS, ist Inklusion aus Sicht der SPD Thüringen am besten umzusetzen. Daneben müssen räumliche Anforderungen an die TGS entwickelt werden, welche Inklusion auch für Kinder- und Jugendliche mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen ermöglicht. Weiterhin sollen räumliche und sachliche Ressourcen an den Schulen vorgehalten werden, um optimalen gemeinsamen Unterricht durchzuführen. Dazu sind auch technische Hilfsmittel, beispielsweise zur Unterstützung von Menschen mit Sinnesbehinderungen, einzusetzen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich in die Thüringer Verfassung aufgenommen wird und damit die Rechte von Menschen mit Behinderungen mehr Sichtbarkeit erhalten.

## 1.5 Gleichstellung der Geschlechter

Laut Gender Gap Report der Stiftung der Weltwirtschaftsforums braucht es noch 131 Jahre, bis die Gleichstellungslücke zwischen den Geschlechtern geschlossen wurde. Im familiären und beruflichen Alltag ist die Gleichstellung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht erreicht. Durch die Coronapandemie hat die Gleichstellung sogar einen Rückschritt gemacht und die Kluft zwischen den Geschlechtern vergrößert. Frauen tragen weiterhin größere Risiken im Berufsleben neben der Tatsache, dass die deutlich häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt sind und verdienen durchschnittlich weniger. Sie haben schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten und sind seltener in Führungspositionen zu finden. Wir als SPD Thüringen wollen unseren Beitrag zu einer schnelleren Gleichstellung leisten und die Bedingungen für Frauen in der Familie und im Beruf verbessern.

Das werden wir tun:

- Wir werden einen verpflichtenden Gleichstellungsscheck einführen und damit alle Maßnahmen, ob Gesetze, Verordnungen, Haushaltsausgaben und Setzung von Rahmenbedingungen einem Gleichstellungsscheck zu unterwerfen. Wir werden keine Maßnahmen mehr beschließen, die die Gleichstellung der Geschlechter nicht voranbringen.

- 453 • Um Genderbudgeting (Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb  
454 des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten, mit dem Ziel,  
455 die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und zu  
456 erreichen) auch in Thüringen zu etablieren, ist in einem wissenschaftlich  
457 begleiteten Pilotprojekt mit mindestens einer Kommune (Landgemeinde) das  
458 Prinzip des Genderbudgeting beispielhaft umzusetzen. Das Pilotprojekt ist  
459 mit einem finanziellen Anreiz für die ausgewählte Kommune verbunden.
- 460 • Täterarbeit ist ein wichtiger Aspekt der Gewaltprävention. Daher werden  
461 Programme zur Täterarbeit und Gewaltprävention (z.B. Projekt Orange)  
462 auskömmlich finanziert, damit diese Arbeit effektiv und flächendeckend  
463 durchgeführt werden kann.
- 464 • Auch wenn Gleichstellung bei allen Themen immer mitgedacht werden muss, so  
465 braucht es dennoch im Thüringer Landtag wieder einen Ausschuss, der sich  
466 allein mit dieser Frage auseinandersetzt. Wir werden den eigenständigen  
467 Gleichstellungsausschuss wieder einsetzen, nur so bleibt das Thema sichtbar  
468 und kann mit Nachdruck verfolgt werden.
- 469 • Wir werden Schulungs- bzw. Bildungsangebote für Männer zum Thema  
470 Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabe, Frauenförderung,  
471 patriachale Männlichkeit etc. einrichten. Nur durch Bildung wird das  
472 Verständnis füreinander gefördert.
- 473 • Frauen sind in besonderem Umfang nicht nur physischer und psychischer  
474 Gewalt ausgesetzt. Auch Armut und andere Formen der Benachteiligung trifft  
475 sie besonders. Das Beratungsangebot, die Anlaufzentren und die Schutzräume  
476 für Frauen müssen daher auch diese Aspekte berücksichtigen.
- 477 • Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der  
478 Gesamtbevölkerung auch im Thüringer Landtag vertreten sind. Wir streben  
479 deshalb an, dass künftig die Hälfte der Thüringer Landtagsabgeordneten  
480 weiblich sein soll. Dieses Ziel verfolgen wir weiter und werden dafür ein,  
481 die rechtlichen Rahmenbedingungen einhaltendes, Paritégesetz auf den Weg  
482 bringen.
- 483 • Gewalt gegen Frauen muss sichtbar gemacht werden. Die SPD Thüringen wird  
484 sich dafür stark machen, dass der Begriff der „Hasskriminalität gegen  
485 Frauen“ in die polizeiliche Kriminalstatistik mit aufgenommen wird.
- 486 • Die SPD Thüringen steht hinter den Forderungen der Istanbul-Konvention und  
487 wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Finanzierung von  
488 Frauenhäusern im Freistaat lückenlos und nachhaltig gesichert wird. Die  
489 Leistungsberechtigung nach dem SGB darf kein Kriterium mehr zur  
490

491 Unterbringung in Frauenhäusern und -schutzeinrichtungen sein. Personen  
492 unterhalb der Armutsgrenze sind in einer Sonderfallregelung zu  
493 berücksichtigen. Innerhalb der Projektfinanzierung der Thüringer  
494 Frauenhausförderung müssen die Personal- und Sachkosten verpflichtend  
495 gewährleistet werden, ohne dass sie in Haushaltsdebatten regelmäßig zur  
496 Verhandlung stehen. Hierfür nehmen wir die kreisfreien Städte und  
497 Landkreise verstärkt in die Verantwortung und verankern das Vorhalten  
498 sowie die anteilige Finanzierung von Frauenhäusern als deren kommunale  
Pflichtaufgabe.

- 499 • Um die Umsetzung der Istanbul-Konvention auch in Thüringen zu  
500 intensivieren, wird das Monitoring der Umsetzungsprozesse bei der  
501 Landeskoordinierungsstelle angesiedelt. Darüber hinaus werden attraktive  
502 verpflichtende Weiterbildungsangebote auf Landesebene geschaffen für alle  
503 Personengruppen, die in Kontakt mit von Gewalt betroffenen Frauen sind.
- 504 • Alle statistischen Auswertungen werden ab sofort mit der  
505 Geschlechterkomponente veröffentlicht, wenn die entsprechenden Daten  
506 vorliegen. Diese Veröffentlichung macht die geschlechtsspezifische  
507 Auswertung der erhobenen Daten möglich und ist somit die, auch die  
508 Gleichstellung berücksichtigende, Grundlage für effiziente politische  
509 Entscheidungen und Programme.
- 510 • Wir werden kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Ämtern,  
511 Behörden und Verwaltungen für alle Menschen zugänglich zur Verfügung  
512 stellen. Ziel muss der kostenfreie Zugang zu Menstruationsartikeln für  
513 alle Personen nach schottischem Modell sein.
- 514 • In Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, das  
515 Qualifizierungspotenzial von Frauen brach liegen zu lassen.  
516 Weiterbildungsangebote sind daher attraktiver zu gestalten. Dies bezieht  
517 sich auch auf das Nachholen von Schulabschlüssen. Mit der Möglichkeit,  
518 Weiterbildung in Teilzeit zu absolvieren, Kinderbetreuung in Anspruch zu  
519 nehmen und eine finanzielle Entlastung (z.B. durch soziale Staffelung von  
520 Entgelten oder Förderprogrammen speziell für Frauen, die sich weiter- oder  
521 fortbilden, etc.) zu erhalten, wollen wir mehr Frauen die Option  
522 einräumen, das in ihnen schlummernde Potenzial zu aktivieren.
- 523 • Sportvereine haben immer noch zu wenige weibliche Mitglieder und die  
524 Funktionsstrukturen sind männlich geprägt. Daher werden in vielen  
525 Fällen Männermannschaften bevorzugt gefördert. Um dies zu ändern, sind  
526 der Landessportbeirat und das Präsidium des Landessportbundes paritätisch  
527 zu besetzen, denn Sichtbarkeit von Frauen bedingt, gehört zu werden. Die  
528 Stelle einer Gleichstellungsreferentin wird im Landessportbund  
529 eingerichtet. Das Land legt Förderprogramme für Sportvereine auf, die

diese dabei unterstützen, Frauen und Mädchen für den Vereinssport zu gewinnen sowie Frauen für Führungspositionen in den Sportvereinen zu begeistern.

- Frauen in Thüringen haben auch nach Abschaffung des § 219a StGB Probleme, Informationen über Schwangerschaftsabbrüche zu erhalten. Daher ist der Zugang zu Daten über Abbruchmöglichkeiten und -orte sicherzustellen. Hierfür wird durch das Land ein Internetportal eingerichtet, dass alle Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen niederschwellig und barrierefrei zusammenfasst. Um ein flächendeckendes Angebot sicherzustellen, werden Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, dazu verpflichtet Schwangerschaftsabbrüche als medizinische Grundversorgung anzubieten. Wir machen uns auf Bundesebene weiterhin für die Streichung des § 218 StGB stark.
- Der Internationale Frauentag ist aus der Arbeiter:innenbewegung heraus entstanden und sollte auf die vorherrschende Diskriminierung aufgrund des Geschlechts aufmerksam machen, u.a. thematisierte der erste Internationale Frauentag 1911 die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Die Einführung des 08. März als festen gesetzlichen Feiertag soll auf diese weiterhin vorherrschende Diskriminierung hinweisen und verdeutlichen, dass die umfassende Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht ist.

## 1.6 Queerpolitik

Hass, Gewalt und Aggressionen gegen queere Menschen sind in Deutschland noch immer alltäglich. Die Anzahl registrierter Fälle von Hasskriminalität und damit auch von Übergriffen auf queere Menschen ist in den letzten Jahren in Thüringen deutlich gestiegen, die Dunkelziffer ist deutlich höher. Als SPD Thüringen stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung. Um die Lebensrealität von queeren Menschen zu verbessern, streben wir ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern gegen queerfeindliche Gewalt und die Initiierung einer Kampagne gegen Queerfeindlichkeit an.

Das werden wir tun:

- Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt der aktuellen Thüringer Landesregierung bildet die Grundlage, um das Leben von LSBTIQA\* zu verbessern. Um dieses vollumfänglich umzusetzen und die Initiativen queerer Menschen zu unterstützen, setzen wir uns für eine merkliche Mittelerhöhung, für die Gewährleistung einer überjährigen Förderung, den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Koordinierungsstelle des Landesprogramms sowie die Ernennung einer:eines Beauftragten des Landes für Antidiskriminierung und queere Menschen ein. Des Weiteren werden wir

das Landesprogramm alsbald evaluieren sowie fortschreiben.

- Als Sozialdemokrat:innen verurteilen wir Hasskriminalität auf Schärfste und setzen uns aktiv für die Aufarbeitung, Präventions- und Sensibilisierungsarbeit sowie die Schaffung von hauptamtlichen Ansprechpartner:innen für queere Menschen in Polizei und Justiz ein. Dadurch wollen wir ein Bewusstsein für die Herausforderungen der queeren Community schaffen und das geschichtlich begründete und berechtigte Misstrauen gegenüber Sicherheitskräften und Justiz abbauen.
- Das Vermitteln von Akzeptanz und Toleranz beginnt in der Kita, Schule und im Jugendtreff. Dafür braucht es einen vorurteilssensiblen Umgang mit Kindern und Jugendlichen sowie einen geeigneten Platz in Gespräch und Unterricht. Die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität darf dabei kein Tabuthema mehr darstellen. Deshalb machen wir uns für die Aufnahme des Themenfeldes LSBTIQA\* in den Thüringer Lehrplan und für die Entwicklung LSBTIQA\*-inklusive Bildungsmaterialien stark. Als ein wesentlicher Teil der Bildung unterstützen wir zudem Schulaufklärungsprojekte, welche zur Aufklärung über Akzeptanz und Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung beitragen.
- Des Weiteren unterstützen wir Schulaufklärungsprojekte ausdrücklich. Als ein wesentlicher Teil der Bildung tragen sie zur Aufklärung über Akzeptanz und Vielfalt, Diskriminierungsprävention sowie Gesundheitsberatung bei.
- Wir sind ungebrochen solidarisch mit der queeren-Community. Die Unterstützung des CSD Thüringen und regionalen Veranstaltungen in den Kommunen vor Ort war uns in der Vergangenheit ein großes Anliegen und wird auch weiterhin Teil unseres Selbstverständnisses sein.
- Queere Menschen mit ihren Lebenslagen müssen zukünftig in Regelstrukturen eine angemessene Berücksichtigung finden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Menschen in pädagogischen Berufen in Aus- und Weiterbildung durch verpflichtende Module hinsichtlich verschiedener Lebensweisen und LSBTIQA\* zu sensibilisieren. Damit stärken wir die "Regenbogenkompetenz" an unseren Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen. Wir werden Strukturen der queeren Szene, insbesondere bei der Errichtung queerer Zentren als Bildungs- und Begegnungsorte sowie als Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung und Feindlichkeit stärker fördern. Um flächendeckende Angebote zu gewährleisten, sollen queere Themen in die bestehende Jugendarbeit – mit besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes – integriert werden.
- Wir werden Strukturen der queeren Szene, insbesondere bei der Errichtung queerer Zentren als Bildungs- und Begegnungsorte sowie als Anlaufstelle



für Betroffene von Diskriminierung und Feindlichkeit, stärker fördern.

- Im Gesundheitswesen werden wir die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen, insbesondere von trans\* Personen, stärker in den Blick nehmen. Die Angebote der HIV- und STI-Prävention, Beratung und Testung werden wir weiter stärken.
- Auch für queere Menschen im Alter werden wir uns einsetzen. Um Diskriminierung, beispielsweise in betreuten Wohnverhältnissen vorzubeugen, werden wir durch die Etablierung queer-sensibler Qualifizierung und Zertifizierung in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen sowie in Hospizen, zielgruppensensible Pflege für LSBTIQA\* sowie die Sensibilisierung Pflegender für den alltäglichen Umgang mit Pflegebedürftigen dieser Zielgruppe fördern. Darüber hinaus unterstützen wir queere Senior:innen-Arbeit und machen uns für queere Wohnprojekte, etwa in Mehrgenerationenhäusern, für einen generationenübergreifenden Austausch stark.
- Weiterhin werden wir uns für die notwendige historische Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des darauffolgenden Umgangs mit den Opfern stark machen. Weiter unterstützen wird die Forderung zur Sichtbarmachung und Dokumentation der LSBTIQ\*-Geschichte in Thüringen, insbesondere Aufarbeitung und Dokumentation von LSBTIQ\*-Biografien und -Erfahrungen in der Nachkriegszeit, in der DDR und nach der Wende.
- Queere Geflüchtete erfahren oftmals in ihren Herkunftsländern Verfolgung und Gewalt seitens des Staates, der Familie oder Gesellschaft. Auch "nach" ihrer Flucht sind sie in Deutschland von Rassismus sowie Queerfeindlichkeit betroffen, weshalb sie breitere Unterstützung, Anerkennung und einer besonderen Beachtung bedürfen. Wir treten daher für die Entwicklung von Schutzkonzepten in Gemeinschaftsunterkünften bis hin zu besonderen Schutzräumen für queere Geflüchtete ein.
- Wir werden ein starkes und wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz zu Umsetzung der europäischen Vorgaben einführen. Der Begriff "Rasse" soll im AGG ersetzt und durch die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes die bestehenden Schutzlücken geschlossen werden. Dabei soll Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen oder aufgrund des sozialen Status, unbedingt in die Novellierung einbezogen werden. Da sich das AGG vor allem auf das Zivilrecht beschränkt, kann durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Akteur:innen im Freistaat geboten werden.

## 1.7 Vielfalt, Migration und Zuwanderung

Thüringen ist bunt und weltoffen! Dafür setzen wir uns als Sozialdemokrat:innen täglich ein. Die hier lebenden Menschen verschiedener Religionen, Kulturen und Herkunftsländern bereichern unser Bundesland. Wir begreifen Zuwanderung als eine Chance, dem demografischen Wandel entgegenzutreten und die schon heute bestehenden Fachkräftebedarfe zu decken. Deshalb braucht es eine wertschätzende Willkommenskultur, die diese Menschen akzeptiert, respektiert und in unsere Gesellschaft integriert. Die Aufgabe die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, liegt hier bei Land und Kommunen.

Die Fluchtbewegungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Die wenigsten Menschen verlassen freiwillig ihr Land, sondern sehen es als letzten Ausweg vor Verfolgung, Vertreibung und dem sicheren Tod. Wir leben in Thüringen die solidarische Gemeinschaft und leisten unseren Beitrag durch die Aufnahme von Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten bei uns Schutz suchen.

Das werden wir tun:

- Wir wollen eine gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Wir unterstützen daher auch weiterhin die Arbeit der kommunalen Ausländerbeiräte, der Migrantenselbstorganisationen und ihrer Dachorganisation. Außerdem müssen Hürden für bereits in Deutschland lebende Personen abgeschafft werden. Geflüchteten soll der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Insbesondere das Angebot an Fachsprachkursen muss ausgebaut werden.
- Wir bauen die interkulturelle Öffnung von Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen weiter aus, denn wir begreifen Vielfalt als Ressource in Thüringen. Die Teilhabe im gesellschaftlichen Leben, - in Bildungs-, sozialen und kulturellen Einrichtungen von Menschen mit Migrationsgeschichte ist der Schlüssel zum Erfolg. Das Thüringer Integrationskonzept schreiben wir fort und erfüllen es mit Leben.
- Wir werden uns dafür stark machen, dass dauerhaft in Thüringen lebende EU-Bürger:innen bei den Landtags- und Bundestagswahlen wählen können. Wir wollen das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für dauerhaft lebende Staatsangehörige außerhalb der Europäischen Union ermöglichen.
- Wir stehen für eine Politik, die Migration vorausschauend und realistisch gestaltet. Deswegen werden wir gemeinsam mit dem Bund die Verfahren erleichtern und beschleunigen. Menschen, die Schutz benötigen, erhalten in Thüringen Asyl. Deshalb gestalten wir eine soziale Migrationspolitik.

- 683 • Als SPD haben wir uns für eine Reform des Einwanderungsrechts stark  
684 gemacht und setzten uns auch weiterhin für eine Erleichterung der  
685 Verfahren ein. Wir begrüßen die Öffnung des Arbeitsmarkts für alle  
686 beruflich Qualifizierten aus Nicht-EU-Ländern und nicht nur für Akademiker  
687 und Fachkräfte in Mangelberufen sowie die Möglichkeiten des Wechsels vom  
688 Asyl in die Arbeitsmigration.
- 689 • Wir werden ein Ausbildungsprogramm zur Gewinnung von ausländischen  
690 Fachkräften auflegen, das maßgeschneiderte Betreuung und Sprachkurse  
691 enthält und verstärkt Menschen unabhängig von einer sogenannten  
692 Bleibeperspektive offensteht. Das erachten wir für notwendig, um diesen  
693 Menschen die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- 694 • Die Anerkennung von Berufsabschlüssen stellt noch immer eine große Hürde  
695 für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt dar. Wir setzen uns  
696 für eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein, damit  
697 vorhandene Qualifikationen besser eingebracht werden können.
- 698 • Wir setzen uns für ein vereinfachtes Verfahren zur Umsetzung der  
699 bundesgesetzlichen Regelungen zum Familiennachzug und für eine  
700 erleichterte Arbeitserlaubnis für Geduldete ein.
- 701 • Wir setzen in der Integrationspolitik einen Schwerpunkt bei Kindern und  
702 Jugendlichen. Wir setzen uns daher für eine möglichst frühe und  
703 individuelle Förderung ein, um Benachteiligungen gar nicht erst entstehen  
704 zu lassen. Das umfasst sowohl die Ansprache und Beteiligung der Eltern als  
705 auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte.
- 706 • Die Repräsentanz von Lehrkräften und Erziehungskräften mit  
707 Migrationsgeschichte ist verschwindend gering. Wir wollen durch gezielte  
708 Ansprache unsere Bildungslandschaft diverser machen. Wir werden die  
709 Sozialbetreuungsrichtlinie fortschreiben. Der Zugang zu Angeboten für  
710 Integration, Sprache und Qualifizierung soll Menschen aus dem Ausland,  
711 unabhängig vom Herkunftsland und der Bleibeperspektive, gesichert werden,  
712 das gilt für Arbeitskräfte aus der EU und für Geflüchtete gleichermaßen.
- 713 • Integration gelingt vor Ort in den Kommunen und Gemeinden. Wir werden sie  
714 dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden und zu  
715 Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln und darüber hinaus das  
716 gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten stärken. Die Integration in  
717 den Quartieren werden wir durch ein Förderprogramm stärken.
- 718 • Eine humanitäre Politik für Geflüchtete gestalten: Unabhängig von der  
719 Chance auf die Anerkennung in einem Asylverfahren sollen alle eine  
720

unvoreingenommene, würdige und faire Behandlung erfahren. Auf dieser Grundlage bekennen wir uns zur humanitären Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in Thüringen. Dazu gehören einheitliche verbindliche Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte, die eine Ankunft unter menschenwürdigen Umständen garantiert und eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten.

- Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, mehr Sprachkurse und Bildungsangebote von Anfang an zu ermöglichen.
- Wir setzen uns für eine kontinuierliche Förderung der Arbeit der psychosozialen Beratungsstelle für Geflüchtete refugio e.V. durch das Land ein. Wir stellen so sicher, dass das Knowhow von refugio weiter genutzt werden kann, um traumatisierten Geflüchteten zu helfen, die im Regelsystem keine passenden Angebote finden.
- Besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder psychischen Erkrankungen und traumatisierte Geflüchtete brauchen besondere Beachtung. Wir werden die dafür bestehenden Versorgungsstrukturen weiter vorhalten und nach dem aktuellen und prognostizierten Bedarf überprüfen und anpassen.
- Mit der Einrichtung eines Landesamtes für Migration und Integration bündeln wir Fachkompetenzen und Expertise effizient an einem Ort. Die Aufgabe des Landesamtes soll sein, die Migration und Integration zentral zu steuern, Dadurch sollen klare Strukturen entstehen, die bei der Gewinnung von Fachkräften für den heimischen Arbeitsmarkt helfen und für mehr Akzeptanz in der Gesellschaft sorgen.

## **1.8 Aufarbeitung der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie**

Die Corona-Pandemie war für die gesamte Gesellschaft eine völlig neue Herausforderung. Trotz einer in Thüringen gelungenen Bewältigung sind wir überzeugt, dass die gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie – einschließlich der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung – einer systematischen gesellschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Ziel dieser Aufarbeitung sind sowohl die systematische quantitative und qualitative Erhebung und Auswertung der Auswirkungen der Pandemie und ihrer Bekämpfungen vor allem auf das Wohlbefinden, der Angehörigen vulnerabler Gruppen sowie auf das Funktionieren derjenigen Institutionen, von denen das Wohlbefinden der vulnerablen Gruppen und ihrer Angehörigen besonders abhängig ist. Dies wollen wir durch eine Enquete-Kommission „Folgerungen und Konsequenzen für den Freistaat Thüringen aus der Corona Pandemie“ des Thüringer Landtags erarbeiten.

## 2. Gute Arbeit, starke Wirtschaft

Wir sind die Partei der ‚Guten Arbeit‘ und stehen an der Seite der Beschäftigten. Wir sind solidarisch mit unseren Kolleg:innen sowie den Gewerkschaften und unterstützen diese im gemeinsamen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, gute Löhne und Renten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine funktionierende Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer:innen, Arbeitgeber:innen und Politik uns durch die Krise bringen kann. Der demografische Wandel, die Dekarbonisierung und Digitalisierung sorgen im Freistaat Thüringen für einen enormen Wandel in der Arbeitswelt. Wir wollen diese Transformationsprozesse sozialdemokratisch gestalten, damit Thüringen ein wachsender und innovativer Wirtschaftsstandort bleibt.

### 2.1 Gute Arbeit und Fachkräftesicherung

Jede:r muss von seiner Arbeit leben können und braucht eine sichere Perspektive für das Alter. Mehr als 30 Jahre nach der Wende streiten wir immer noch für gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Löhne in Ost und West. Gleichzeitig wird die Fachkräftesicherung die zentrale Herausforderung für die Wirtschaft in den kommenden Jahren.

Als Sozialdemokrat:innen sind wir überzeugt, dass wir zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren Gute Arbeit, eine steigenden Tarifbindung und mehr betriebliche Mitbestimmung brauchen. Wir stehen an der Seite der Kolleg:innen, der Betriebsrät:innen und der Gewerkschaften, die in den letzten Jahren immer deutlicher machen, dass sie bereit sind sich für ihre Belange stark zu machen. In diesen Bemühungen werden wir sie weiterhin unterstützen und alle gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen stärken, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Thüringen beitragen.

Das werden wir tun:

- Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitsbedingungen durch landesgesetzliche Rahmenbedingungen im Interesse der Kolleg:innen zu gestalten: Dazu müssen wir unter anderem das Vergabegesetz reformieren. Zukünftig soll die Tarifbindung einen größeren Stellenwert bekommen. Öffentliche Vergaben sollen nur noch an Unternehmen erfolgen, die auch tarifgebunden sind. Dies muss auch für Vergaben auf kommunaler Ebene gelten. Damit leisten wir auch einen Beitrag die Löhne zwischen Ost und West anzugleichen.
- Als SPD Thüringen ist uns der Arbeitnehmer:innenschutz ein wichtiges Anliegen. Deshalb treten wir einer Ausweitung der Ladenöffnungsgesetzes, mehr Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit entschieden entgegen. Mit

797 Sanktionen bei Nichteinhaltung wollen wir den Schutz unserer Kolleg:innen  
798 stärken. Dazu soll der Landesbetrieb für Arbeitsschutz personell gestärkt  
werden.

- 799 • Fachkräftemangel macht sich auch in Teilen des öffentlichen Dienstes  
800 bemerkbar. Wir als SPD Thüringen setzen uns dafür ein, die Attraktivität  
801 des Landesdienst zu verbessern, um Fachkräfte in der öffentlichen  
802 Verwaltung zu halten. Wir wollen die Forderungen der Gewerkschaften nach  
803 guten Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst unterstützen.  
804 Mitbestimmung ist ein wichtiges Anliegen, daher setzen wir uns für die  
805 Allzuständigkeit der Personalrät:innen ein und erfüllen diese in unseren  
806 Wirkungskreisen mit Leben.
- 807 • Als SPD Thüringen unterstützen wir das Konzept des „lebenslangen Lernens“  
808 und wollen diese mit der Bildungsfreistellung stärken. Schwerpunkt hierbei  
809 wird die Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung der  
810 Auszubildenden sein.
- 811 • Zudem ist die Sicherstellung eines angepassten  
812 Weiterqualifizierungsangebots und der Ausbau vorhandener Beratungsangebote  
813 zentrales Instrument, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und  
814 Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Wir werden  
815 betriebliche Investitionen in Qualifikation und Weiterbildungen fördern.
- 816 • Wir wollen das Anerkennungsverfahren von Schul- und Berufsabschlüssen  
817 durch Entbürokratisierung vereinfachen. Zusätzlich wollen wir eine  
818 Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen für Fachkräfte über  
819 Quereinstiegsqualifikationen erwirken.
- 820 • Wir wollen, dass alle Menschen in Thüringen eine gute Perspektive haben  
821 und hier gut leben und arbeiten können. Wir werden dafür sorgen, dass alle  
822 Menschen, die nach Thüringen zugewandert sind, ein Angebot für einen  
823 Sprach- und Integrationskurs bekommen und auf dem Weg in den Ausbildungs-  
824 und Arbeitsmarkt begleitet werden. Wir wollen diese bis zum Eintritt in  
825 das Berufsleben bei Thüringer Unternehmen begleiten und sie von Anfang an  
826 in enger Abstimmung mit den Kommunen und mit der Zivilgesellschaft in die  
827 Aufnahmegesellschaft integrieren. Darüber hinaus werden wir Maßnahmen und  
828 Projekte zur Stärkung von Antidiskriminierung im Betrieb fördern. Eine  
829 staatliche Subventionierung bei der Anwerbung von Auszubildenden und  
830 Fachkräften sollen zukünftig nur Betriebe erhalten, die einen Tarifvertrag  
831 haben und der Belegschaft verpflichtende Integrationsmaßnahmen anbieten.
- 832 • Für die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte in Thüringen müssen neue Wege  
833 gegangen werden. Es ist notwendig, jungen Menschen aus Drittstaaten  
834 frühzeitig eine berufliche Perspektive zu öffnen. Aus diesem Grund

unterstützen wird das Pilotvorhaben einer German Professional School in Thüringen, die diese Gruppe anspricht und innerhalb eines Jahres auf den Thüringer Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und auf ein Leben in Deutschland vorbereitet sowie frühzeitig die Vermittlung zu Ausbildungsbetrieben unterstützt

- Wir werden eine zentrale, koordinierende Stelle für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte einsetzen. Hierfür wird die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung weiterentwickelt. Damit bringen wir nicht nur die Erfordernisse von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unter einen Hut, sondern heben Synergien und Potenziale.
- Wir unterstützen die Etablierung einer Arbeitnehmer:innenkammer. Uns ist wichtig, dass es für die Einführung dieser Institution eine breite Zustimmung der Gewerkschaften gibt. Diese Kammer soll arbeitsorientierte Beratungsangebote sowie Beratung in der individuellen Entwicklung durch Weiterbildungen und allgemeine Bildungsangebote für Beschäftigte anbieten. Als Pendant der öffentlichen Wirtschaftskammern (IHK, HWK) ist die Arbeitnehmer:innenkammer zusätzlich Interessenvertretung gegenüber Politik sowie Verwaltung und ermöglicht eine stärkere Sichtbarkeit der Arbeitnehmer:innenperspektiven zum Beispiel bei parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren.
- Wir unterstützen weiterhin die Etablierung einer Technologieberatungsstellen nach rheinland-pfälzischem Vorbild.
- Der Wandel der Arbeitswelt, der sich insbesondere in durch die Digitalisierung und die gesetzten Nachhaltigkeitsziele abbildet, bietet in den Thüringer Unternehmen und ihren Beschäftigten enorme Chancen, erfordern aber auch eine hohe Bereitschaft zu Veränderungen. Um die richtigen Weichenstellungen für die Transformation von Arbeit vorzunehmen und damit Gute Arbeit und Innovationen in Thüringer Betrieben realisieren zu können, braucht es unabhängige, kontinuierliche und beschäftigungs- und arbeitsweltorientierte Forschung. Wir setzen uns für die Gründung eines Instituts für arbeitnehmer:innennahe Forschung und Beratung ein. Dieses Institut hat die Aufgabe die Arbeitsbedingungen in Thüringen dauerhaft zu untersuchen. Auf Basis der Forschungsergebnisse werden wir ein Monitoring für Arbeit, Ausbildung und Leben in Thüringen etablieren und Beratungs- und Fortbildungsangebote für Arbeitnehmer:innen und ihre Vertretungen stärken.
- Wir lassen niemanden zurück: Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Landesarbeitsmarktprogramme zur Integration von Langzeitarbeitslosen evaluiert und die wirksamen fortgeführt werden.

- Wir werden uns auf Bundesebene für ein modernes Arbeitsrecht einsetzen, das an die veränderten Rahmenbedingungen der Digitalisierung angepasst wird. Neue Arbeitsformen dürfen Arbeits- und sozialen Schutz sowie Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten nicht aushöhlen. Auf diese Weise wollen wir auch für tarifgebundene und mitbestimmungspflichtige Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen in der digitalen Welt erhalten.

- Forderungen nach längerer Lebensarbeitszeit erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen stattdessen dafür sorgen, dass Beschäftigte ihre Arbeitskraft im Freistaat noch produktiver einsetzen können und dass kein Thüringer ohne Berufsabschluss zurückbleibt.

## **2.2 Sozialwirtschaft stärken – ohne geht es nicht!**

Insbesondere in der Corona-Pandemie wurde mehr als deutlich, dass eine funktionierende Sozialwirtschaft maßgeblich und unverzichtbar für unser gesamtes gesellschaftliches und wirtschaftliches System ist. Ohne ausreichend Personal in den SAGE-Berufen (Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, haushaltsnahe Dienstleistungen, Erziehung) müssen sich Arbeitnehmer:innen selbst um die Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen kümmern mit der Folge, dass sie ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen können. Dies bildet jedoch die Basis der Wirtschaftskraft Thüringens sowie der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Wir definieren die sozialen Berufe als harte Standortfaktoren und setzen daher unseren Fokus in der Fachkräftesicherung auf die Stärkung der SAGE-Berufe.

Das werden wir tun:

- Eine intensive Fachkräfteoffensive soll die Arbeitsbedingungen verbessern und die Attraktivität der sozialen Berufe in der Gesellschaft steigern. Ein Wiedereinstiegsprogramm für qualifizierte Fachkräfte in die sozialen Berufe soll etabliert werden.
- Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir eine Kampagne zur Ausweitung und Stärkung der Tarifbindung in Thüringen auf den Weg bringen.
- Mit der Ausweitung des Modells zur praxisintegrierten Ausbildung mit tarifgerechter Ausbildungsvergütung auf alle SAGE-Berufe und der Erweiterung der Kapazitäten an staatlichen berufsbildenden Schulen leisten wir unseren Beitrag zur langfristigen Fachkräftesicherung und Nachwuchsförderung in den SAGE-Berufen.
- Wir wollen mit der Einführung der Schulgeldfreiheit in der Ausbildung der SAGE-Berufe sowie der Vergütung von Anerkennungspraktika für alle SAGE-Berufe, finanzielle Hürden abbauen und mehr jungen Menschen den Weg zur



Ausbildung ermöglichen.

- Um den akuten Fachkräftemangel in den sozialen Berufen einzudämmen, setzen wir auf berufliche Quereinsteiger:innen und wollen die Optionen zur berufsbegleitenden Weiterbildung ermöglichen.
- Für uns als SPD Thüringen steht fest: Care-Arbeit ist Arbeit! Deshalb wollen wir Familien, insbesondere Frauen, in der Umsetzung des Familienalltags unterstützen und setzen uns für eine gerechte Verteilung und Anerkennung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit ein.
- Wir werden die Einrichtungen der frei-gemeinnützigen Träger in Thüringen stärken. Als Teile unserer pluralen Zivilgesellschaft, die durch eigenständige soziale, politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen geprägt sind, sehen wir insbesondere in den Wohlfahrtsverbänden eine tragende Säule unserer Demokratie. Um die Rolle des sogenannten dritten Sektors als Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit und Anbieter Sozialer Arbeit in Thüringen zu stärken, braucht es u.a. eine Fortschreibung des Thüringer Sozialwirtschaftsberichtes.
- Damit einher geht die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, um Trägervielfalt, unterschiedliche Werteorientierung und eine hohe Konzeptqualität zu gewährleisten sowie eine dialogische Partnerschaft zwischen öffentlichen und freien Trägern auf Augenhöhe in gemeinsamer Verantwortung für die Soziale Arbeit zu verstetigen.
- Es braucht unumgänglich eine thüringenweit einheitliche sowie auskömmliche Finanzierung und Planungssicherheit für die Träger, insbesondere um tarifgerechte Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen bei freien Trägern vergleichbar zum öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Dabei setzen wir als SPD Thüringen auf Transparenz: die Gehälter und etwaige Zusatzleistungen von Führungskräften der freien Träger müssen analog des öffentlichen Dienstes offengelegt werden.
- Die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechtes entlastet nicht nur die zuständige Verwaltung, sondern hilft ebenfalls Trägern, Vereinen und Verbänden. Die freiwerdenden Kapazitäten können u.a. genutzt werden, um Angeboten der Qualifizierung für die Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden nachzugehen. Dieses Angebot und die Anerkennung sowie Förderung und Angebote der Qualifizierung für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und Verbänden wollen wir stärken.
- Wir etablieren einen eigenen Digitalbonus für die Sozialwirtschaft, angelehnt an die bestehende Förderung für die gewerbliche Wirtschaft.

## 2.3 Wirtschaft und Gute Arbeit in Zeiten der Transformation

Wir können stolz auf die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens sein. Die Sozialdemokratie steht für eine zunehmend klimaneutrale und gleichzeitig wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft mit starker Mitbestimmung und hoher Tarifbindung. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen aus Industrie, Handwerk, Handel sowie der Dienstleistungsbranche bilden das Fundament unserer Wirtschaft. Der Thüringer Mittelstand mit seinen Beschäftigten ist bereits heute produktiver als der Bundesdurchschnitt.

Die oftmals mit ihrem persönlichen Vermögen haftenden Unternehmer des Thüringer Mittelstands haben den Strukturwandel der letzten dreißig Jahre entscheidend mitgestaltet – dafür gebührt ihnen zusammen mit ihren Mitarbeiter:innen Dank und Anerkennung. Aber auch größere Unternehmen investieren regelmäßig in ihre Thüringer Standorte und zeigen, dass unser Land auch im Standortvergleich wettbewerbsfähig ist. So investieren international agierende Unternehmen in Thüringen, ohne dass Milliardenförderungen locken.

Die SPD steht für eine soziale Marktwirtschaft, in der die Unternehmen gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne zahlen, um im Wettbewerb um Fachkräfte zu bestehen. Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, in der der Staat den Unternehmen einen verlässlichen Rahmen setzt, so dass sie mit unternehmerischer Freiheit erfolgreich investieren und produzieren können. Und wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, in der Unternehmer:innen die betriebliche Mitbestimmung und das solidarische Miteinander im Betrieb als Chance betrachten.

Das werden wir tun:

- Die zentralen Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeit in unserem Land erfordern einen konsistenten Ansatz aus einer Hand. Wir werden daher ein Transformationsministerium bilden, indem die Zuständigkeit für Wirtschaft, Arbeit, Energie, Forschung und Technologie sowie digitale Infrastruktur verbunden werden.
- Um den Herausforderungen der multiplen Krisen und dem Strukturwandel gerecht zu werden, werden wir einen „Transformationsbudget Thüringen“ einrichten. Damit wollen wir in den kommenden Jahren einen fühlbaren strukturpolitischen Impuls setzen und den notwendigen wirtschaftlichen Wandel in Thüringen aktiv gestalten.
- Aufbauend auf unseren Erfahrungen in der Automobilindustrie wollen wir eine umfassende Qualifizierungs- und Innovationsstrategie für Arbeitnehmer:innen sowie Unternehmen in den besonders von der Dekarbonisierung betroffenen Industrien und produktionsnahen

Dienstleistungen auflegen. Dabei wollen wir innovative Ansätze zur Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung erarbeiten und bei der Qualifizierung und dem Aufbau von unternehmensspezifischem Know-how und Innovationen unterstützen.

- Wir werden ein Kreditprogramm für zukunftsfähige kleinere und mittlere Unternehmen am Wirtschaftsstandort Thüringen etablieren, um diese bei der Umstellung auf eine CO2-freie Produktion zu unterstützen.

- Wirtschaft und Energie gehören zusammen. Die Energiewende der letzten Jahre hat gezeigt, dass eine gezielte, aber auch breite Entwicklung, der Einsatz und die Verwertung der erneuerbaren Energien auch mit energieintensiver Produktion Hand in Hand gehen muss. Wir setzen uns dafür ein, dass Energie vor Ort mit den örtlichen Energieversorgern erzeugt, gespeichert und gehandelt wird. Die Kommunen und ihre Stadtwerke als zentrale Stütze der Energiewende und das Rückgrat der Energieversorgung in Thüringen werden wir stärken.

- Wir schaffen mehr Klarheit für die Planung und vereinfachen die Planung für die Errichtung, Erneuerung und den Betrieb von Energieerzeugungsanlagen, Energiespeichern und den Netzausbau. Den regionalen Verbrauch der erneuerbaren Energien werden wir zu dem stärken. Das senkt dauerhaft Kosten, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft und stärkt Arbeitsplätze und Umwelt in der Region

- Die Kofinanzierung von Programmen der Europäische Union und des Bundes zur Wirtschaftsförderung im Allgemeinen sowie zur Bewältigung der Transformation im speziellen werden wir umfassend sicherstellen.

- Inflation und steigendes Zinsniveau stellen Kommunen und Unternehmen zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente, wie Bürgschaften und zinsverbilligte Kredite, können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu wollen wir die Eigenkapitalbasis der Thüringer Aufbaubank als zentrales Förderinstitut des Freistaats weiter stärken, um eine effektive und wirtschaftliche Umsetzung entsprechender Landesprogramme der Wirtschaftsförderung im Zuschuss- und Darlehensbereich zu gewährleisten. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungen soll die Sicherung von "Guter Arbeit", die die Beschäftigten mitbestimmt und tarifiert entlohnt, als weiterer Förderschwerpunkt etabliert werden.

- Die erfolgreichen, niedrighschwelligen Förderangebote „Digitalbonus“ und „Dekarbonisierungsbonus“ werden wir für alle Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft öffnen, fortführen und bedarfsgerecht finanzieren. Wir werden prüfen, inwieweit mehr Unternehmen Zugang zu alternativen

1023            Finanzierungsformen erhalten.

1024            • Die erfolgreiche Großflächeninitiative zur Bereitstellung größerer  
1025            Gewerbe- und Industrieflächen werden wir fortsetzen und konsequent auf die  
1026            Erfordernisse des Klimaschutzes, aber auch auf die Ansiedlung von „Green  
1027            Tech“ Industrien ausrichten. Die Außenwirtschaftsförderung wollen wir noch  
1028            stärker auf Branchen und Absatzmärkte ausrichten, die unter Bedingungen  
1029            der Transformation langfristig erfolgreich sein können.

1030            • Ohne Handwerker:innen wird die Transformation nicht gelingen. Die  
1031            Leistungssteigerung im Handwerk ist existenziell für die mittelständisch  
1032            geprägte Thüringer Wirtschaft. Darüber hinaus bietet das Handwerk für  
1033            viele Menschen gute Arbeit und faire Löhne in allen Regionen unseres  
1034            Landes. Wir werden daher die bestehenden, handwerksspezifischen  
1035            Förderangebote deutlich erhöhen und bedarfsgerecht mit den  
1036            Handwerkskammern im Land weiterentwickeln.

1037            • Wir werden ein Gesetz zur Stärkung des Tourismus in Thüringen vorlegen.  
1038            Damit wollen wir nicht nur Klarheit über die öffentlichen Aufgaben sowie  
1039            vereinfachende Regelungen für die Förderung schaffen, sondern auch das  
1040            Kur-Erhohlungsortegesetz an die Erfordernisse der Transformation anpassen.

1041            • Unternehmertum braucht Freiheit: wir werden die Bemühungen des Bundes zur  
1042            Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie zur Entbürokratisierung  
1043            unterstützen. Die Landesförderprogramme werden einfacher ausgestaltet und  
1044            wo notwendig die gesetzlichen Regelungen der Landeshaushaltsordnung sowie  
1045            die entsprechenden Verwaltungsvorschriften anpassen.

1046            • Thüringen soll das attraktivste Bundesland für Gründer:innen,  
1047            Nachfolger:innen sowie junge Unternehmen bleiben. Wir werden daher die  
1048            bestehenden Beratungs- und Förderangebote bedarfsgerecht weiterentwickeln  
1049            und die Finanzierung verstetigen. Das Gründen im Nebenerwerb muss gestärkt  
1050            und Förderinstrumente etabliert werden, um Gründer:innen im Nebenerwerb zu  
1051            entlasten. Wir werden die Förderung der Personaleinstellung über die  
1052            Thüringer Gründungsprämie ermöglichen und die Unterstützung bei der  
1053            Antragstellung von Fördermitteln als Beratungsleistung bezuschussen.

1054            • Wir entwickeln Scouting-Konzepte, um jungen Start-ups in Thüringen eine  
1055            Heimat zu bieten. Wir werden Anstrengungen unternehmen, um besonders  
1056            Start-ups anzuwerben, die eine hohe Wertschöpfung versprechen und gezielt  
1057            bestehende wissens- und technologieorientierte Branchen in Thüringen  
1058            stärken.

1059            • Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um die Renovierung von  
1060

Technologie- und Gründungszentren zu fördern und ihre Attraktivität und technologische Zukunftsfähigkeit zu stärken. Damit werden wir Start-ups auch in den ländlichen Regionen beste infrastrukturelle Voraussetzungen bieten und Abwanderungen verringern.

- Die in Thüringen bestehenden Trialoge aus Landesregierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften müssen genutzt werden, um den Strukturwandel zu bewältigen. Hierzu gehören beispielsweise das Thüringer Bündnis für die Zukunft der Industrie. Die Landesregierung soll regelmäßige Veranstaltungen unter Beteiligung der Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen durchführen, die sich mit der Bewältigung des Wandels beschäftigen, denn ihr Erfahrungswissen und ihre Kompetenzen sind der wichtigste Baustein zur Gestaltung des Wandels.
- Die Landesstrategien soll um das Nachhaltigkeitsziel „menschenwürdige Arbeit für alle“ analog zur Agenda 2023 der Vereinten Nationen erweitert werden. Denn sozialdemokratische Wirtschaftspolitik heißt, in den Nachhaltigkeitsstrategien des Landes soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichermaßen zu verankern.

## 2.5 Digitalisierung

Die SPD Thüringen steht für eine Digitalpolitik, die die Möglichkeiten und Potenziale der digitalen Welt in den zentralen Lebensbereichen erschließen und heben will, um das Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten der Thüringer Bürger:innen zu verbessern. Damit stärken wir Thüringen als Ort guten Lebens und Arbeitens sowie als Wirtschafts- und Innovationsstandort. Für uns stehen die Menschen in Thüringen im Mittelpunkt; denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern soll den Bürger:innen ein besseres Leben in unserer demokratischen Gemeinschaft in Freiheit ermöglichen. Wir wollen diesen kontinuierlichen Transformationsprozess der Digitalisierung weiterhin als Chance begreifen und gemeinsam mit den Thüringern sozialverträglich und wirtschaftlich erfolgreich gestalten.

Das werden wir tun:

- Digitalisierung macht das Leben der Menschen besser. Innovative Ansätze der Telemedizin machen es möglich, dass Hausärzte vor Ort unkompliziert Spezialisten der Krankenhäuser der Maximalversorgung hinzuziehen können. Im Nahverkehr bietet Digitalität die Chance neue Konzepte von Ruftaxis zu etablieren, die Wartezeiten minimieren und gleichzeitig kostengünstig sind.
- Das 2020 gegründete Thüringer Zentrum für Lernende System und Robotik

- 1098 (TZLR) hat sich als zentrale Anlaufstelle im Bereich der Künstlichen  
1099 Intelligenz erfolgreich. Wir werden sicherstellen, dass das Zentrum seine  
erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann.
- 1100 • Für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Digitalisierung aufgrund  
1101 des dynamischen Anpassungsdrucks eine besondere Herausforderung dar.  
1102 Unternehmen in allen Sektoren, vom verarbeitenden Gewerbe bis hin zum  
1103 Tourismus müssen ihre Dienstleistungs- und Geschäftsmodelle auf den  
1104 Prüfstand stellen. Mit dem Kompetenzzentrum Wirtschaft 4.0 werden wir  
1105 Unternehmen und ihre Beschäftigte weiter dabei unterstützen, die Chancen  
1106 der Digitalisierung zu ergreifen.
- 1107 • Grundvoraussetzung der weiteren Digitalisierung von Wirtschaft und  
1108 Gesellschaft ist dabei ein leistungsfähiges flächendeckendes  
1109 Glasfasernetz, welche die stetig wachsenden Datenströme verarbeiten und  
1110 weiterleiten kann. Wir werden daher den eigenwirtschaftlichen Ausbau  
1111 privater Telekommunikationsunternehmen gezielt durch Beratungsangebote für  
1112 Kommunen unterstützen. . Die dafür verwendeten Glasfasern müssen hohen  
1113 Umweltstandards genügen. So sollten lange Lieferwege vermieden und  
1114 Thüringer Produzenten gestärkt werden, um den CO2-Abdruck zu senken.
- 1115 • Wo der Markt nicht hinreichend schnell und umfassend ausbaut, werden wir  
1116 durch gezielte Förderung der Thüringer Glasfasergesellschaft in Beratung  
1117 und Ausbau eine flächendeckende Glasfasererschließung erreichen – wo immer  
1118 möglich sollen die Netze der Zukunft im Eigentum der Kommunen entstehen.  
1119 Das Bundesförderprogramm zum Glasfaserausbau werden wir vollständig  
1120 gegenfinanzieren.
- 1121 • Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass Telekommunikationsanbieter  
1122 stärker beim Mobilfunk in die Pflicht genommen und an ihren Ausbauzielen  
1123 festgehalten werden. Gleichzeitig werden wir auf Landesebene weitere  
1124 Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus prüfen, beispielsweise durch  
1125 Anpassungen der Bauordnung oder des zur Verfügung stellen von Standorten.
- 1126 • Der Ausbau der digitalen Infrastruktur benötigt Rechtssicherheit und  
1127 Transparenz. Mit einem Beschleunigungs- und Transparenzgesetz Glasfaser  
1128 werden wir nicht nur Daten zum Verlauf von geförderter und nicht  
1129 geförderter Telekommunikationsinfrastruktur kontinuierlich erheben und in  
1130 öffentlichen Verzeichnissen allgemein zugänglich bereitstellen, sondern  
1131 auch die Verfahrensbeschleunigungen ermöglichen.
- 1132 • Wir stehen für eine Netzpolitik, die individuelle Freiheitsrechte und die  
1133 Notwendigkeiten der Daseinsfürsorge in Einklang bringt. Wir setzen uns ein  
1134 für die Beschränkung der Macht großer Plattformen, für  
1135 diskriminierungsfreie Algorithmen sowie für freie Software und offene

Standards wo immer sinnvoll und möglich. Wir stehen ein für eine möglichst weitgehende „Open Access“ Regulierung bestehender digitaler Infrastruktur, um so den Zugang zu digitalen Diensten im ländlichen Raum zu verbessern und zu vergünstigen.

- Datenschutz und Datensouveränität sind für uns elementare Grundrechte. Gleichwohl dürfen die darauf aufbauenden rechtlichen Regelungen nicht dazu führen, dass ein Übermaß an Bürokratie entsteht oder digitale Anwendungen zum Nutzen der Menschen nicht eingesetzt werden können. Wir setzen uns daher für datenschutzrechtliche Regelungen mit Augenmaß ein: was gegenüber großen „Tech-Konzernen“ notwendig ist, kann gegenüber kleinst, kleinen und mittleren Unternehmen schnell unverhältnismäßig sein.

## 2.6 Land- und Forstwirtschaft

Über die Hälfte der Fläche Thüringens wird für landwirtschaftliche Zwecke genutzt, somit prägt die Landwirtschaft einen erheblichen Teil der Thüringer Landschaft. Dies bedeutet für uns als SPD Thüringen, dass unsere Umwelt sowohl Lebensraum als auch Produktionsstätte ist und dementsprechend gepflegt werden muss. Umso wichtiger ist es daher, dass Thüringen den Fokus auf eine gemeinwohlorientierte Landwirtschaft legt, die die Herstellung guter und gesunder Lebensmittel für die regionale Versorgung Thüringens auch in Zukunft sichert und allen Landwirt:innen ein angemessenes Auskommen und regionale Wertschöpfung ermöglicht.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union auch in Zukunft kritisch begleiten und gemeinwohlorientiert ausrichten. Die Beiträge von Landwirt:innen zum Natur- und Klimaschutz müssen finanziell sehr viel stärker gewürdigt werden.
- Wir werden die Gemeinwohlprämie des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege in Thüringen im Rahmen der Eco-Schemes erproben und ggf. anwenden.
- Wir werden die Erste-Hektar-Prämie erhöhen, um kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe zu fördern.
- Wir werden die „Vom Hof auf den Tisch“- Strategie und die EU-Biodiversitätsstrategie im deutschen GAP-Strategieplan maßgeblich berücksichtigen.
- Wir wollen eine schnelle, praktikable und langfristig belastbare Umsetzung

der höheren Tierwohlstandards in Thüringen umsetzen. Dies muss sich im Rechtsrahmen, aber auch in der Förderkulisse niederschlagen. Gleichzeitig werden wir uns weiter für ein verpflichtendes Tierwohllabel bei tierischen Produkten einsetzen, um Verbraucher:innen eine Orientierung zu liefern.

- Wir werden die Neugründung und den Erhalt von Ökolandbau mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten und bis Ende 2029 die Zielstellung von 30% Ökolandbau in Thüringen erreichen.

- Wir werden Junglandwirt:innen in der praxisnahen Aus- und Weiterbildung in Thüringen, sowie der Existenzgründung in oder mit einem landwirtschaftlichem Betrieb unterstützen. Um die erheblichen Herausforderungen der Unternehmensnachfolge, Fachkräftegewinnung und der Stärkung des Know-Hows in der Region zu stärken, setzen wir uns dafür ein, die Ausbildungsangebote und die vorhandenen Studienangebote zu stärken.

- Landwirtschaftliche Flächen unterliegen einen besonderen gesellschaftlichen Schutz. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Agrarstruktur sich am Zweck der landwirtschaftlichen Produktion orientiert und Bodenspekulationen aktiv verhindert werden. Wir setzen uns für eine verbindliche Kompensation von Flächen im gesamten Freistaat ein. Diese darf nicht weiter auf Kosten vor allem der landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgen. Brach- und Altlastflächen, sowie die Entsiegelung von Flächen sind die entscheidenden Maßnahmen um das Ziel der Netto-Null-Bodenversiegelung in den nächsten Jahren zu erreichen.

- Wir werden uns für regionale Wirtschaftskreisläufe durch Wertschöpfungszentren in Nahversorgerregionen in Thüringen einsetzen, die sich um die Vernetzung, Beratung, Coaching und Qualifizierung von Landwirt:innen kümmern.

- Wir setzen uns für gemeinsam genutzte Verarbeitung, Lager, Vertriebs- und Entsorgungsinfrastrukturen ein, um Thüringer Produkte vor Ort verfügbarer zu machen und zugleich eine höhere Wertschöpfung in der Region zu ermöglichen. Den Verlust der Infrastruktur wie Schlachthöfe werden wir konsequent stoppen. Historische Nutzungsformen wie Wanderschäfferei oder Hüteschafhaltung und Waldweide wollen wir dabei in besonderer Weise honorieren.

- Wir werden die Position der Erzeuger:innen gegenüber dem Lebensmittelhandel deutlich stärken und realistische Erzeugerpreise ermöglichen. Wir streben eine Landwirtschaft an, die faire Preise für Erzeuger:innen, Handel und Verbraucher:innen ermöglicht.



- 1208 • Wir werden die Bejagung von Schwarzwild in Thüringen konsequent  
1209 fortsetzen, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)  
1210 einzudämmen.
  
- 1211 • Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die  
1212 flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran  
1213 orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und  
1214 extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung,  
1215 Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung  
1216 von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.
  
- 1217 • Wir werden artenreiches Grünland durch eine aus der ersten Säule  
1218 finanzierte Weidetierprämie für Milchkühe und extensive Mutterkuhhaltung  
1219 im Rahmen der EU-Förderung fördern und erhalten
  
- 1220 • Wir werden den Klimaschutz in der Landwirtschaft voranbringen und die  
1221 Humusmehrung in Böden durch eine standort- und betriebsgerechte  
1222 Mindestfruchtfolge sowie die Wiedervernässung von Mooren angemessen  
1223 fördern.
  
- 1224 • Wir wollen Hochwasserereignissen durch eine konsequente Entwicklung der  
1225 Auenräume entgegenwirken. Hierfür wollen wir Flächennutzungen stärken,  
1226 welche die Auen als
  
- 1227 Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zusammenfasst und resistenter gegen  
1228 Schäden durch Hochwasserlagen macht.
  
- 1229 • Wir werden die standortnahe Wasserversorgung der Landwirtschaft und  
1230 Forstwirtschaft stärken. Nicht nur für die Versorgung von Kulturen auf den  
1231 Feldern und Wäldern auch für die Bereitstellung von Löschwasser und zur  
1232 langfristigen Neubildung von Grundwasser braucht es einen konkreten  
1233 Fahrplan bis 2029.
  
- 1234 • Wir werden den Einsatz von Düngemitteln und insbesondere Mineraldünger  
1235 reduzieren und einen geschlossenen Stickstoffkreislauf mit effizientester  
1236 Nutzung aufbauen.
  
- 1237 • Wir werden den Pestizideinsatz im Rahmen des EU-Ziels deutlich reduzieren.  
1238 Dies schaffen wir u.a. durch eine noch gezieltere und räumlich begrenztere  
1239 Anwendung von chemischen Pestiziden. Dafür braucht es Alternative  
1240 Werkzeuge für die konventionelle Landwirtschaft, um die  
1241 Lebensmittelerzeugung zuverlässig, umweltverträglich und preisgerecht zu  
1242 gewährleisten.

- 1243 • Wir werden den Einsatz weiterer landwirtschaftlicher Flächen für die  
1244 Herstellung von Biokraftstoffen, zur Energieerzeugung oder zur technischen  
1245 Kohlenstoffabscheidung (BECCS) kritisch prüfen.
  
- 1246 • Wir werden die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der Vielfalt der  
1247 Angebote für umweltverträglicher Ernährungsstile ernstnehmen und in den  
1248 Kantinen öffentlicher Einrichtungen attraktive günstige Angebote u.a. für  
1249 eine pflanzenbasierte Ernährung schaffen.
  
- 1250 • Wir wollen den Erhalt und die Zustandsverbesserung unseres Waldes sowie  
1251 die Entwicklung einer nachhaltigen und naturgemäßen Waldbewirtschaftung.  
1252 Dabei soll allen Funktionen des Waldes gleichermaßen Rechnung getragen  
1253 werden. Die Wertschöpfung der Forstwirtschaft soll weiter ausgebaut  
1254 werden. Wir werden ein Programm zur Mobilisierung weiterer  
1255 Privatwaldflächen auf den Weg bringen. Den Verkauf von landeseigenem Wald  
1256 lehnen wir ab.
  
- 1257 • Wir wollen die Gemeinschaftsforstämter erhalten und sicherstellen, dass  
1258 die Förster als Mittler zwischen privaten Waldbesitzern und der  
1259 Holzindustrie helfen, alle Waldteile nachhaltig zu nutzen. An der  
1260 eigentumsübergreifenden Holzvermarktung soll festgehalten werden. Die  
1261 Entwicklung der Thüringen Forst-Anstalt werden wir weiter unterstützen.
  
- 1262 • Wir wollen auch privatrechtliche Zusammenschlüsse von Waldbesitzern als  
1263 wichtige Säule der forstlichen Bewirtschaftung erhalten. Der Waldumbau  
1264 kann nur nachhaltig gewinnen, wenn alle Verantwortlichen für die Zukunft  
1265 der Wälder mit eingebunden werden.
  
- 1266 • Die Jagd muss sich an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen,  
1267 neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Werten des Tierschutzes und  
1268 Erfordernissen der Lebensmittelhygiene orientieren. Wir wollen, dass sich  
1269 die Bejagung künftig mehr am jeweiligen Waldzustand und weniger an  
1270 Abschussplänen orientiert. Damit wollen wir eine angemessene Wilddichte  
1271 erreichen und den Aufbau stabiler, vielfältig strukturierter Wälder  
1272 sicherstellen.
  
- 1273 • Wir setzen uns für hohe Qualitätsstandards und nachhaltige  
1274 Teichwirtschaften in ganz Thüringen ein. Wir unterstützen die Thüringer  
1275 Fischer:innen und Angler:innen dabei, den Lebensraum Gewässer in einen  
1276 guten Zustand zu versetzen. Dazu gehört für uns auch die Durchgängigkeit  
1277 für wandernde Fischarten.

### 1278 3. Leben in einem freien und sicheren Land

Freiheit und Sicherheit sind menschliche Grundbedürfnisse. Es braucht eine Balance zwischen ihnen, die nicht immer einfach auszuhandeln ist, aber das Herzstück einer demokratischen Gesellschaft bildet. Das Leben in einem sicheren Land, welches die Freiheit schützt und Recht durchsetzt, ist Basis eines handlungsfähigen Staates. Wir Sozialdemokrat:innen wollen Sicherheit so organisieren, dass sie Freiheit gewährleistet. Es ist unser Anspruch, dass alle Menschen in Thüringen sicher sind und sich auch sicher fühlen können, unabhängig von Hautfarbe, sexueller Orientierung oder politischen Einstellung.

Neben der Ermutigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und der Präventionsarbeit von Vereinen und Initiativen ist es uns genauso wichtig, Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz- und Rettungsorganisationen sowie die kommunalen Ordnungsdienste zu stärken. Wer sie angreift, greift unsere demokratische Gesellschaft an. Wir stehen fest an der Seite derer, die sich tagtäglich in Haupt- und Ehrenamt für ein demokratisches Thüringen einsetzen und es vor Angriffen schützen.

## **3.1 Eine starke Polizei – analog und digital**

Die Menschen im Freistaat Thüringen leben sicher. Dafür sorgt eine starke und moderne Polizei vor Ort und im Netz. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass die Polizist:innen unseres Landes gut ausgestattet und ausgebildet auf alle Herausforderungen reagieren können. Hinzu kommen Verbesserungen bei den Beförderungsmöglichkeiten, der Bezahlung und dem Gesundheitsmanagement. Mit dieser Strategie waren wir erfolgreich: beispielsweise die Zahl der Einruchsstraftaten nimmt ab, die Aufklärungsquote ist hoch. Thüringen ist bundesweit eines der sichersten Bundesländer. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Personalausstattung der Thüringer Polizei weiter erhöhen, um die Präsenz in der Fläche zu verbessern. Die Zahl der Anwärter:innen im Polizeibereich versteigen wir auf 300 pro Jahr. Durch zusätzliche Stellen schaffen wir eine zukunftsfähige Personalstruktur für eine langfristig leistungsfähige Thüringer Polizei. Mit einer flächendeckenden Polizeipräsenz stärken wir das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen.
- Mit der Neuausrichtung des Kontaktbereichsbeamten haben wir einen wichtigen Schritt für eine Polizei für Stadt und Land gemacht. Mit der zügigen Besetzung der neuen Stellen schließen wir die weißen Flecken im Freistaat und schaffen mit konkreten Ansprechpartner:innen Sicherheit an jedem Ort.

- 1316 • Einsatzkräfte verdienen den größtmöglichen Schutz. In den letzten Jahren  
1317 haben wir sie fortlaufend mit moderner Schutzausrüstung und zeitgemäßen  
1318 Einsatzmitteln ausgestattet. Der landesweite Einsatz von Bodycams ist  
1319 dabei ein wesentliches Element und dient dem Schutz unserer Einsatzkräfte  
1320 und der Beweissicherung. Wir unterstützen Gesetzesinitiativen zur  
1321 Verschärfung von Straftatbeständen zum Schutz von Polizei- Einsatz und  
1322 Rettungskräften.
  
- 1323 • Wir machen den Polizeiberuf noch attraktiver. Neben einer guten Besoldung  
1324 bieten wir gute Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten. Für  
1325 Kriminalisten richten wir spezielle Ausbildungsmodule ein – die  
1326 Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern werden wir intensivieren.
  
- 1327 • Polizeidienststellen gehören zur Grundinfrastruktur der öffentlichen  
1328 Daseinsvorsorge. Den Investitionsstau bei der Sanierung von  
1329 Polizeiliegenschaften werden wir durch ein Investitionsprogramm  
1330 beseitigen.
  
- 1331 • Die begonnene Entwicklung des Bildungszentrums Meiningen hin zu einem  
1332 modernen Campus setzen wir mit Hochdruck fort. Während der Ausbildung  
1333 sollen verstärkt demokratische Grundwerte vermittelt werden.  
1334 Polizeidienststanwärter:innen sollen sensibilisiert werden für  
1335 unterschiedliche Arten von Diskriminierung. Von Beginn der Ausbildung an  
1336 muss eine selbstkritische und offene Kultur in der Polizei gepflegt  
1337 werden. Nur so kann sich der Polizeidienst weiterentwickeln und sich  
1338 Anwärter:innen zukünftig sicher im Einsatzgeschehen bewegen. Damit  
1339 schaffen wir moderne Unterrichtsmethoden und Unterbringungsmöglichkeiten.  
1340 Mit der Fusion der Bildungseinrichtungen, Bildungszentrum und  
1341 Fachhochschule legen wir den Grundstein für eine leistungsfähige Struktur  
1342 und attraktive Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.
  
- 1343 • Im Kampf um die besten Köpfe werden wir mit der Einführung der freien  
1344 Heilfürsorge für alle Polizist:innen, der Ruhegehaltsfähigkeit der  
1345 Polizeizulage und eines grundlegend zu novellierenden den aktuellen  
1346 Bedürfnissen Zulagensystems für die faire Vergütung eines anspruchsvollen  
1347 Jobs sorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir mit  
1348 angepassten Einsatzzeiten und speziellen Betreuungsangeboten verbessern.  
1349 Wir verurteilen jegliche Art von Übergriffen sowie Mobbing und  
1350 unterstützen die Entwicklung und Etablierung von Awareness- und  
1351 Präventionsstrukturen, die so etwas wirksam verhindern. Der Schutz der  
1352 Auszubildenden steht dabei an oberster Stelle.
  
- 1353 • Den Frauenanteil in Führungspositionen der Polizei wollen wir deutlich  
1354 erhöhen. Dazu werden wir ein Mentoring-Programm für gezielte  
1355 Frauenförderung aufsetzen. Außerdem wollen wir noch mehr Menschen mit

1356 unterschiedlichem kulturellem und persönlichem Hintergrund für den  
1357 Polizeiberuf ansprechen, um die Pluralität der Gesellschaft auch in den  
1358 Sicherheitsbehörden abzubilden. Besonders Menschen mit unterschiedlichen  
1359 Sprachkenntnissen sollen angesprochen werden, da klare und gute  
1360 Kommunikation die Basis jeder Polizeiarbeit ist.

- 1361 • Es darf keine rechtsfreien Räume in der digitalen Welt geben. Der  
1362 zunehmenden Verrohung im Internet und der Verlagerung von Straftaten in  
1363 den Cyberraum werden wir nicht tatenlos zusehen. Wir wollen dem Beispiel  
1364 anderer Länder durch die Einrichtung eines Studiengangs zum IT-Ermittler  
1365 folgen. Mit einem verstärkten Fortbildungsprogramm wollen wir zudem eigene  
1366 IT-Fachkräfte und IT-Kriminalisten aufbauen.
- 1367 • Die Digitalisierung der Thüringer Polizei treiben wir mit voller Kraft  
1368 voran. Deshalb haben wir die Online-Wache eingeführt und werden ihre  
1369 Einsatzmöglichkeiten weiter ausbauen. Die Ausstattung der Polizist:innen  
1370 mit aktuellen digitalen Endgeräten werden wir unter Beachtung hoher  
1371 Sicherheitsstandards weiter fortführen. Gefahrenlagen und  
1372 Kriminalitätsphänomene ändern sich rasant und ihre Bekämpfung bedarf  
1373 zeitgemäßer rechtlicher Handlungsgrundlagen. Die Angriffe auf IT-Systeme  
1374 von Bürger:innen, Verwaltung und Unternehmen nehmen stetig zu. Wir statten  
1375 Ermittler:innen technisch und rechtlich so aus, dass sie auch bei immer  
1376 größeren Datenbeständen zügig und genau ermitteln können. Möglichkeiten  
1377 der Künstlichen Intelligenz setzen wir dabei an geeigneter Stelle ein,  
1378 beispielsweise bei der schwierigen und wichtigen Bekämpfung von  
1379 Kinderpornografie.
- 1380 • Wir richten ein Thüringer Cybersicherheitszentrum ein. In diesem sollen  
1381 sich alle Thüringer Stellen, die sich um den Schutz von IT-Systemen  
1382 befassen eng und regelmäßig austauschen, um Staat, Wirtschaft und  
1383 Bürger:innen besser vor Angriffen aus dem Netz zu schützen.
- 1384 • Wir verurteilen Gewaltstraftaten gegen Frauen – insbesondere Femizide. Wir  
1385 sehen in dem besseren Schutz von Frauen ein Schwerpunkt polizeilichen  
1386 Handelns und werden entsprechende Handlung- und Interventionsansätze  
1387 optimieren. Weiterhin sollen Polizist:innen während und nach ihrer  
1388 Ausbildung intensiver für Hasskriminalität gegen Frauen sensibilisiert  
1389 werden. Niemand darf in Thüringen bei Fällen von sexueller Gewalt das  
1390 Gefühl bekommen von den Sicherheitsbehörden nicht ernstgenommen zu werden.  
1391 Gegenüber dem Bund werden wir uns für eine Änderung des Strafgesetzbuches  
1392 einsetzen, damit insbesondere Femizide künftig härter bestraft werden.
- 1393 • Im Rahmen eines Modellprojektes wollen wir Erfahrungen in der  
1394 falldatenbasierten Verbrechensbekämpfung im Deliktfeld der Wohnungs- und  
1395 Ladeneinbrüche sammeln.

- 1396 • Wenige Mehrfach- und Intensivtäter:innen begehen einen großen Teil der  
1397 Straftaten in unserem Land. Damit stellen sie eine große Herausforderung  
1398 für Polizei, Justiz und andere Behörden dar. Wir evaluieren die Konzepte  
1399 zum Umgang mit diesen Täter:innen, um zum besseren Schutz der Bevölkerung  
1400 alle behördlichen Möglichkeiten auszunutzen.
  
- 1401 • Eine konsequente und erfolgreiche Deradikalisierungsarbeit ist der beste  
1402 Schutz vor terroristischen Gefahren. Die bestehenden Ansätze in den  
1403 Sicherheitsbehörden wollen wir überprüfen und die Deradikalisierungsarbeit  
1404 fachlich übergreifend ausgestalten.
  
- 1405 • Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Korruption, Betrug und Untreue stellen  
1406 für Sozialdemokrat:innen nicht nur eine Gefahr für ehrliche Bürger:innen  
1407 und die sozialen Sicherungssysteme dar, sondern gefährden den sozialen  
1408 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität  
1409 werden wir die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für unsere  
1410 Polizeibeamt:innen intensivieren.
  
- 1411 • Unsere erfolgreiche Präventionsarbeit setzen wir fort. Wir nehmen  
1412 Unsicherheiten und Ängste ernst und ergreifen gezielte  
1413 Präventionsmaßnahmen, um das Sicherheitsempfinden unserer Bürger:innen zu  
1414 stärken und Straftaten zu verhindern. Die bestehenden Präventionsangebote  
1415 halten wir uneingeschränkt aufrecht. Mit der Einrichtung des  
1416 Landespräventionsrates haben wir die Arbeit der unterschiedlichen  
1417 Akteur:innen erfolgreich vernetzt und Impulse gesetzt.
  
- 1418 • Wir werden eine positive Fehlerkultur innerhalb der Polizei weiter  
1419 fördern. Es ist wichtig, dass es auch innerhalb der polizeilichen  
1420 Strukturen möglich ist, über Fehler im Einsatz und Unsicherheiten im  
1421 Vorgehen zu sprechen. Supervision und Beratungsangebote ermöglichen es,  
1422 Vorgehensweisen zu reflektieren und innerhalb der Dienstgruppe zu  
1423 verbessern. Wir werden den Thüringer Polizeidienststellen Mittel zur  
1424 Verfügung stellen, die Selbstreflexion und Selbstkritik in einem  
1425 geschützten Raum ermöglichen. Dazu dient auch eine  
1426 Polizeivertrauensstelle, die Bürger:innen und Polizist:innen gleichermaßen  
1427 als Anlaufstelle dienen soll und Anonymität und Vertraulichkeit  
1428 gewährleistet.
  
- 1429 • Wir werden, gemeinsam mit den Berufsvertretungen, eine Studie über  
1430 Demokratiefeindlichkeit und Rassismus in den Sicherheitsbehörden auf den  
1431 Weg bringen. Wir lassen nicht zu, dass sich rechtsextremistische  
1432 Glutnester in den demokratischen Institutionen ausbreiten. Mit dem  
1433 Sozialkompetenzzentrum stärken wir in Lehre und Fortbildung die  
1434 demokratische Resilienz. Präventionsangebote in der Aus- und Fortbildung  
1435 werden wir weiter ausbauen.

## 3.2 Feuerwehr und Katastrophenschutz

Der Brand- und Katastrophenschutz und die Rettungsdienste sind ein wichtiger Pfeiler der Inneren Sicherheit in Thüringen. Die 60.000 Mitglieder der Feuerwehren und weitere 10.000 Mitglieder in Rettungsorganisationen leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement einen unersetzlichen Beitrag für ihre Mitbürger:innen. Unser Ziel ist deshalb eine gute Ausstattung, gute Ausrüstung, gezielte Aus- und Fortbildung sowie eine fortlaufende Nachwuchsgewinnung für die Held:innen des Alltags.

Das werden wir tun:

- Wir wollen die Leistungen der ehrenamtlichen Helfer:innen mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne würdigen. Diese soll ihnen Anerkennung und Respekt zeigen und vor allem junge Menschen für das Ehrenamt begeistern. Ohne Unterstützung der Arbeitgeber:innen, Ausbildungsstätten und Schulen geht es nicht. Die zeitlichen Herausforderungen der Ehrenamtlichen müssen hier gezielt beleuchtet werden.
- Die hohe Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude von Feuerwehren und Rettungskräften werden wir durch Investitionen in der Fläche unterstützen. Dazu gehört die persönliche Ausrüstung, die Fahrzeugausstattung und der Erhalt und Bau von Gerätehäusern. Wir treten für eine Erhöhung der Fördersummen und Förderquoten seitens des Landes ein. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf der sogenannten schwarz-weiß-Trennung liegen, um Brandkrebs vorzubeugen.
- Durch Investitionen in Infrastruktur und Lehrangebote, insbesondere mit Blick auf klima- oder technologiebasierten Veränderungen der Einsatzszenarien werden wir die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule weiterentwickeln. Dabei setzen wir das Projekt TLFKS 2.0 fort, indem sich modernisierte Anlagen und dezentrale Ausbildung vereinen.
- Wir werden die zentrale Beschaffung von Feuerwehrausstattung erweitern und so versuchen die Beschaffung der Feuerwehrfahrzeuge in Zweckverbänden oder auf Landesebene zu bündeln und Kostenvorteile zu erreichen, von denen Kommunen und ihre Feuerwehren profitieren.
- Mit der Stabilisierung der deutschlandweit einzigartigen Feuerwehrrente und der Erhöhung der Entschädigungssätze in Feuerwehren haben wir ein starkes Zeichen der Anerkennung gesetzt. Dieses wollen wir der Schaffung einer Helfer:innenprämie fortsetzen, die für 10 aktive Dienstjahre eine 500 €-Prämie vorsieht.

- Wir haben der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) im Freistaat eine tragfähige Struktur gegeben. Diese wollen wir ausbauen und stärken, damit PSNV-Kräfte durch professionelle Schulung und Vernetzung unterstützt werden. So können Einsatzkräfte im Ernstfall umfassend psychologisch betreut werden.
- Die integrierten Leitstellen sind ein zentrales Element für eine effektive Alarmierung und Steuerung von Einsätzen der Feuerwehren und Rettungsdienste. Mit der Schaffung der neuen Leitstellenstruktur in kreisübergreifenden Verbünden haben wir die Weichen für die Zukunft gestellt. Die Arbeit für moderne Alarmierungsstrukturen werden wir fortsetzen und uns für die regelmäßige Durchführung des bundesweiten Alarmtages einsetzen.
- Der Schutz Kritischer Infrastrukturen und ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz ist in den letzten Jahren zu Recht stark in den Fokus gerückt. Wir intensivieren den Schutz dieses Rückgrats unseres Gemeinwesens, stellen die Umsetzung der Schutzmaßnahmen bei privaten und öffentlichen Stellen sicher und setzen uns weiter für eine angemessene Beteiligung des Bundes an dieser Aufgabe ein.

## 3.3 Kampf für Demokratie

Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Erfolge beim Kampf gegen rechtsextremistische Veranstaltungen und Strukturen erzielen können. Feinden der Demokratie, der Verfassung und der Menschenrechte, dem Extremismus jeglicher Art werden wir uns auch weiterhin entschieden entgegenstellen.

Politische Bildung und Demokratietarbeit sind für uns stetige gesellschaftliche und politische Aufgaben. Um dieser Aufgabe nicht nur gerecht zu werden, sondern auch deren Bedeutung anzuerkennen, werden wir ein Demokratiefördergesetz beschließen. Programme, Projekte, Konzepte, Vorhaben etc. brauchen, um wirken zu können, eine langfristige Planungssicherheit und damit unumgänglich eine finanzielle Absicherung. In diesem Zusammenhang müssen auch die bestehenden Landesprogramme auf ihre Förderung sowie ihre inhaltliche Ausrichtung evaluiert werden. Neue Herausforderungen und Bedrohungen unserer Freiheit und Demokratie, wie digitaler Faschismus, Desinformationen, Verschwörungserzählungen, rechter Terror in Thüringen oder Radikalisierungen im Zuge der Corona-Pandemie als auch Zielgruppen, wie Migrant:innenselbstorganisationen, müssen mit aufgenommen werden. An dieser Neugestaltung darf deshalb nicht ausschließlich regierungsintern gearbeitet, sondern die Zivilgesellschaft muss adäquat daran beteiligt werden.

Wir werden zivilgesellschaftliche Akteur:innen unterstützen, indem wir



- 1511 • ihre, oftmals ehrenamtliche Tätigkeit erleichtern, indem bürokratische  
1512 Hürden abgebaut werden. Dort wo Zivilgesellschaft, Staat, Behörden  
1513 zusammenarbeiten entstehen Partner:innenschaften, die nachhaltig wirken  
1514 können.
- 1515 • ihre Arbeit würdigen: sie verteidigen in verschiedenster Form die  
1516 demokratischen Grundlagen unserer pluralen Gesellschaft, wirken sozial und  
1517 solidarisch. Es gilt sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu bestärken.
- 1518 • ihre Arbeit nicht nur anerkennen, sondern deren weite Perspektiven auf  
1519 Landesebene auch im Rahmen eines institutionalisierten Austauschs mit der  
1520 Regierung und dem Landtag einbinden. Deshalb fordern wir, dass  
1521 Zivilgesellschaft und die zuständigen politischen Vertreter:innen  
1522 regelmäßig gemeinsam an einem Tisch zusammenkommen, um sich über aktuelle  
1523 gesellschaftliche Problemlagen auszutauschen.
- 1524 • im Kampf gegen die extreme Rechte bei Behörden und Verwaltung für eine  
1525 verbesserte Anerkennung der Perspektive von zivilgesellschaftlichen  
1526 Akteur:innen werben, so dass die Zusammenarbeit beispielsweise bei der  
1527 Organisation und Durchführung von Demonstrationen erleichtert wird.
- 1528 • mit ihnen, Akteur:innen aus Staat und Wissenschaft gemeinsam an einer  
1529 langfristigen Demokratie-Förderstrategie und ihrer kontinuierlichen  
1530 Fortentwicklung arbeiten.
- 1531 • Wir verstetigen und bauen das Thüringer Landesprogramm für Demokratie,  
1532 Toleranz und Weltoffenheit als wertvolle Unterstützung der  
1533 Demokratieförderung aus. Wir werden das Thüringer Demokratiefördergesetz  
1534 einführen, um so bewährten Projekten des Engagements zur  
1535 Demokratieförderung und politischen Bildung eine verlässliche und  
1536 langfristige Ausfinanzierung zu ermöglichen und wiederkehrenden  
1537 Verwaltungsaufwand zu reduzieren
- 1538 Außerdem werden wir konsequent an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der  
1539 Untersuchungsausschüsse zu den NSU-Morden 5/1 und 6/1 als auch der Enquete-  
1540 Kommission gegen Rassismus und Diskriminierungen 6/1 weiterarbeiten und die  
1541 demokratiefördernde und rassismus- und diskriminierungskritische Bildungsarbeit  
1542 an Schulen, in der außerschulischen Bildung und in Organisationen und Behörden  
1543 stärken.
- 1544 Das werden wir tun:
- 1545 • Wir setzen uns für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters bei  
1546 Landtagswahlen auf 16 Jahre und des passiven Wahlalters bei

- 1547           Bürgermeister:innen- und Landrät:innenwahlen ein, um junge Menschen  
1548           möglichst früh an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen
- 1549           • Wir werden eine „Koordinierungsstelle für Demokratiebildung an Schulen“  
1550           einrichten. Seit Jahrzehnten gibt es Modellprojekte, die Kitas und Schule  
1551           als Lernorte für Demokratie erproben, nun kommt es darauf an,  
1552           flächendeckend für ein Angebot der Demokratiebildung an Thüringer Schulen  
1553           zu sorgen.
- 1554           • Wir werden uns für ein passives und aktives Wahlrecht für  
1555           Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene einsetzen, um diesen Menschen  
1556           die Einbindung in den politischen Diskurs aktiver zu ermöglichen und  
1557           Potentiale für die gesellschaftliche Beteiligung zu heben. Dauerhaft in  
1558           Deutschland lebenden Menschen soll so politische Teilhabe und Mitwirkung  
1559           ermöglicht werden.
- 1560           • Das Amt für Verfassungsschutz muss weiter personell und materiell  
1561           angemessen ausgestattet sein, um den wachsenden Aufgaben zum Schutz  
1562           unserer Demokratie gerecht zu werden. Eine ausreichende parlamentarische  
1563           Kontrolle ist dabei weiterhin zu gewährleisten.
- 1564           • Mit der Einrichtung der Task-Force Versammlungslagen konnten wir  
1565           Landkreise und Kommunen bei teilweise komplizierten Rechtsfragen beraten  
1566           und sie in die Lage versetzen, sich insbesondere gegen Veranstaltungen der  
1567           extremen Rechten zur Wehr zu setzen. Diese erfolgreiche Arbeit setzen wir  
1568           fort und entwickeln sie weiter.
- 1569           • Um bei Konflikten in Kommunen den Dialog und demokratische Problemlösungen  
1570           zu unterstützen sowie Radikalisierungen und Populismus vorzubeugen, werden  
1571           wir Angebote der kommunalen Konfliktberatung verstetigen und ausbauen.
- 1572           • Kampf gegen Hass und Hetze im Netz – Das Internet erlaubt durch seine  
1573           Anonymität oft radikale Äußerungen, die manchmal auch in schreckliche  
1574           Taten umschlagen können. Wir unterstützen die Gesetzinitiativen auf  
1575           Bundesebene zur besseren Bekämpfung dieser Phänomene. Das Internet darf  
1576           kein rechtsfreier Raum sein. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei,  
1577           Staatsanwaltschaft und Medienverantwortliche werden wir intensivieren. Wir  
1578           schaffen die personelle Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaft, um  
1579           Strafverfahren schnell abzuschließen.
- 1580           • Rechte Demokratiefeind:innen werden wir konsequent aus dem öffentlichen  
1581           Dienst entfernen.
- 1582           • Wir setzen uns weiterhin für die Entwaffnung von Rechtsextremist:innen

ein.

- Für alle Fördermaßnahmen des Landes wird künftig der Grundsatz gelten: Keine öffentlichen Mittel für rechte Demokratiefeind:innen. Wer staatliche Hilfen beantragt, muss sich deshalb auf den demokratischen Grundkonsens verpflichten. Damit verhindern wir, dass Fördermittel indirekt zur Unterstützung demokratiezersetzender Unternehmungen eingesetzt werden.

## 3.4 Justiz

Wir Sozialdemokrat:innen sind stolz auf unseren demokratischen Rechtsstaat, der die Würde des Menschen an erste Stelle setzt. Wir stehen für eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Justiz. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Wir wollen, dass Straftaten schnell aufgeklärt und konsequent geahndet werden. Die Bürger:innen haben ein Recht darauf, ihre Ansprüche zügig durchzusetzen. Wir verteidigen unseren Rechtsstaat gegen Bedrohungen und gegen die zunehmende Radikalisierung. Extremismusbekämpfung und Prävention, aber auch unser Einsatz gegen Hass und Hetze sind wichtige Felder der Justizpolitik. Die Opfer von Straftaten stehen bei uns im Mittelpunkt und verdienen Würdigung und Unterstützung. Die zunehmende Digitalisierung der Justiz und der Verwaltung bietet eine Vielzahl von Chancen sowohl für die Bürger:innen als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen den Weg der Digitalisierung und der modernen Kommunikation in der Justiz weiter beschreiten und diesen vorantreiben.

Das werden wir tun:

- Wir sorgen für eine Einstellungsoffensive für Justizbedienstete mit modernen Werbe- und Einstellungsverfahren. Wir stocken die Einstellungen bei der Justiz auf, um die Personalverstärkungen bei der Polizei auf die Justiz nachzuziehen und den Generationenwechsel abzufedern.
- Wir verbessern die Attraktivität der Arbeit in der Justiz durch moderne Arbeitsmodelle, die die weitere Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und verbesserte Altersteilzeitregelungen, durch den verstärkten, flächendeckenden Einsatz des mobilen Arbeitens und durch ein umfassendes Personalentwicklungskonzept.
- Wir haben die richterliche Mitbestimmung in der Thüringer Justiz deutlich ausgebaut. Die neu geschaffen Verfahren und Instrumente sind mit Leben zu erfüllen, zu evaluieren und fortzuentwickeln.
- Wir stehen für den Erhalt der Justizstandorte mit allen ihren Gerichten für unsere Bürger:innen

- Bei den Staatsanwaltschaften verstärken wir die Bereiche für organisierte Wirtschafts-, Internet- und Staatsschutzkriminalität und stärken die Vermögensabschöpfung für kriminell erlangte Gewinne.
- Wir setzen die angestoßene Modernisierung der IT-Infrastruktur mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz zügig mit einem straffen Projektmanagement um und ermöglichen flächendeckend Videovernehmungen, Videokonferenzen und Videoanhörungen.
- Prävention ist die beste Sicherheitspolitik. Durch einen landesweiten Ausbau der regionalen Präventionsstrukturen wollen wir Straftaten vorbeugen. Dazu gehört auch der flächendeckende Aufbau von Jugendstationen analog zu den erfolgreichen Modellprojekten in Jena und Gera.
- Immer mehr ältere Mitmenschen werden Opfer von Straftätern (z.B. Enkeltrick). Außerdem verlagert sich das Kriminalitätsgeschehen stark ins Netz. Um Menschen jeden Alters vor Kriminalität zu schützen, legen wir eine nachhaltige Präventionsstrategie mit den Schwerpunkten „Cybercrime“ und „Kriminalität gegen Senioren“ auf.
- Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung werden wir konsequent nutzen. Mit einem engen Austausch zwischen Justiz und Polizei gehen wir gegen das Phänomen von Mehrfach- und Intensivstraftätern vor.
- Justizvollzug weiter modernisieren. Wir Sozialdemokrat:innen stehen für einen progressiven, menschenwürdigen und dem Ziel der Resozialisierung verpflichteten Strafvollzug. Wir Thüringer Sozialdemokrat:innen haben 2014 in Regierungsverantwortung mit der Verabschiedung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches den modernen Justizvollzug in Thüringen entscheidend geprägt, welches wir fortschreiben möchten.
- Nur mit einer ausreichenden Personalausstattung in den Justizvollzugseinrichtungen, in den Fachdiensten ebenso wie im allgemeinen Vollzugsdienst gelingt ein moderner Justizvollzug. Zur Gewinnung von qualifizierten und motivierten Nachwuchskräften werden wir die Attraktivität des Berufsfeldes „Justizvollzug“ steigern. Hierzu setzen wir uns für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, eine moderne Ausrüstung, eine gezielte Personalentwicklung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine verbesserte Besoldungs- und Beförderungssituation, insbesondere die Verbesserung der Anwärterbesoldung durch die Wiedereinführung eines Anwärtersonderzuschlages, ein.
- Die Bildungs- und Beschäftigungsangebote für Gefangene wollen wir auf hohem Niveau erhalten. Die Möglichkeiten, eine Ersatzfreiheitsstrafe in

der Haft abzarbeiten, wollen wir ausweiten. Zudem sind wir überzeugt, dass die Bedingungen in Haft mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in Freiheit mithalten müssen. Digitalisierung und demografischer Wandel dürfen nicht vor den Toren der Haftanstalten enden. Die Bereitstellung digitaler Medien und Bildungsangebote für Gefangene wollen wir prüfen. Die Möglichkeiten des elektronischen Besuchs wollen wir ausbauen. Die Situation älterer Gefangener in Haft wollen wir ebenfalls verbessern. Dabei werden wir auf die Erfahrungen anderer Länder zurückgreifen.

- Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf eine stärkere Berücksichtigung der Opferperspektive und den Ausgleich der Tatfolgen während der Inhaftierung legen.
- Um den Übergang der Gefangenen in die Freiheit zu erleichtern, wollen wir das professionelle Übergangsmanagement gesetzlich verankern.
- Die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten wollen wir u. a. durch eine Verbesserung der medizinischen, insbesondere psychiatrischen Versorgung, zum Beispiel durch eine Kooperation mit dem Maßregelvollzug, erhöhen.
- An dem Gemeinschaftsprojekt mit dem Freistaat Sachsen „JVA Zwickau-Marienthal“ halten wir deshalb fest. Der hierfür vorgesehene Personalübergang muss sozialverträglich, transparent und im Einvernehmen mit den betroffenen Bediensteten erfolgen. Die sinnvolle Nachnutzung künftig wegfallender Justizvollzugseinrichtungen werden wir ergebnisoffen prüfen. In die Prüfung werden wir bestehende Bedarfe, zum Beispiel in den Bereichen Sicherungsverwahrung und seniorengerechter Vollzug, mit einbeziehen.
- Neben dem Justizvollzug ist die ambulante Straffälligenhilfe mit den Sozialen Diensten in der Justiz und den Vereinen der freien Straffälligenhilfe die wichtigste Säule der Resozialisierung von Straffälligen in Thüringen. Durch eine Stärkung tragen wir aktiv dazu bei, dass Inhaftierungen von Straffälligen ebenso wie weitere Straftaten vermieden werden. Somit wird der Resozialisierungsprozess von Straffälligen verbessert und ein wichtiger Anteil zur inneren Sicherheit geleistet.
- Gerade die Mitarbeiter:innen der Sozialen Dienste in der Justiz leisten als staatliche Institution in den Bereichen der Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie der Führungsaufsicht einen erheblichen Anteil zur Vermeidung neuer Straftaten. Wir setzen uns für eine auskömmliche personelle Ausstattung der Sozialen Dienste in der Justiz ein. Damit gewährleisten wir, dass die qualitativ hochwertige Tätigkeit weiter verbessert wird und mehr Zeit für die Hilfe und Kontrolle der

1694 Straffälligen zur Verfügung steht. Ebenfalls erachten wir eine  
1695 Verbesserung der technischen Ausstattung für notwendig. Mobiles Arbeiten  
1696 ist gerade im ländlichen Raum unerlässlich, um Straffällige auch im  
1697 häuslichen Umfeld begleiten zu können.

- 1698 • Neben den staatlichen Institutionen leisten die Vereine der freien  
1699 Straffälligenhilfe einen enormen Anteil in der Arbeit. Sie vermitteln und  
1700 begleiten in der Ableistung gemeinnütziger Arbeit und bieten  
1701 spezialisierte Beratungsangebote an. Hinzu kommen Angebote für Soziale  
1702 Trainingskurse. Für uns als Sozialdemokrat:innen ist es ein wichtiges  
1703 Anliegen, die bestehenden Strukturen in Thüringern weiter zu festigen und  
1704 auszubauen. Hierzu gehört die Schaffung einer Förderstruktur und -praxis,  
1705 die es ermöglicht, Modellprojekte voll zu finanzieren. Somit werden  
1706 Anreize für die Fortentwicklung in diesem wichtigen Bereich geschaffen.

- 1707 • Wir solidarisieren uns mit den Opfern rassistischer Überfälle. Es darf  
1708 nicht passieren, dass Opfer als Täter:innen behandelt werden, medial als  
1709 solche inszeniert werden und derartige, die Grundfesten unserer Demokratie  
1710 verletzende Überfälle nicht zeitnah und vollständig aufgeklärt werden.

- 1711 • Kommunale Amts- und Mandatsträger:innen sind zentrale Akteur:innen unserer  
1712 Demokratie. Sie sind vermehrt Anfeindungen ausgesetzt. Als Demokrat:innen  
1713 dulden wir das nicht. Das öffentliche Interesse muss in diesen Fällen  
1714 stets anerkannt werden. Bestehende Beratungsangebote wollen wir bündeln  
1715 und ausfinanzieren.

- 1716 • (Weiter-)Lernen ermöglichen – für die persönliche Entwicklung und die  
1717 berufliche Qualifikation. Für einen sensiblen und bedarfsgerechten Umgang  
1718 des entsprechenden Fachpersonals der Justiz mit von Rassismus und  
1719 Diskriminierung betroffenen Personen sind fundierte Grundlagen zu  
1720 rassistischen und diskriminierenden Sachverhalten und Tatmotiven  
1721 unerlässlich. Wir bauen daher das Fortbildungsprogramm für Richter:innen  
1722 und Staatsanwälte:innen hinsichtlich des Umgangs mit rassistisch  
1723 motivierten Straftaten weiter aus.

## 1724 3.5 Verbraucher:innenschutz

1725 Verbraucher:innen stehen häufig einer hohen Marktmacht einzelner Unternehmen  
1726 gegenüber. Die Zusammensetzung der Nebenkostenabrechnung, die angekündigte  
1727 Mieterhöhung oder Verträge mit Medien- und Kommunikationsanbietern verunsichern  
1728 und überfordern viele Bürger:innen. Wir wollen Verbraucher:innen schützen durch  
1729 Regeln und Organisationen. Wir sehen die Verbraucherzentrale als einen  
1730 unverzichtbaren Partner beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Gerade  
1731 in Zeiten von sich verändernden Märkten und hoher Inflation brauchen  
1732 Bürger:innen Sicherheit und Schutz vor Abzocke und unlauteren Methoden.

1733 Das werden wir tun:

- 1734 • Der Beratungsauftrag der Verbraucherzentrale Thüringen – unabhängig von  
1735 wirtschaftlichen Interessen – ist angesichts der immer unübersichtlicheren  
1736 Märkte als Gegengewicht für den Verbraucher dringender denn je. Wir wollen  
1737 die Finanzierung der Verbraucherzentrale angemessen erhöhen, um den  
1738 bestehenden Beratungsumfang auszubauen, insbesondere im Hinblick auf  
1739 Beratung in leichter Sprache und in unterschiedlichen Fremdsprachen. Die  
1740 Finanzierung der Verbraucherzentrale wird in den kommenden Jahren auch die  
1741 Preisentwicklung berücksichtigen. Dabei soll vor allem die institutionelle  
1742 Förderung verstärkt werden, um die Verbraucherzentrale unabhängiger zu  
1743 machen.
- 1744 • Sonntagsarbeit belastet Arbeitnehmer und Familien. Der Sonn- und  
1745 Feiertagsschutz ist ein wichtiges Gut. Deshalb werden wir Sonntagsarbeit  
1746 auf ein erforderliches Minimum begrenzen. Wir wollen gemeinsam mit den  
1747 Gewerkschaften das Bundesarbeitszeitgesetz ändern, um den Sonn- und  
1748 Feiertagsschutz zu stärken.
- 1749 • Um den weiteren notwendigen Personalabbau verkraften zu können und um eine  
1750 effizientere Aufgabenerfüllung zu erreichen, sollen Fach-, Rechts- und  
1751 Dienstaufsicht im Bereich des Verbraucher- und Arbeitsschutzes gebündelt  
1752 werden.
- 1753 • Das Angebot an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nimmt ständig zu und  
1754 die Hersteller agieren zunehmend überregional. Hinzu kommen immer neue  
1755 Verfahren der Bearbeitung von Lebensmitteln, neue Materialien und  
1756 Werkstoffe, chemische Substanzen usw. Die zunehmende Produktvielfalt  
1757 verlangt eine höhere Spezialisierung und eine vertiefte Erfahrung der  
1758 amtlichen Überwachung. Diese Spezialisierung ist nicht für alle Aufgaben  
1759 durch die kommunalisierte Überwachung zu leisten. Vor allem die  
1760 Kleinteiligkeit der kommunalen Strukturen verhindert eine Spezialisierung.  
1761 Wir wollen spezialisierte und überregionale Kontrollteams in den Bereichen  
1762 schaffen, für deren Überwachung den Landkreisen und kreisfreien Städten  
1763 das notwendige Spezialwissen fehlt. Ebenfalls auf den Prüfstand gehört  
1764 aber auch die Option einer Rückverstaatlichung von Aufgaben und  
1765 Zuständigkeiten der Veterinär-, Lebensmittelüberwachungs- und Umweltämter.
- 1766 • In vielen Bereichen versagt die Selbstregulation des Marktes, bestehen  
1767 Vollzugsdefizite bei der Marktüberwachung oder werden Verbraucher durch  
1768 „Abzockstrategien“ systematisch geschädigt. Hier fehlen die notwendigen  
1769 Marktwächter. Für bestimmte Fragen brauchen wir daher zur Unterstützung  
1770 der Verbraucher und der staatlichen Überwachung auch kollektive  
1771 Klagerechte. Wir treten auf Bundesebene für Klagerechte von  
1772 Verbraucherschutzorganisationen z.B. der Verbraucherzentralen ein. Wir

wollen Klagerechte für Verbraucherorganisationen z.B. gegen typische „Abzockstrategien“ bei geringen Streitwerten und bei unlauterem Wettbewerb (Mondpreise, Lockvogelangebote, falsche Preisauszeichnung).

## 4. Zusammenhalt in Stadt und Land

Wir sind davon überzeugt, dass ländliche Regionen einen hohen ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und demokratischen Mehrwert für unseren Freistaat haben, auf den wir als Gesellschaft nicht verzichten können. Auf dem Land organisieren Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben mit hoher Kompetenz, viel Engagement und in gemeinschaftlichen Strukturen. Es gibt dort viel Wissen und Erfahrungen, die nicht verloren gehen dürfen. Unsere Städte sind Knotenpunkte, die für das gesamte Land Bildungs- und Kultureinrichtungen vor- und hohe wirtschaftliche Potenziale für alle bereithalten. Wir wollen die Lebensqualität in Thüringen erhöhen, die Natur schützen und das Gemeinwesen stärken – der Schlüssel dafür liegt in unseren Kommunen.

### 4.1 Unsere Kommunen

Rund 90 Prozent der Fläche Thüringens zählt zum ländlichen Raum. Kultureller Reichtum & Tourismus, Unternehmergeist & Handwerkskunst, Sport & Ehrenamt sind hier zu Hause. Der ländliche Raum gehört zur Thüringer Identität. Gleichzeitig lebt Thüringen auch von seinen zentralen Städten, die in die Regionen und auch bundesweit ausstrahlen und das Bild Thüringens mitprägen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet für uns nicht, den urbanen Raum in ländlichen Regionen nachzuahmen und umgekehrt. Wir erkennen die besonderen Verhältnisse jeder Region an, wollen aber dafür Sorge tragen, dass Städte und Dörfer für jede Generation ein lebenswertes Zuhause sind.

Das werden wir tun:

- Die strategische Ausweisung von Ober- und Grundzentren hat eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der einzelnen Kommunen. Oberzentren müssen überregional und langfristig gedacht werden. Die bloße Bevölkerungszahl ist weniger entscheidend, als die mit dem Oberzentrum verbundenen Funktionen, die in Thüringen oft überregional, also funktionsteilig getragen werden. Oberzentren sind gerade mit Blick auf die Regionen mit angrenzenden bevölkerungsstarken Bundesländern von entscheidender strategischer Bedeutung, unter anderem für die Ansiedlungs- und Infrastrukturpolitik. Die Ausweisung von Grundzentren muss auch die perspektivische Entwicklung von Regionen in den Blick nehmen.
- Die Fläche leidet insbesondere auch am Auspendeln ihrer Einwohner:innen.



Dörfer werden zu Schlafstätten, Kleinstädte verlieren zunehmend ihren Einzelhandel, wenn die Bevölkerung ihre wesentliche Zeit außerhalb der kommunalen Grenzen verbringt. Neben klassischer Wirtschaftsförderung spielt daher insbesondere auch die Ansiedlung staatlicher Institutionen eine tragende Rolle, um die Erwerbsquote vor Ort zu stärken.

- Kommunen übernehmen Verantwortung für eine zukunftsgerechte Kommunal- und Raumentwicklung. Sie setzen sich aktiv für den Schutz sowie den Erhalt der Lebensgrundlagen ein, mindern Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt und gehen sparsam mit Flächen um. Für eine qualifizierte Innenentwicklung (z. B. angemessene Nachverdichtung, Umnutzung, Umstrukturierung, Flächenrecycling, ggf. Rückbau) bedarf es weiterhin personeller und finanzieller Unterstützung. Die erfolgreiche Förderung der Klima- und Energiemanager werden wir fortsetzen.
- Fachkräftemangel, Demographie, Digitalisierung – die Herausforderungen der Kommunen sind groß und kaum abschließend aufzuzählen. Um diesen Aufgaben begegnen zu können, ist neben einer finanziellen Ausstattung, die die kommunale Selbstverwaltung verlässlich ermöglicht, die Verwaltungsstruktur grundlegend. Gebietszusammenschlüsse mit dem Ziel, die Verwaltung zu stärken und gemeinsam größere Haushalte aufzustellen, die das Bündeln der finanziellen Kraft, das Priorisieren von großen Maßnahmen, das regionale Denken sowie das Spezialisieren von Mitarbeiter:innen ermöglicht, bleibt für uns Priorität.
- Neu gegliederte Gemeinden müssen beim Zuwachsen unterstützt werden. Hierbei helfen nicht nur Gelder zum Abbau von Altschulden und Prämien, um die Kosten des Zusammenschlusses z.B. für angleichende IT-Maßnahmen zu schultern, sondern auch und insbesondere Unterstützung bei der Hebung von Fördermitteln, die helfen gemeinsame Projekte der neuen Gebietskörperschaft zeitnah zu realisieren.
- Um flächenmäßig großen Städten und Gemeinden bei Erhalt sowie der Bewirtschaftung der (eingemeindeten) Infrastruktur zu unterstützen, wollen wir eine Flächenpauschale etablieren, die dem Umfang der Verkehrs- Grün-, und Waldfläche und den damit verbundenen Unterhaltskosten Rechnung trägt.
- Wir stehen für eine bürokratiearme Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit jenseits des aktuellen Finanzausgleichsgesetzes mit dem Ziel des Zusammenwachsens von kommunalen Gebietskörperschaften und Regionen. Der Fokus der interkommunalen Zusammenarbeit muss auf dem Erreichen von Synergien und der Steigerung von Effizienz und Bürger:innenfreundlichkeit liegen. Ziel muss es sein, langfristig eine stabile Verwaltung zu gewährleisten, die gleichermaßen auch attraktiver Arbeitgeber ist

- Wir setzen uns für eine digitale Fördermitteldatenbank ein, die nicht nur die vorhandenen Fördermittel aufzeigt, sondern mögliche Kombinationen mit Bundesmitteln etc. mitdenkt und Verwaltungsmitarbeiter:innen entlastet. Die Kommunalberatung wollen wir fortsetzen. Sie unterstützt die kommunale Familie kostenfrei beim Umsetzen geförderter Projekte.
- Zusätzlich zu einer Fördermitteldatenbank gilt es, den Kommunen dauerhaft mit investiven Zuweisungen zu helfen, den Investitionsstau planbar abzutragen. Dafür ist eine Priorisierung unerlässlich. Um Eigenmittel auch kurzfristig abbilden zu können, wollen wir einen Fond einrichten, der akut fehlende Eigenmittel als zinsgünstige Darlehen ausreicht. So erhöhen wir die Planungssicherheit in der kommunalen Familie und stärken die kommunale Selbstverwaltung. Die jährlich mit dem Finanzausgleich ausgereichte Investitionspauschale wollen wir mit Blick auf steigende Preise dynamisieren.
- Die Kur- und Erholungsorte sind ein prägender Teil der touristischen Landschaft Thüringens. Wir sprechen uns für eine stetige und verlässliche finanzielle Unterstützung dieser Orte aus. Dabei gilt es insbesondere in den Blick zu nehmen, dass die Kurorte keine Möglichkeit haben im gleichen Maß auf Gewerbesteuerereinnahmen zurückzugreifen, wie andere Kommunen. Erholungsorte durchlaufen einen vergleichbar hohen Aufwand der Prädikatisierung.
- Wir setzen uns für die Stärkung der Kinder- und Jugendgremien ein. Nachdem wir erfolgreich Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalordnung etabliert haben, ist es nun folgerichtig, dass wir Kommunen bei der Umsetzung finanziell unterstützen. Kinder- und Jugendgremien sollen auch auf Landkreisebene die Regel werden.
- Wir unterstützen ebenso die flächendeckende Einrichtung von Selbstvertretungsgremien von Menschen mit Behinderungen (sog. Beiräten von/für Menschen mit Behinderungen) auf kommunaler Ebene, damit auch ihre Beteiligung flächendeckend gesichert wird und sie die Gestaltung ihrer Kommune im Sinne von Inklusion und Barrierefreiheit begleiten.
- Die derzeitige Unterteilung in Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben gerät in der Realität zunehmend an Grenzen. Eine Neujustierung muss vor allem die finanziellen Folgen und die Bedeutung der Aufgaben für die Bürger:innen in den Blick nehmen.

## 4.2 Wohnen

Das Thema Wohnen spiegelt die Vielseitigkeit Thüringens wieder. Von der Wohnung

- 1887 im Plattenbaugebiet bis zum alten Hof auf dem Dorf. Die Herausforderungen der  
Energiewende werden wir für alle Wohnformen solidarisch anpacken.
- 1888 Wohnen und vor allem bezahlbares Wohnen war und ist ein Grundanliegen  
1889 sozialdemokratischer Politik. Dabei spielt die Wohnungsbauförderung eine  
1890 zentrale Rolle.
- 1891 Die Wohnungsbauunternehmen brauchen Verlässlichkeit und – angesichts der  
1892 zeitlichen Abläufe bei Planung und Bau von Wohnungen – auf Jahre im Voraus  
1893 vorhersehbare Rahmenbedingungen. Daher ist es wichtig diese Mittel planbar zur  
1894 Verfügung zu stellen, um sozialen Wohnungsbau auch weiterhin zu ermöglichen.
- 1895 Dem Wunsch nach Wohneigentum werden wir auch den Familien ermöglichen, denen das  
1896 Ansparen von Eigenkapital nicht möglich ist. Dafür werden wir ein Mietkaufmodell  
1897 auflegen.
- 1898 Das werden wir tun:
- 1899 • Bezahlbarer Wohnraum in den Zentren, weniger Leerstand auf dem Land und  
1900 eine höhere Immobilien-Eigentumsquote sind unsere Ziele. Dafür wollen wir  
1901 den kommunalen und sozialen Wohnungsbau fördern.
  - 1902 • Gerade für Haushalte mit geringen Einkommen bietet das Mietkaufmodell eine  
1903 Alternative für den Erwerb von selbstgenutzten Wohnraum. Beispielsweise  
1904 können durch die Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft Wohnungen mit  
1905 staatlicher Finanzierung errichtet und diese dann jungen Familien zum  
1906 Mietkauf angeboten werden. Dieser Ansatz ermöglicht es auch Familien ohne  
1907 Eigenkapital, Wohneigentum zu erwerben und trägt darüber hinaus zur  
1908 Vermögensbildung bei.
  - 1909 • Wohnungsneubau wollen wir durch die deutliche Vereinfachung von  
1910 Planungsverfahren und Standards beschleunigen und intensivieren. Eine  
1911 wichtige Rolle spielt für uns die Wohnbauförderung des Freistaats in Form  
1912 von Zuschüssen und Darlehen. Wir wollen, dass der öffentlich getragene  
1913 Wohnungsbau neben der Förderung auch selbst Wohnraum schafft.
  - 1914 • Wir werden als Land den Aufbau Kommunaler Bodenfonds unterstützen. Damit  
1915 können Kommunen langfristig Flächen für die eigene Entwicklung von  
1916 Wohnraum sowie öffentlicher Infrastruktur erwerben.
  - 1917 • Den Kommunen soll ermöglicht werden, Einnahmen aus Mieteinkünften  
1918 zweckgebunden für die Sanierung ihrer Immobilien oder den Ankauf von  
1919 Schrottimmobilien, von Leerstehenden und von Leerstand bedrohten  
1920 Wohngebäuden und Brachflächen zu verwenden. Kommunaler Wohnraum muss auch

- 1921 in Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept in öffentlicher Hand bleiben.
- 1922 • Wir unterstützen die Kommunen, um familienfreundliche Standortplanung im  
1923 Sinne einer räumlichen Vernetzung von Lern- und Freizeitorten, von Wohn-,  
1924 Arbeits- und Versorgungsbereichen, um möglichst kurze Wege zu realisieren  
1925 und damit den Verkehrsaufwand für Familien zu reduzieren. Dazu gehört auch  
1926 die Förderung von innerstädtischem Wohnraum für Familien, um urbane  
1927 Qualitäten wie kurze Wege, vielfältige Erwerbsmöglichkeiten und  
1928 Aktivitäten auch Familien zugänglich zu machen
- 1929 • Für uns hat die Entwicklung der bestehenden Gebäude Vorrang. Neubauten  
1930 sind erst mit Ausschöpfung der Leerstandspotentiale ein Mittel der Wahl.  
1931 Das schont Ressourcen, hält bestehende Siedlungsstrukturen intakt und  
1932 erhält einen vielfältigen Gebäudebestand.
- 1933 • Jedes Haus braucht eine Aufgabe. Daher wollen wir besonders im ländlichen  
1934 Raum Anreize für den Erwerb bestehender Gebäude schaffen. Eine Stärkung  
1935 der Siedlungskerne soll vor der Ausweisung neuer Baugebiete erfolgen.  
1936 Weiterhin braucht es ein Praxiskonzept für die Reaktivierung von Brachen  
1937 und die Beseitigung von „Schrottimmobilien“.
- 1938 • Wir wollen durch energieeffizientes Sanieren und moderne Technologien wie  
1939 z. B. Wärmepumpen, Solarthermie oder Gebäudespeicher, den  
1940 Heizenergieverbrauch deutlich senken und erneuerbar decken. Bis 2040  
1941 streben wir einen klimaneutralen Gebäudebestand an.
- 1942 • Mit der kommunalen Wärmeplanung wollen wir eine öffentlich getragene, für  
1943 alle Einkommen leistbare Wärmeversorgung langfristig sicherstellen und  
1944 ausbauen. Neubaugebiete sollen durch eine gemeinsame Wärmeversorgung  
1945 langfristig eine günstige und umweltfreundliche Versorgung erhalten. Unser  
1946 oberstes Ziel bleibt eine günstige und umweltverträgliche Wärmeversorgung  
1947 von Ein- und Mehrfamilienhäuser, für Mietende und Eigentümer, sicher zu  
1948 stellen.
- 1949 • Viele Wohngebäude müssen in den nächsten Jahren saniert werden, um  
1950 dauerhaft die Betriebskosten und die Abhängigkeit von den fossilen  
1951 Energien zu verringern. Wir setzen uns dafür ein, dass in Thüringen ein  
1952 Heizungstauschbonus als Anreiz und Unterstützung für die Erneuerung der  
1953 Heizung kommt.
- 1954 • Neben der finanziellen Förderung brauchen insbesondere kleinere Kommunen  
1955 ohne eigene:n Klimaschutzmanager:in mehr fachliche Unterstützung.  
1956 Quartierslösungen für Wärmeversorgung und energetische Sanierung sind oft  
1957 sinnvoll, benötigen aber erhebliche Unterstützung bei der Analyse der  
1958

- 1959 Optionen und bei der Projektentwicklung. Die ThEGA soll soweit gestärkt  
1960 werden, dass sie Kommunen bei der Problemidentifikation, Antragstellung,  
1961 Gründung von Energiegenossenschaften, Personalaufbau, Vernetzung und  
Projektbearbeitung qualifiziert beraten kann.
- 1962 • Die Ansprüche an Wohnraum, ob zur Miete oder als Eigentum, wandeln sich im  
1963 Laufe des Lebens. Wir wollen Menschen mit überschüssigen Wohnraum mit  
1964 Menschen mit dem wachsenden Bedarf zusammenbringen. Dafür braucht es eine  
1965 aktive Beratung, Unterstützung und den Anreiz für den Wohnungs- und  
1966 Haustausch überall da, wo dieser benötigt wird. Der Tausch wird auf den  
1967 besonderen Wohnungsmarkt in Thüringen deutlich breiter angenommen werden,  
1968 als in deutlich dichter besiedelten Räumen. Zudem werden wir zusätzlich  
1969 zur Beratung, mit der Auszahlung eines Umzugsbonus die Hürden für den  
1970 Wechsel senken.
- 1971 • Wir wollen die Wohngemeinnützigkeit für Unternehmen oder Genossenschaften  
1972 wieder auf den Weg bringen. Breite Schichten der Bevölkerung sollen  
1973 dadurch wieder Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten. Die  
1974 Gemeinnützigkeit kann beispielsweise anerkannt werden, wenn  
1975 Wohnungsunternehmen oder -genossenschaften sich verpflichten, Gewinne zu  
1976 begrenzen.
- 1977 • Wir wollen aktiv am Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit  
1978 mitwirken, um diese in Thüringen gemeinsam mit Bund und Kommunen zu  
1979 reduzieren und möglichst bis 2030 zu überwinden.
- 1980 • Wir haben den Holzbau durch Änderung der Bauordnung vereinfacht. Wir  
1981 setzten uns weiterhin dafür ein, den Holzbau voranzubringen und bei  
1982 Neubau- und Sanierungen ein etablierter Baustoff wird.
- 1983 • In Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten werden wir die Anwendung der  
1984 Kappungsgrenze zur Deckelung der Preissteigerungen bei  
1985 Bestandsmietverträgen noch gezielter anwenden. Zudem setzen wir uns dafür  
1986 ein, die Mietpreisbremse auszuweiten und zu entfristen.
- 1987 • Die öffentliche Förderung zum Ausbau des barrierefreien Wohnens ist mit  
1988 einer Mietpreisbindung zu koppeln.
- 1989 • Beim Neubau werden wir unseren Blick auf die Weiterentwicklung des  
1990 Seriellen Bauens und auf modulare Systeme richten. Diese bieten eine  
1991 Chance, um durchgehend Qualität sicherzustellen und die Preisexplosion bei  
1992 der Errichtung von Neubauten abzufangen. Ein besonderer Fokus liegt hier  
1993 auf flächensparenden Konzepten wie der Verknüpfung von  
1994 Mehrgeschosswohnungsbau mit kompakten Reihenhäusern.

1995 Weiterhin werden wir:

- 1996 • das Angebot kostenloser Energieberatungen stärken und Beratungsangebote  
1997 zum energieeffizienten Sanieren ausbauen
- 1998 • das Bauen mit alternativen Baustoffen wie z.B. Holz, Lehm, Stroh  
1999 insbesondere für öffentliche Bauvorhaben deutlich ausweiten
- 2000 • Forschung zu Ersatzbaustoffen und Baustoffrecycling stärker fördern. Unser  
2001 Ziel ist eine Kreislaufwirtschaft auch im Baubereich weiter auszubauen.  
2002 Insbesondere die Recyclingquote von Gipsprodukte muss deutlich erhöht  
2003 werden.

## 2004 4.3 Mobilität und Infrastruktur

2005 Mobilität darf keine soziale Frage sein. Die Erreichbarkeit von Dienstleistungen  
2006 des täglichen Bedarfs, Ärzt:innen und des Arbeitsplatzes müssen jederzeit  
2007 gewährleistet sein. Viele Thüringer:innen pendeln täglich zu ihrer Arbeit und  
2008 sind auf verschiedenste Verkehrsträger und Mobilitätsarten angewiesen. Wir  
2009 wollen einen integralen Taktfahrplan, der ein hochwertiges und attraktives  
2010 Angebot schafft und eine ernsthafte Alternative zum Auto darstellt. Die  
2011 ländliche Struktur Thüringens und der demographische Wandel erfordern flexible  
2012 Lösungen. Wichtig ist, dass wir uns nicht selbst beschränken, in dem wir stets  
2013 vom aktuellen Bedarf ausgehen – so kann es keinen Wandel im Nutzungsverhalten  
2014 des ÖPNV geben. Vielmehr müssen wir Angebote schaffen, die Bedarfe erst  
2015 erzeugen. Ob es sich um Rufbussysteme, Anrufsammeltaxis, Mitfahrkonzepte  
2016 handelt, ist vor Ort zu entscheiden. Unser Ziel ist es, dass Menschen abseits  
2017 des Schulbusverkehrs jeden Tag und in jedem Ort angebunden sind. Wir  
2018 unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende durch gezielte Förderung des  
2019 ÖPNV und des Radwegebaus. Unsere Mobilitätspolitik schafft qualitative Angebote  
2020 für die Thüringer:innen.

2021 Das werden wir tun:

- 2022 • Wir setzen uns für eine langfristige sichere Finanzierung und Fortsetzung  
2023 des Deutschlandtickets ein. Ein Ticket für alle - das schafft Klarheit im  
2024 Tarifgefüge und senkt die Hürden für die Nutzung von Bus, Straßenbahn und  
2025 Zug.
- 2026 • Wir wollen zudem für junge Menschen ein 29-Euro-Ticket (Jugendticket) als  
2027 Ergänzung des Deutschlandtickets einführen. Dies entlastet auch weiterhin  
2028 Menschen bei der täglichen Fahrt zur Schule, Ausbildung oder auf Arbeit.  
2029 Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der bisherige Preis des  
2030 Tickets erhalten bleibt.

- 2031 • Wir setzen uns auch zukünftig für einen flächendeckenden Thüringer  
2032 Nahverkehrsverbund ein, der gemeinsame Tickets ermöglicht, Kosten senkt  
2033 und Hindernisse zur Nutzung minimiert.
  
- 2034 • Damit der Umstieg auf gemeinsam genutzte Verkehrsmittel gelingt, müssen  
2035 Busse, Straßenbahnen, Car-Sharing Angebote, Rad, Auto und Fußgängerverkehr  
2036 in einen gemeinsamen Takt schlagen. So verkürzen wir Umstiegszeiten,  
2037 verkürzen Reisezeiten und optimieren eine effiziente gemeinsame Nutzung.  
2038 Daher unterstützen wir den raschen weiteren Ausbau des integralen  
2039 Taktfahrplans in allen Landesteilen.
  
- 2040 • Moderne Mobilität braucht einen attraktiven Mix aus öffentlichen  
2041 verfügbaren Verkehrsangeboten, die den teuren Individualverkehr an vielen  
2042 Stellen überflüssig machen. Damit dies kein Lippenbekenntnis ist brauchen  
2043 wir die 3-Vs: Verdichtung, Vernetzung und Verfügbarkeit. Neben den Erhalt  
2044 von festen Verkehrsangeboten nach Fahrplan braucht es mehr flexibel an den  
2045 am Bedarf ausgerichteten Angeboten auf Abruf. Hierzu zählt u.a. die  
2046 Nutzung von gemeinsam genutzten PKWs, flexiblen Busverbindungen, Ruftaxis  
2047 und Rufbusangebote.
  
- 2048 • Wir werden auch zukünftig die tausenden Pendelnde im Land durch den  
2049 vermehrten Einsatz des Jobticket, Pendlerparkplätzen, sowie P+R und  
2050 kombinierten Verkehrsangeboten unterstützen.
  
- 2051 • Wir wollen da die Tarifintegration ermöglichen, wo durch eine Nutzung des  
2052 Fernverkehrs die Taktdichte für Pendelnde wie beispielsweise auf der  
2053 Saalebahn erhöht werden kann.
  
- 2054 • Wir werden gemeinsam mit der Deutschen Bahn und den privaten  
2055 Verkehrsgesellschaften Strategien zur Schienen-Anbindung aller Thüringen  
2056 Regionen entwickeln. Unser Ziel ist ein S-Bahn-Takt für Thüringen.
  
- 2057 • Das Rückgrat des öffentlichen Personenverkehrs ist oft schienengebunden.  
2058 Daher setzen wir uns für die zügige Reaktivierung von stillgelegten  
2059 Bahnstrecken ein. Dort, wo nötig, wie zum Beispiel auf der Strecke  
2060 zwischen Leinefelde und Gotha, setzen wir uns für den zweigleisigen Ausbau  
2061 ein. Zugleich unterstützen wir weiterhin den Ausbau von landesbedeutsamen  
2062 Buslinien um das Streckennetz zu verdichten, da wo es keine Schiene gibt.
  
- 2063 • Thüringen darf nicht weiter Schlusslicht bei der Elektrifizierung von  
2064 Bahnstrecken sein. Wir setzen uns für die zügige Elektrifizierung der  
2065 Haupt- und Nebenstrecken ein, wie wir bei der Mitte-Deutschland-Verbindung  
2066 schon gezeigt haben.

- 2067 • Wir unterstützen die Kommunen bei der Verkehrswende und hier insbesondere  
2068 bei der Förderung Neuanschaffung von Straßenbahnen und Bussen sowie der  
2069 Umrüstung und dem Erhalt der Infrastruktur wie u.a. Ladestrukturen,  
2070 Betriebshöfen, Schienen, Oberleistungen.
  
- 2071 • Wir setzen uns für eine integrierte Straßenbauplanung ein, die  
2072 Tiefbauarbeiten und die Verbesserung der Rad- und Fußgängerinfrastruktur  
2073 gemeinsam denkt und verbessert
  
- 2074 • Wir investieren massiv in die Thüringer Fahrradinfrastruktur, um neue  
2075 Radwege und Radschnellstraßen zu bauen, aber auch innerörtliche  
2076 Fahrradspuren und sichere Abstellmöglichkeiten einzurichten. Dafür stellen  
2077 wir den Kommunen das Instrument einer Radwegeinvestitionspauschale zur  
2078 Verfügung.
  
- 2079 • Wir unterstützen die Aktualisierung und Umsetzung der kommunalen  
2080 Radverkehrskonzepte und werden einen landesweiten Masterplan Radwegenetz  
2081 aufstellen. Weiterhin engagieren wir uns in der Arbeitsgemeinschaft  
2082 fahrradfreundlicher Kommunen.
  
- 2083 • Fußgänger:innen werden in Mobilitätsfragen häufig nicht mitgedacht, obwohl  
2084 ein sehr großer Teil unserer Wege zu Fuß absolviert wird. Wir setzen uns  
2085 daher für mehr verkehrsberuhigte Zonen, mehr Möglichkeiten der  
2086 Straßenquerung, im Bedarfsfall längere Ampelphasen für Fußgänger:innen und  
2087 grundsätzlich Tempo 30 innerorts ein. Künftig werden integrierte  
2088 Nahverkehrskonzepte nur noch gefördert, wenn der Fußverkehr und die  
2089 Notwendigkeit der Barrierefreiheit ausreichend Berücksichtigung finden.
  
- 2090 • Die Öffentliche Hand soll als Vorreiterin der Elektromobilität agieren.  
2091 Soweit möglich sollen künftig nur noch Dienstwagen auf Landes- und  
2092 Kommunalebene mit alternativen Antrieben angeschafft werden.
  
- 2093 • Flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur landesweit voranbringen.  
2094 Dafür braucht es auch den Ausbau der Netzinfrastuktur bzw. des  
2095 Stromverteilnetzes vor Ort.
  
- 2096 • Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes als Grundlage für die Nutzung autonomer  
2097 Mobilitätskonzepte zur intelligenten Vernetzung und Vermeidung von  
2098 VerkehrsPlanungsabläufe effizienter gestalten, organisatorische bzw.  
2099 personelle Engpässe beseitigen und Fördermittelnutzbarkeit erhöhen

## 2100 **4.4 Bürgernahe und digitale Verwaltung**

2101 Ob Onlinehandel oder KI-Entwicklungen - die digitale Transformation erfasst alle



2102 gesellschaftlichen Bereiche. Seit 2014 treiben Landesverwaltung und  
2103 Kommunalverwaltungen die Digitalisierung voran, um die Serviceorientierung und  
2104 Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zu erhöhen und auch den Wirtschaftsstandort  
2105 Thüringen zu stärken. Die Landesverwaltung hat in den vergangenen Jahren  
2106 konsequent ihre digitalen Strukturen und Anwendungen erweitert und  
2107 professionalisiert. Neben dem Einsatz energieschonender Technik, sogenannter  
2108 Green IT wurde auch die Garantie der Datensicherheit als wichtige Säule für  
2109 Vertrauen in Online-Services gestärkt. Dort wo Menschen Unterstützung für die  
2110 Nutzung digitaler Angebote benötigen, sollen diese angeboten werden.

2111 Wir brauchen eine digitale und nutzerfreundliche Verwaltung. Dies ist das  
2112 wirksamste Instrument um Nutzungsbarrieren für alle Menschen und Unternehmen  
2113 abzubauen.

2114 Das werden wir tun:

2115 Wir verbessern die Rahmenbedingungen

- 2116 • Die zentrale Koordinierung gemeinsamer Aufgaben und Dienste über das  
2117 Thüringer Finanzministerium und das Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ)  
2118 ist effizient und soll weiter ausgebaut werden.
- 2119 • Die Rolle des Chief Information Officer (CIO) stärken wir zusätzlich durch  
2120 dessen komplette digitale Rahmenverantwortung der Landesregierung für die  
2121 digitale Transformation und dieser zusätzlich die Funktion des Chief  
2122 Digital Officer (CDO) ausfüllt.
- 2123 • Wir bündeln die operativen Aufgaben im Bereich des E-Governments und der  
2124 Digitalisierung und entwickeln diese weiter zu einem Zentrum für digitale  
2125 Transformation in der Landesverwaltung. Dieses kann die Ressorts bei E-  
2126 Governmentvorhaben und der digitalen Transformation unterstützen.
- 2127 • Quelloffene Software und offene Standards sollen künftig konsequent  
2128 Vorrang genießen, soweit sie wirtschaftlicher und vergleichbar funktional  
2129 ist.
- 2130 • Wir setzen den eingeschlagenen Weg hin zu einem Open-Source-Arbeitsplatz  
2131 in der Landesverwaltung fort, um die Abhängigkeit von großen  
2132 Softwarefirmen zu verringern. Wir wollen eine aktive Rolle bei der  
2133 Errichtung des neuen geplanten Zentrums für digitale Souveränität (Zendis)  
2134 einnehmen.
- 2135 • Wir binden die Kommunen noch intensiver in das CERT des Landes ein und  
2136 werden ein

2137 IT-Sicherheits-Gesetz auf den Weg bringen.

2138 • Wir werden ethische Standards für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in  
2139 der öffentlichen Verwaltung entwickeln und zur Erprobung konkreter  
2140 Anwendungsfälle ein Kompetenzzentrum in der Thüringer Landesverwaltung  
2141 einrichten.

2142 • Offene Daten sind ein wichtiger Rohstoff unserer digitalen Welt.  
2143 Behördliche Daten über die Umwelt, Geodaten, wollen wir maschinenlesbar  
2144 für Wirtschaft und Öffentlichkeit nutzbar machen.

2145 Wir unterstützen die Kommunen

2146 • Wir setzen den Weg fort, Kommunen zentrale Dienste unentgeltlich zur  
2147 Verfügung zu stellen und fördern die Kommunen weiterhin bei der  
2148 Digitalisierung ihrer Verwaltungen. Wir stärken hierbei die Rolle der KIV  
2149 als dem zentralen IT-Dienstleister für die Kommunen.

2150 • Wir prüfen die Konzentration übertragener kommunaler Aufgaben mit dem  
2151 Ziel, die Digitalisierung ortsungebundener Leistungen schneller und  
2152 effizienter umzusetzen.

2153 • Den Kommunen wollen wir flächendeckende, einheitliche Onlinedienste zur  
2154 Verfügung stellen. Gemeinsam mit den Kommunen streben wir eine  
2155 einheitliche Cloud-Lösung an.

2156 • An der Finanzierung zentraler Anwendungen durch das Land auch für die  
2157 Kommunen werden wir festhalten. Dies gilt im Einzelfall auch für  
2158 Fachverfahren, wenn dadurch die notwendige Konsolidierung vorangetrieben,  
2159 Standards durchgesetzt und Komplexität vermindert wird.

2160 • Wir stellen zentrale Basisdienste für eine Onlineverwaltung den Kommunen  
2161 durch das Land zur Verfügung. Dazu zählen insbesondere Plattformen für die  
2162 Online-Verwaltungsleistungen, über die Bürgerinnen und Bürger elektronisch  
2163 Anträge einreichen, unterschreiben und bezahlen können.

2164 Wir treiben die digitale Transformation voran

2165 • Mit einem verbindlichen „Digitalcheck“ für Gesetze und Verordnungen  
2166 reduzieren wir Formvorschriften und vereinfachen Prozesse.

2167 • Wir schaffen ein modernes und digitaltaugliches Verwaltungsverfahrenrecht  
2168 in Thüringen.

- 2169       • Online-Leistungen sollen barrierefrei sein.
- 2170       • Wir streben eine gesetzliche Regelung an, die es den Gemeinden und  
2171       Landkreisen erleichtert, Aufgaben im Bereich der  
2172       Verwaltungsdigitalisierung und der IT-Sicherheit kommunal gebündelt und  
2173       gemeinsam wahrzunehmen.
- 2174   Wir modernisieren die Register
- 2175       • Bis 2030 streben wir eine möglichst vollständige Modernisierung der  
2176       wichtigsten Verwaltungsregister in Thüringen an. Wir schaffen die  
2177       rechtlichen und technischen Voraussetzungen dafür, dass die darin  
2178       gespeicherten Daten von allen berechtigten Verwaltungsträgern abgerufen  
2179       werden können, wenn durch Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen  
2180       Verwaltungsleistungen beantragt werden.
- 2181       • Wir wollen, dass Thüringerinnen und Thüringer deutschlandweit und im EU-  
2182       Ausland komfortabel Verwaltungsleistungen beantragen können. Dazu werden  
2183       wir die Register in Thüringen mit den nationalen und den europäischen  
2184       Registern verbinden.
- 2185       • Um insbesondere die kommunalen registerführenden Stellen zu entlasten,  
2186       prüfen wir die Einrichtung weiterer Spiegel- und Zentralregister.
- 2187       • Durch die Einbindung eines Datenschutzcockpits gewährleisten wir, dass für  
2188       die Bürgerinnen und Bürger jederzeit nachvollziehbar und transparent ist,  
2189       in welchen Fällen dazu berechnigte öffentliche Stellen ihre Daten und  
2190       Nachweise in Verwaltungsverfahren verwendet haben
- 2191   Wir verbessern die Rahmenbedingungen der Personalbindung und -gewinnung
- 2192       • Flexibles Mobiles Arbeiten ist eine Voraussetzung zur Bindung und  
2193       Gewinnung von Fachkräften. Wir wollen die Möglichkeiten gemeinsam mit den  
2194       Personalräten weiter ausbauen.
- 2195       • Darüber hinaus werden wir in bestehenden Landesliegenschaften Co-Working-  
2196       Spaces einrichten.
- 2197       • Mit der IT-Laufbahn und den Studiengängen Verwaltungsinformatik an der  
2198       dualen Hochschule Gera Eisenach (DHGE) und der Fachhochschule Schmalkalden  
2199       gehen wir einen richtigen Weg weiter.
- 2200       • Die laufbahnrechtlichen Möglichkeiten wollen wir umfassend nutzen und

2201            erweitern, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

2202            • Die IT-Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiter werden wir stärken. Dabei  
2203            binden wir Angebote wie den EGovCampus über unsere Hochschulen ein.

2204            • Wir stärken IT-kompetenzen von Führungskräften durch verbindliche  
2205            Fortbildungen.

## 2206    **5. Beste Bildung und erstklassige Wissenschaft**

2207    Unser sozialdemokratisches Bildungsversprechen ist Chancengleichheit. Jeder und  
2208    Jede muss das Recht auf gute Bildung und gleiche Chancen erhalten. Wir wollen,  
2209    dass der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern, vom Geschlecht oder  
2210    Herkunft beeinflusst wird. Wir wollen, dass unser Bildungssystem das  
2211    Handwerkzeug für die eigene Mündigkeit auf dem Weg gibt. Unser  
2212    Chancenversprechen gilt dabei ein Leben lang. Bildung vermittelt Orientierung  
2213    und ermöglicht Emanzipation, Teilhabe und Mitbestimmung. Wir schaffen  
2214    Aufstiegschancen in allen Bereichen der allgemeinen, beruflichen und  
2215    akademischen Bildung. Mit einem offenen System der Aus- und Weiterbildung  
2216    bekommen alle die Chance, beruflich Schritt zu halten oder aufzusteigen.

### 2217    **5.1 Schule**

2218    Wir wollen eine Schule für alle. Mit der Thüringer Gemeinschaftsschule haben wir  
2219    einen Paradigmenwechsel zu einem sozial gerechten Schulsystem in Thüringen  
2220    gelegt. Die Herausforderungen des Lehrer:innenmangels und des Stundenausfalls  
2221    werden wir mit neuen Lösungen angehen und Thüringen wieder zu einem  
2222    erfolgreichen Bildungsland machen.

2223    Den Bildungsauftrag zu erfüllen, so dass Unterricht stattfindet und  
2224    Schüler:innen die Schule mit einem Abschluss verlassen, ist oberste Priorität.  
2225    Dafür ergreifen wir Maßnahmen in verschiedenen Bereichen: Wir stellen uns  
2226    weiterhin der zentralen bildungspolitischen Herausforderung des Schulwesens, dem  
2227    Lehrer:innenmangel zu begegnen und so weiterhin flächendeckend den Unterricht  
2228    für alle Schüler:innen zu gewährleisten.

2229    Das werden wir tun:

2230            • Die Schulen werden mehr Entscheidungen selbst treffen können. Insbesondere  
2231            bei der Personalgewinnung. So sollen die Schulleiter:innen die Möglichkeit  
2232            erhalten, geeigneten Bewerber:innen, in Absprache mit dem Schulamt,  
2233            Einstellungszusagen zu geben. Das Schulbudget werden wir den Schulen zur  
2234            eigenverantwortlichen Bewirtschaftung pauschal zur Verfügung stellen.

- Die Thüringer Schulämter werden wir nachhaltig stärken – durch zusätzliches und leistungsgerecht bezahltes Fachpersonal, dessen Personalstellen wir aus dem Bildungsministerium umverlagern, und durch eine deutliche Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse. Die Schulämter werden so zum wichtigsten, regional verankerten und daher um die Probleme vor Ort wissenden Ansprechpartner der Schulen in allen Fragen der Schulqualität und Schulentwicklung, der Personalgewinnung, des Einsatzes von Seiteneinsteiger:innen und der Digitalisierung schulischer Bildung.
- Der Landesschulbeirat wird in seinen Kompetenzen deutlich gestärkt. Er erhält insbesondere ein eigenes Initiativrecht. So kann er das Ministerium auffordern, für ein erkanntes Problem eine Lösung in einer bestimmten Frist zu erarbeiten. Der Lösungsvorschlag ist dann dem Landesschulbeirat vorzulegen. Die Arbeit des Gremiums erfolgt transparent und wird vollständig veröffentlicht.
- Zudem wird der Landesschulbeirat regelmäßig im für Bildung zuständigen Ausschuss des Thüringer Landtags um Stellungnahme zum aktuellen Arbeitsprozess gebeten. So wollen wir sicherstellen, dass die Arbeit des Bildungsministeriums künftig den Maßstäben der Praxisrelevanz, Qualität und umgehender Lösungen für bestehende oder sich abzeichnende Probleme folgt.
- Unsere Schulen brauchen nicht nur bestmögliche Unterstützung durch die Schulämter, sondern auch weitgehende Entlastung von Bürokratie und Verwaltungsarbeit. Die Schulleitungen, aber auch jede:r einzelne Lehrer:in sollen sich künftig auf die pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können. Daher werden wir an allen Schulen Verwaltungsassistent:innen einstellen, die sich um Antrags- und Meldeverfahren, Schulstatistik und Datenaufbereitung, die Verwaltung von Schulbudgets und Schulkonten, die Organisation von Veranstaltungen und Klassenfahrten und noch einiges andere kümmern werden. Gleichzeitig sollen viele bürokratische und an allen Schulen wiederkehrende Aufgaben in zentrale Servicestellen bei den Schulämtern verlagert werden.
- Lehrer:innenmangel und Stundenausfall sind ein bundesweites Problem, vor dem auch Thüringen nicht verschont bleibt. Wir müssen daher in den kommenden Jahren alle Möglichkeiten nutzen, um die Schulen mit dem benötigten Lehrer:innenpersonal auszustatten und die Unterrichtsversorgung weiterhin in der Fläche aufrechtzuerhalten. Dafür ist eine grundlegende Reform der Lehrer:innenausbildung unumgänglich. Die derzeit schulartbezogene Ausbildungsform lässt trotz verschiedener in den vergangenen Jahren unternommener Verbesserungen des Laufbahn- und Besoldungsrechts keinen wirklich flexiblen und dauerhaften Einsatz von Lehrkräften über die Grenzen der Schularten hinweg zu. Unser Ziel ist es

- 2277 daher, ein Lehramt für die Sekundarstufe I und II einzuführen und damit  
2278 die breite Einsatzfähigkeit des so ausgebildeten Personals sowohl an den  
2279 Gymnasien als auch an den Regelschulen, Gemeinschaftsschulen und  
Gesamtschulen zu ermöglichen.
- 2280 • Wir werden eine Übernahmegarantie für Referendar:innen (bei Bestehen der  
2281 Prüfungen) einführen. Die Verwaltungsgebühr zur „Feststellung der  
2282 Gleichwertigkeit von Abschlüssen“ wird künftig entfallen.
- 2283 • Wir sind überzeugt davon, dass Thüringen dem Vorbild anderer Länder (z.B.  
2284 Österreich, Schweiz, Dänemark) folgen und ein Jahresarbeitszeitmodell für  
2285 alle Lehrkräfte einführen sollte. Dieses Modell legt nicht nur die  
2286 wöchentlichen Unterrichtsverpflichtungen fest, sondern auch, welche  
2287 Arbeitszeit eine Lehrkraft insgesamt pro Woche zu erbringen hat und welche  
2288 Aufgaben überhaupt zum Lehrer:innenberuf gehören und welche nicht. Das  
2289 wird dann die Ausgangsbasis dafür, die Thüringer Lehrer:innen konsequent  
2290 von Bürokratie und Verwaltungsarbeit zu entlasten und ihnen mehr Freiraum  
2291 für ihre pädagogischen Kernaufgaben zu verschaffen.
- 2292 • Thüringen muss endlich mehr Lehrer:innen für Mangelfächer gewinnen. Dies  
2293 kann erreicht werden, indem wir in Mangelfächern Studierende bereits mit  
2294 Aufnahme des Studiums in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf analog zu den  
2295 Referendar:innen berufen. So unterstützen wir die Studierenden bei ihrem  
2296 Lebensunterhalt und gleichzeitig können wir gemeinsam mit den Hochschulen  
2297 bereits im Studium vermehrt schulpraktische Ausbildungsabschnitte  
2298 integrieren.
- 2299 • Priorität hat für uns, ausreichend grundständig qualifizierte Lehrer:innen  
2300 für den Schuldienst auszubilden und einzustellen. Wir wissen aber auch,  
2301 dass in den nächsten Jahren nicht ausreichend Absolvent:innen zur  
2302 Verfügung stehen. Deshalb benötigen wir weiter Seiteneinsteiger:innen für  
2303 den Schuldienst. Vor dem Einsatz im Unterricht müssen die  
2304 Seiteneinsteiger:innen ausreichend qualifiziert werden. Während des  
2305 Einsatzes wollen wir ihnen ein Unterstützungssystem zur Seite stellen.  
2306 Nach einer Bewährungsphase wollen wir ihnen nach einer erfolgreichen  
2307 Lehrprüfung auch in die Möglichkeit der Verbeamtung eröffnen.
- 2308 • Wir stellen die vermeintlichen Defizite von Schüler:innen nicht in den  
2309 Mittelpunkt, sondern deren individuellen Stärken, Interessen und  
2310 Bedürfnisse. Damit stellen wir sicher, dass sie die Erfahrung von  
2311 Selbstwirksamkeit machen. Deshalb muss lernförderlicher Unterricht  
2312 verbindlich werden. Die Schule trägt die Verantwortung für den Lernerfolg  
2313 jeder Schülerin, jedes Schülers und organisiert verbindlich die passenden  
2314 Lernangebote. Dies soll in die Thüringer Schulordnung oder in das  
2315 Thüringer Schulgesetz aufgenommen werden. Die bisherige einseitige

- 2316 Ausrichtung auf Eigenverantwortlichkeit hat sich nicht bewährt.
- 2317 • Wir etablieren das Konzept Ganztagschule thüringenweit. Dabei reicht die  
2318 Hortbetreuung nach Ende des regulären Unterrichts explizit nicht aus.  
2319 Unterrichts-, Freizeit- und Unterstützungsangebote sollen, sich über den  
2320 Tag verteilt, abwechseln. So erhalten Schüler:innen ausreichend zeitliche  
2321 Regenerationsräume. Die Schule kann regional Verankerung finden,  
2322 beispielsweise durch Kontakte zu örtlichen Vereinen und Angeboten.
- 2323 • Die Thüringer Schüler:innenschaft wird zusehends heterogener, was alle  
2324 Lehrer:innen im Hinblick auf die Realisierung schulischer Inklusion und  
2325 die Ermöglichung individueller Förderung vor wachsende Herausforderungen  
2326 stellt. Wichtige Lösungsansätze sind für uns an dieser Stelle der weitere  
2327 Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens sowie der Ausbau von  
2328 Ganztagschulen. Zudem wollen wir mit Hilfe eines transparenten und  
2329 verlässlichen Personalbemessungssystems und anhand von Sozialindikatoren  
2330 an allen Schulen multiprofessionelle pädagogische Teams etablieren, in  
2331 denen neben den angestammten Lehrkräften bedarfsgerecht und an der  
2332 jeweiligen Situation vor Ort orientiert Förderpädagog:innen, DaZ-  
2333 Lehrer:innen, Pädagogische Assistenzkräfte und Schulsozialarbeiter:innen  
2334 kooperativ und arbeitsteilig zusammenwirken.
- 2335 • Grundlage der gemeinsamen Arbeit ist ein individuelles Schulkonzept, das  
2336 sich insbesondere den Fragen einer guten Berufsorientierung, einer Senkung  
2337 von Schulabbrecher:innenquoten und der Vernetzung in den Sozialraum  
2338 widmet. Für Schulen mit besonders hohen sozialen Herausforderungen braucht  
2339 es die beste Ausstattung.
- 2340 • Wir werden gemeinsam mit dem Bund dafür sorgen, dass unsere Schulen  
2341 schnellstmöglich mit Gigabit-Anschlüssen ausgestattet werden, diese auch  
2342 nutzen können und letztlich die digitale Ausstattung erhalten.
- 2343 • Die Schule von morgen ist digital. Digitale Bildung muss daher ihren  
2344 Niederschlag in allen Phasen der Lehrer:innenbildung und in den Lehrplänen  
2345 der Schulen finden. Nur entsprechend ausgebildete Pädagog:innen werden in  
2346 der Lage sein, das digitale Equipment nicht nur als technische Ergänzung  
2347 gewohnter Unterrichtsmaterialien zu sehen, sondern es auch sinnvoll  
2348 einzusetzen. Um die Digitalität in den Schulen weiter voranzubringen,  
2349 braucht es ebenso eine Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale  
2350 Geräte.
- 2351 • Darüber hinaus wollen wir in den Lehrplänen vermehrt den Umgang mit  
2352 (sozialen) Medien und der digitalen Welt thematisieren. Ein kritischer  
2353 Blick auf die Entwicklungen und die Stärkung der digitalen Resilienz  
2354 junger Menschen muss erklärtes Unterrichtsziel werden.

- Digitale Bildung muss ihren Niederschlag in allen Phasen der Lehrer:innenbildung und in den Lehrplänen der Schulen finden. Nur entsprechend ausgebildete Pädagog:innen werden in der Lage sein, das digitale Equipment nicht nur als technische Ergänzung gewohnter Unterrichtsmaterialien zu sehen, sondern es auch sinnvoll einzusetzen. Wir wollen das Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte, insbesondere zu dem Thema digitale Bildung erweitern.
- Die Thüringer Schulcloud muss weiter ausgebaut und zu einer wichtigen Ergänzung des Unterrichts von morgen werden. Die Cloud muss für alle nutzbar und deshalb barrierefrei umgesetzt werden.
- Um ein verlässliches, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot in Unterricht und Hort gerade auch an kleinen Schulen zu ermöglichen, haben wir mit der letzten großen Schulgesetznovelle verschiedene Kooperationsmodelle eröffnet. Wir wollen diese Kooperationen gezielt fördern, um den Schulstandorten eine gute Perspektive zu eröffnen.
- Bessere Schulen für alle zu entwickeln, heißt für uns auch, Familien spürbar von Kosten zu entlasten, die mit einem Schulbesuch einhergehen. Wir werden für alle Schulkinder ein kostenloses gesundes Mittagessen finanzieren.
- Wir lehnen jegliche Kürzungen des Sozialkundeunterrichts an den Thüringer Schulen ab. Sozialkunde ist das zentrale Fach demokratischer Bildung im Schulbereich. Gerade in Zeiten des Erstarkens von Rechten und Rechtsextremen ist es umso wichtiger, einen Schwerpunkt bei der schulischen Demokratiebildung zu setzen.
- Schüler:innen werden momentan nur sehr selten in gesamtschulische Angelegenheiten einbezogen. Das ist mit unserer Vorstellung von Schule als Diskussions- und Partizipationsort nicht vereinbar. Wir setzen uns für stärkere Mitwirkungsrechte der Schüler:innen ein. Deshalb strukturieren wir die Schulkonferenz neu: Schüler:innen werden künftig die Hälfte ausmachen. Dazu soll die Schulkonferenz nach Berliner Modell aufgewertet werden, nach dem hier wichtige Entscheidungen über gesamtschulische Angelegenheiten abgestimmt werden. Zudem werden wir die Stimmberechtigung der Schüler:innenvertreter:innen in Klassenkonferenzen und Fachkonferenzen ermöglichen.

## 5.2 Ausbildung stärken

In Thüringen finden ca. 9 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz, obwohl in Thüringen ca. 17 Prozent der Stellen unbesetzt



2393 bleiben. Über den steigenden Fachkräftebedarf wurde in den vergangenen Jahren  
2394 immer wieder diskutiert. Klar ist, dass wir bis 2030 in Thüringen circa 350.000  
2395 Fach- und Arbeitskräfte brauchen. Im Bereich der Sozialwirtschaft sind es ca.  
2396 80.000. Allein in der Altenpflege werden 8.000 neue Fachkräfte und im  
2397 Erzieher:innenbereich 6.000 bis 10.000 neue Fachkräfte bis 2030 gebraucht. Ein  
2398 Großteil des Fachkräftebedarfs richtet sich auf Ausbildungsberufe. Wir haben  
2399 also jeden Grund, bei jungen Leuten und an den Schulen für die duale Ausbildung  
2400 zu werben. Damit sich junge Menschen für den Weg einer dualen Ausbildung  
entscheiden, müssen wir die Ausbildung in Thüringen attraktiver machen.

2401 Das werden wir tun:

- 2402 • Zwar werden in vielen Ausbildungsbranchen Auszubildende händeringend  
2403 gesucht, dennoch fallen junge Leute durch das Raster und finden keinen  
2404 Ausbildungsplatz. Für diese Menschen wollen wir uns einsetzen und eine  
2405 umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in Thüringen einführen. Zudem  
2406 bilden immer weniger Unternehmen aus. Wir wollen gesetzlich allen  
2407 Jugendlichen einen Ausbildungsplatz garantieren. Weiterhin sollen die  
2408 Ausbildungsbedingungen durch einheitliche gesetzlich festgelegte  
2409 Mindeststandards umfassend verbessert werden.
- 2410 • Wir werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für gute Ausbildung in  
2411 Thüringen schaffen. Dazu gehört die geförderte Errichtung von attraktiven  
2412 und bezahlbaren Wohnungen für Auszubildende: beispielsweise durch die  
2413 Schaffung von Wohnheimplätzen und Azubi-Appartements im ganzen Freistaat.  
2414 Gleichzeitig unterstützen wir mit Fördermitteln die Ertüchtigung von  
2415 Ausbildungsstätten.
- 2416 • Die SPD Thüringen setzt sich für eine Stärkung der dezentralen Ausbildung  
2417 ein. Wir nehmen es nicht hin, dass Auszubildende nur zentralisiert an  
2418 einem Standort in Thüringen geschult werden oder teilweise in andere  
2419 Bundesländer fahren müssen. Weiteren Zentralisierungsbestrebungen  
2420 erteilen wir eine Absage, explizit auch bei kleiner werdenden  
2421 Ausbildungsklassen.
- 2422 • Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist noch viel zu oft die  
2423 Hürde, an der viele Jugendliche der Übergang in eine selbstbestimmte  
2424 Zukunft erschwert wird und Betriebe ihre zukünftigen Fachkräfte verlieren.  
2425 Wir werden die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsinstrumente für  
2426 Betriebe sowie Bewerberinnen und Bewerber bedarfsgerecht ausbauen und  
2427 verstärken. Dazu gehört für uns auch, das Konzept der Produktionsschulen  
2428 in Thüringen pilothaft zu erproben und bei Erfolg flächendeckend  
2429 einzuführen.
- 2430 • Die duale Berufsausbildung ist ein Eckpfeiler unserer Wirtschaft und des

Thüringer Arbeitsmarktes. Wir werden daher zusammen mit den Kammern eine Kampagne für die duale Ausbildung auflegen. Darüber hinaus werden wir in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern prüfen, ob wir Handwerkergymnasien bedarfsgerecht in allen Kammerbezirken aufbauen können.

- Bei der Weiterentwicklung des Thüringer Berufsschulnetzes ist uns der Erhalt von Schulstandorten wichtig. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist dabei die Erreichbarkeit der zuständigen beruflichen Schule für die Auszubildenden. Hierfür brauchen wir geeignete schul- und unterrichtsorganisatorische Konzepte für einen angemessenen (zeitlichen) Aufwand zum Erreichen der beruflichen Schule.

## 5.3 Hochschulen und Studium

Wissenschaft ist einer der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft: in Forschung, Lehre und Transfer in die Gesellschaft. Deswegen kommt den Hochschulen eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung Thüringens zu. Als Thüringer SPD setzen wir uns für eine leistungsfähige Hochschullandschaft ein. Ihre Attraktivität erhält sie durch die besonderen Profile der staatlichen Hochschulen. Die Thüringer Hochschulen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie erfolgreich im Wettbewerb mit anderen deutschen Universitäten und Fachhochschulen mitspielen können. Damit die Hochschulen ihre Potenziale voll entfalten können, bedarf es einer auskömmlichen Grundfinanzierung, die sich an den wissenschaftsbezogenen Kostensteigerungen orientiert und mit einem Strategieaufschlag zusätzliche Entwicklungsoptionen bietet. Die staatlichen Hochschulen müssen frei von wirtschaftlichen Interessen und staatlicher Bevormundung agieren können. Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie und der offene Diskurs sind die Voraussetzungen dafür, dass sie ihre zahlreichen Aufgaben in der und für die Gesellschaft erfüllen können.

Das werden wir tun:

- Für uns darf das Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – von der Entscheidung, ob überhaupt studiert wird, bis zur Frage, wie schnell und wie erfolgreich das Studium verläuft. Deshalb wollen wir auf Bundesebene daraufhinwirken, dass wir das BAföG als Fundament der Studienfinanzierung stärken. So wollen wir Aufstiegschancen durch Bildung ermöglichen. Dabei stehen wir für eine kontinuierliche Anpassung und Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge, die Hebung von Altersgrenzen, die Schließung des „Mittelstandslochs“ durch die Möglichkeit der Gewährung eines Volldarlehens und die Beseitigung bestehender Förderlücken.
- Langzeitstudiengebühren an den Thüringer Hochschulen werden wir abschaffen. Studieren in der Regelstudienzeit war und ist größtenteils eine Utopie. Daher wird die Überschreitung der Regelstudienzeit nicht mehr

- 2470 als Grund für eine Exmatrikulation oder die Ablehnung eines Platzes im  
2471 Studierendenwohnheim fungieren dürfen.
- 2472 • Das Studierendenwerk werden wir dabei unterstützen, die Bearbeitung von  
2473 BAföG-Anträgen zu beschleunigen und den Antragsstau abzubauen. Ziel muss  
2474 es sein, dass ein gestellter BAföG-Antrag innerhalb von drei Monaten  
2475 abschließend bearbeitet wird.
- 2476 • Unser Ziel ist es, allen sozialen Gruppen den Zugang zur Hochschulbildung  
2477 zu garantieren. Deshalb wollen wir mehr Menschen aus bislang an den  
2478 Hochschulen unterrepräsentierten Gruppen ein Studium ermöglichen,  
2479 insbesondere Menschen, deren Eltern nicht studiert haben. Initiativen wie  
2480 „Arbeiterkind“ werden wir weiter unterstützen.
- 2481 • An unseren Hochschulen sollen Menschen aus ganz unterschiedlichen  
2482 gesellschaftlichen Bereichen und Kulturen, mit verschiedenen  
2483 Lebenserfahrungen und -entwürfen gemeinsam lernen und lehren, forschen und  
2484 zusammenarbeiten. Denn aus dieser Vielfalt entstehen spannende Diskurse  
2485 und neue Ideen. Wir setzen uns für niedrigschwellige Begegnungs- und  
2486 Austauschangebote, mehr internationale Gastwissenschaftlerinnen und  
2487 Gastwissenschaftler und die gemeinsame Entwicklung digitaler Lehre mit  
2488 internationalen Partnereinrichtungen ein.
- 2489 • Für die Studierenden setzen wir uns auch auf Bundesebene für einen neuen  
2490 Sozialpakt Hochschule ein. Dieser muss über eine angemessene  
2491 Studienfinanzierung hinausgehen und auch langfristig finanzierbaren  
2492 studentischen Wohnraum und günstige Preise in der Essensversorgung der  
2493 Mensen absichern. Hierzu wollen wir in Thüringen die Finanzierung des  
2494 Studierendenwerks – analog zu den Hochschulen – langfristig sichern und  
2495 jährlich erhöhen.
- 2496 • Wir werden die Blaupause der Hochschulsozialarbeit an der Hochschule  
2497 Nordhausen auf alle Thüringer Hochschulen ausweiten.
- 2498 • Für uns ist ausgezeichnete Lehre zentraler Baustein einer zukunfts- und  
2499 studierendenorientierten Hochschule. Wir setzen uns daher für eine  
2500 Aufwertung der Lehre an den Thüringer Hochschulen, umfassende technische  
2501 und didaktische Unterstützung für Lehrveranstaltungen und für eine  
2502 Qualitätssicherung unter maßgeblicher Beteiligung der Studierenden ein.
- 2503 • Unsere Hochschulen als Ideenentwickler und Impulsgeber: Für uns  
2504 Sozialdemokraten kommt den Hochschulen eine wichtige Rolle in der  
2505 Gesellschaft zu: sie generieren neues Wissen, entwickeln originelle Ideen  
2506 und geben Impulse weit über den akademischen Kontext hinaus. In dieser  
2507

- 2508 Rolle werden wir die Hochschulen stärken, ihre Vernetzung mit  
2509 (insbesondere der kommunalen) Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
unterstützen.
- 2510 • Unsere Hochschulen als „Problemlöser“: Es sind die Hochschulen, an denen  
2511 künftige Fach- und Führungskräfte die Kompetenzen erwerben, die sie für  
2512 die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen benötigen. Wir stärken die  
2513 Hochschulen darin, das Studienangebot so zu gestalten, dass die  
2514 Studierenden für Zukunftsaufgaben qualifiziert werden und in ihrem  
2515 späteren beruflichen Umfeld wie auch als aktive Mitglieder der  
2516 Gesellschaft einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten  
2517 können.
- 2518 • Unsere Hochschulen international: Die Thüringer Hochschulen sind  
2519 international ausgerichtet und eingebunden. Als weltoffene  
2520 Bildungseinrichtungen sorgen sie für die Gewinnung, Integration und  
2521 Bindung internationaler Studierender, Lehrender und Forschender. Dazu  
2522 gehört, dass die Hochschulen internationale Studierende frühzeitig über  
2523 Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region informieren und – gemeinsam mit  
2524 den Kommunen und der Wirtschaft – beim Übergang in den regionalen  
2525 Arbeitsmarkt begleiten. Entsprechende Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen  
2526 an den Hochschulen unterstützen wir. Zugleich sehen wir die Hochschulen  
2527 bei ihren internationalen Aktivitäten, gerade auch bei der Zusammenarbeit  
2528 mit Partnern in autokratischen Staaten, grundlegenden demokratischen  
2529 Werten und der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet. Wir bestärken sie  
2530 darin, Impulse für globalen gesellschaftlichen Fortschritt zu geben.
- 2531 • Um Studierende von den Vorteilen eines Studiums in Thüringen zu  
2532 überzeugen, werden wir die Standortvorteile sowie die besten  
2533 Betreuungsverhältnisse oder die überdurchschnittliche Zahl von  
2534 Wohnheimplätzen pro Studierenden nachhaltig sichern und bewerben.
- 2535 • Duales Hochschulstudium: Wir setzen auch weiter auf die erfolgreiche  
2536 Zusammenarbeit der Dualen Hochschule mit den Unternehmen in der Region, um  
2537 Fachkräfte in und für Thüringen auszubilden. Wir werden das duale  
2538 Hochschulstudium durch Kooperationen der Dualen Hochschule mit den  
2539 Fachhochschulen auch im Masterbereich ausbauen.
- 2540 • Bestens qualifizierte Lehrkräfte für die Schule von morgen: Gute Schule  
2541 verlangt bestens qualifizierte Lehrkräfte. Daher werden wir die  
2542 Hochschulen bei der Weiterentwicklung der Lehrerbildung auch künftig  
2543 unterstützen. Schwerpunkte sehen wir in spezifischen Lehrangeboten vor  
2544 allem in den naturwissenschaftlichen Fächern und der Mathematik. Auch bei  
2545 der Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit heterogenen Schülergruppen  
2546 und bei der Medienbildung bedarf es neuer Ansätze.

- 2547 • Wir werden durch neue Instrumente des Zusammenwirkens von Hochschulen,  
2548 Gründungsinteressierten und einer professionellen Beratungsstruktur die  
2549 Voraussetzungen schaffen, dass Ausgründungen aus Hochschulen schneller  
2550 erfolgen können.
  
- 2551 • Hochschulfinanzierung: Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung  
2552 der Hochschulen auf hohem Niveau bis mindestens 2030 fortschreiben und  
2553 sichern, indem wir den Empfehlungen des Wissenschaftsrates weiter folgen  
2554 und den Hochschulen jährlich die wissenschaftsspezifischen  
2555 Kostensteigerungen plus 1 % als Aufwuchs garantieren. Das in Thüringen  
2556 bewährte Modell der langfristigen Finanzierungssicherheit durch  
2557 Rahmenvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen setzen wir  
2558 fort.
  
- 2559 • Um auch die wissenschaftliche Recherchearbeit auf den aktuellen Stand zu  
2560 bringen, werden wir für den Lizenzerwerb digitaler Literatur mehr Mittel  
2561 zur Verfügung stellen. Dies gilt ebenso für die Anschaffung zeitgemäßere  
2562 Mediengeräte sowie Programme als auch für die entsprechende Schulung des  
2563 Personals.
  
- 2564 • Die FSU Jena hat in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich einen  
2565 Exzellenzcluster eingeworben. Dies ist ein Beleg für die hervorragende und  
2566 hoch kompetitive Forschungsqualität, die den Thüringer  
2567 Wissenschaftsstandort international sichtbar macht sowie weitere  
2568 Spitzenforschung und -wissenschaftler nach sich ziehen wird. Auf dieser  
2569 Grundlage unterstützen wir die Thüringer Hochschulen dabei, gezielt  
2570 großformatige Drittmittelprojekte bei der DFG, beim BMBF und bei der EU  
2571 einzuwerben, um den Forschungsstandort Thüringen aufzuwerten.
  
- 2572 • Als wichtige Arbeitgeber in diesem Land werden wir die Thüringer  
2573 Hochschulen dabei unterstützen, auch in der Zukunft attraktiv für die  
2574 Fachkräfte von morgen zu sein: für den wissenschaftlichen Nachwuchs,  
2575 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und nichtwissenschaftliches  
2576 Personal. Deshalb wollen wir das Prinzip „Gute Arbeit“ in den Hochschulen  
2577 weiter umsetzen. Dazu gehört, dass Daueraufgaben grundsätzlich von  
2578 Dauerbeschäftigten erledigt werden.
  
- 2579 • Wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen: Wir wollen in Bund und Land  
2580 durch geeignete Maßnahmen die Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren  
2581 erhöhen. Dazu gehört, dass die Zahl der Professuren moderat erhöht, mehr  
2582 Professuren als Tenure-Track-Professuren ausgeschrieben und  
2583 Qualifikationsstellen mit Stellenanteilen von mindestens 2/3 und einer  
2584 angemessenen Vertragslaufzeit besetzt werden. Gemeinsam mit den  
2585 Betroffenen und den Hochschulen werden wir prüfen, ob wir im Rahmen der  
2586 zur Verfügung stehenden Stellen neue Karriereziele neben der Professur

2587 einführen können. Ziel soll es sein, Wissenschaftlerinnen und  
2588 Wissenschaftlern eine alternative Perspektive für eine Dauerbeschäftigung  
2589 mit Schwerpunkt in der selbstständigen Lehre zu geben – ohne sie hierauf  
2590 zu beschränken. Darüber hinaus bedarf es an den Hochschulen einer noch  
2591 besseren Betreuung, Beratung und Unterstützung der Nachwuchskräfte.

- 2592 • Gleichstellung verwirklichen: Wir werden weiter darauf hinwirken, den  
2593 Frauenanteil in der Professorenschaft und in den Hochschulleitungen an den  
2594 Thüringer Hochschulen zu erhöhen. Dafür bedarf es verbindlicher  
2595 Zielkorridore.
  
- 2596 • Wir unterstützen das Universitätsklinikum Jena als Ort der Spitzenmedizin,  
2597 Forschungs- und Ausbildungsstätte des medizinischen Nachwuchses in  
2598 Thüringen. Auch für das UKJ wollen wir in Zukunft weiter jährlich die  
2599 wissenschaftsspezifischen Kostensteigerungen plus 1 % Strategiebudget als  
2600 Aufwuchs garantieren. Die weitere bauliche Entwicklung in Jena  
2601 unterstützen wir mit einem dritten Bauabschnitt. Dadurch verbessern wir  
2602 die Krankenversorgung, insbesondere in der Notfallmedizin und sorgen für  
2603 bessere Bedingungen für Studierende, Lehrende und Forschende.
  
- 2604 • Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die besonderen  
2605 Systemaufgaben der Universitätsklinik (Koordinierung, Vernetzung mit den  
2606 Krankenhäusern im ländlichen Raum, Krisen- und Pandemievorsorge,  
2607 Behandlungen von seltenen Krankheiten) im Rahmen der  
2608 Krankenhausfinanzierung besser abgebildet werden. Für das Pflegepersonal  
2609 wollen wir, dass die Arbeitszeit zwischen Ost- und West auch in den  
2610 Universitätsklinik endlich angeglichen wird.
  
- 2611 • Wir unterstützen den Aufbau des Zentrums für Psychische Gesundheit als  
2612 achttes Deutsches Zentrum für Gesundheitsforschung (DZG).
  
- 2613 • Die Digitalisierungsstrategie für den Thüringer Hochschulbereich soll 2025  
2614 fortgeschrieben werden, um die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen  
2615 Transformation gewinnbringend in Forschung, Lehre und Verwaltung zur  
2616 Geltung zu bringen. Die Digitalisierung vereinfacht hochschulübergreifende  
2617 und landesweite Kooperationen – diese werden wir fördern.
  
- 2618 • Wir wollen – auch über geeignete bundespolitische Initiativen – die  
2619 Einreise-, Aufenthalts- und Melderegularien für internationale Studierende  
2620 und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vereinfachen. Als Teil einer  
2621 umfassenden Willkommenskultur setzen wir uns dafür ein, dass in den  
2622 Behörden englischsprachige Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Darüber  
2623 hinaus wollen wir, dass Absolventen und Promovierte durch eine Reform des  
2624 Aufenthaltsrecht mehr Zeit bekommen, nach dem jeweiligen Abschluss eine  
2625 Berufstätigkeit oder den nächsten akademischen Qualifizierungsschritt in

2626 Angriff zu nehmen.

2627 • Die anwendungsbezogene Forschung an Fachhochschulen möchten wir stärken,  
2628 ohne diese zu kleinen Universitäten zu entwickeln. Forschungsstarke  
2629 Bereiche oder hochschulübergreifende Verbünde sollen daher das  
2630 Promotionsrecht erhalten, wenn sie hohe Qualitätsstandards gewährleisten.  
2631 Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, kooperative Promotionen  
2632 auszubauen und dafür günstige Bedingungen zu gewährleisten.

2633 • Neben notwendigen Neubauvorhaben wird die Erhaltung der bestehenden  
2634 Gebäude der Hochschulen und ihre energetische Sanierung zu einer großen  
2635 Herausforderung in den nächsten Jahren. Deshalb wollen wir ein  
2636 systematisches Sanierungsprogramm bis 2030 erarbeiten und schrittweise  
2637 umsetzen. Für die Hochschulen, das Studentenwerk, das Universitätsklinikum  
2638 und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird das Land die  
2639 notwendigen Flächen sichern und kostenlos bzw. über ein Erbbaurecht mit  
2640 symbolischer Vergütung zur Verfügung stellen.

## 2641 **5.4 Außeruniversitäre Forschung**

2642 Thüringen verfügt über leistungsfähige und profilierte Hochschulen. Diese werden  
2643 über eine vielfältige und lebendige Landschaft an außeruniversitären  
2644 Forschungseinrichtungen komplementiert, die sich durch einen hohen Vernetzungs-  
2645 und Kooperationsgrad miteinander auszeichnen und die Innovationslandschaft in  
2646 Thüringen ausmachen.

2647 Neben den von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Forschungsinstituten der  
2648 Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft,  
2649 der Helmholtz-Gemeinschaft, gehören auch vier durch das Land finanzierte  
2650 Forschungsinstitute sowie acht wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen mit  
2651 spezialisierten Schwerpunktsetzungen. Hier wird von der Grundlagenforschung bis  
2652 zur anwendungsorientierten Forschung Zukunft gemacht.

2653 Das werden wir tun:

2654 • Auch in Zukunft werden wir die Grundfinanzierung der Bund-Länder  
2655 finanzierten Forschungseinrichtungen gemeinsam mit dem Bund bis zum Jahr  
2656 2030 sicherstellen. Vergleichbar dem „Pakt für Forschung und Innovation“  
2657 für die von Bund und Land finanzierten Einrichtungen, mit verlässlichen  
2658 jährlichen Steigerungsraten und fester Laufzeit, werden wir für die  
2659 Landesforschungseinrichtungen einen vergleichbaren Pakt auf Landesebene  
2660 schaffen.

2661 • Im Rahmen der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft und Forschung belegt

Thüringen in Bezug auf seine Bundesfinanzierungsquote (61 %; Basisjahr: 2019; aktuellster Wert aus GWK) den vorletzten Rang aller Bundesländer. Unser Ziel muss es deshalb sein, die Nettoflüsse der Wissenschaftsfinanzierung nach Thüringen zu verbessern. Das kann gelingen durch die Teilnahme an entsprechenden Formaten der Bund-Länder-Förderung (z.B. im Rahmen der Exzellenzstrategie, Neugründungsinitiativen und Erweiterungen bestehender Einrichtungen) und über die aktive Bewerbung Thüringens bei Ansiedlungen bzw. dem Aufbau von Forschungseinrichtungen.

- Wir wollen die vier Landeseinrichtungen entsprechend ihres jeweiligen extern begutachteten Entwicklungsstands gezielt weiter profilieren, um ihre Aussichten auf die Aufnahme in eine bundesweit tätige Forschungsträgerorganisation erhöhen. Hierfür wollen wir wenn nötig auch zusätzliche Investitionsmittel bereitstellen.
- Dort, wo von Bund und Ländern finanzierte Forschungseinrichtungen wachsen und an Bedeutung gewinnen, wird das Land die notwendigen Ko-Finanzierungsmittel für Ausstattung und Bauvorhaben zur Verfügung stellen.
- Damit aus den Investitionen in Forschung und Innovationen ein langfristiges Wirtschaftswachstum wird, bedarf es des Wissenstransfers in Unternehmen oder Ausgründungen. Hierfür wollen wir Vernetzung der Forschungseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft und den Hochschulen sowie das Gründungsgeschehen verbessern.
- Wir werden den innovationspolitischen Schwerpunkten der RIS Thüringen folgen und bereits etablierte Thüringer Stärken wie Quantentechnologien, hier speziell in der Quantenphotonik, alternative regenerative Speichertechnologien in der Polymerforschung, den Wasserstofftechnologien, der nächsten Generation in der Batterieforschung, Initiativen im Nachhaltigen Bauen und Ressourcenmanagement besonders unterstützen.
- Wir werden die bestehenden Förderinstrumente des Landes zur Unterstützung von innovativen Gründungen neu sortieren und besser aufeinander abstimmen.

## 5.5 Lebenslanges Lernen

Lernen hört nicht nach der Schule auf. Neben frühkindlicher Bildung, dem Schulwesen und den Hochschulen muss auch die Erwachsenenbildung als vierte Säule unseres Bildungssystems gestärkt werden. Lebenslanges Lernen ist für uns das verbindende Element, das von der Kindheit an bis ins hohe Alter eine aktive Teilhabe ermöglicht.

Das werden wir tun:



- 2698 • Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.  
2699 Deshalb setzen wir uns auch künftig dafür ein, dass  
2700 Bildungsveranstaltungen für Grundbildung flächendeckend im Freistaat  
2701 angeboten werden. Hierzu werden wir die Initiativen für Alphabetisierung  
2702 in Thüringen fortsetzen und wollen sie weiter verstärken.
- 2703 • Das Nachholen von Schulabschlüssen bleibt gebührenfrei. Verpasste Chancen  
2704 dürfen kein lebenslanges Hindernis darstellen.
- 2705 • Die Erwachsenenbildung muss sich für neue Lernformen und -bereiche öffnen.  
2706 Aus diesem Grund werden wir die kommunalen und freien Träger der  
2707 Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und anderen Einrichtungen auch  
2708 künftig angemessen unterstützen.
- 2709 • Teilhabe an Bildung ist Ausdruck von Lebensqualität und Lebensfreude auch  
2710 im fortgeschrittenen Lebensalter. Wir werden die Entwicklung und den  
2711 Ausbau von spezifischen Bildungsangeboten für ältere Menschen  
2712 voranbringen.

## 2713 **6. Soziale Umwelt- und Klimapolitik**

2714 Die Klimakrise ist eine Generationenaufgabe und schreitet mit immer spürbaren  
2715 Folgen voran. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Gegenwart, sondern auch  
2716 für die Zukunft. Nur durch wirksamen und ambitionierten Klimaschutz können wir  
2717 die natürlichen Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand bewahren. Die dafür  
2718 nötigen Veränderungen sehen wir als Chance. Wir werden den Wandel politisch  
2719 gestalten und dafür sorgen, dass es dabei sozial und solidarisch zugeht.  
2720 Klimaschutz darf nicht zur neuen sozialen Frage werden!

2721 Die SPD Thüringen bekennt sich zu den Klimazielen von Paris, zum Atomausstieg,  
2722 zum Kohlekompromiss und zu den Zielen des Bundes- und des Landesklimagesetzes.  
2723 Thüringen muss seinen gerechten Beitrag zur Begrenzung der Globalen Erwärmung  
2724 auf maximal 2°C, besser sogar auf 1,5°C, über dem vorindustriellen Niveau  
2725 leisten.

2726 Die Grundlage für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine  
2727 regenerative Energieversorgung.

2728 Die Energiewende ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für deren  
2729 Gelingen es eine gut koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und  
2730 Kommunen und die Einbeziehung der Bürger:innen vor Ort braucht.

2731 Unsere Energiepolitik folgt der Logik, dass möglichst viel Energie dort erzeugt  
2732 wird, wo sie auch benötigt und verbraucht wird: regional, dezentral und

2733 erneuerbar. Das bringt neue Wertschöpfungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen,  
2734 z. B. durch die Nutzung virtueller Kraftwerke, insbesondere für den ländlichen  
2735 Raum.

2736 Wir wollen eine ökologische Industrie- und Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges  
2737 Wachstum schafft, Arbeitsplätze sichert, Energie sparsam und effizient einsetzt  
2738 und sich unabhängig macht von Rohstoffen wie Kohle, Uran, Öl und Gas. Dabei  
2739 setzen wir auf deutsche Ingenieurskunst und technologische Innovationen, damit  
2740 Thüringen auch im Jahr 2050 noch ein wettbewerbsfähiger Standort in der Welt  
2741 ist.

## 2742 **6.1 Energie für Thüringen: günstig, sicher, nachhaltig**

2743 Wir stehen für die sozial gerechte Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien  
2744 in Thüringen, die Stärkung regionaler Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit im  
2745 Einklang mit unseren sozialen Werten und die entschlossene Reduzierung der  
2746 negativen Auswirkungen der Energieversorgung auf die Umwelt, unter  
2747 Berücksichtigung sozialer Belange.

2748 Wir setzen uns mit Leidenschaft dafür ein, einen sachlichen Dialog zu  
2749 ermöglichen, der sich gegen eine Diskussionskultur wendet, die faktenlos und  
2750 populistisch ist.

2751 Für uns ist dabei klar, dass die notwendigen Entscheidungen für alle Menschen  
2752 sozial verträglich sein müssen. Dabei sind Menschen mit niedrigen und mittleren  
2753 Einkommen besonders aktiv durch die Einführung eines sozialen Klimageldes auf  
2754 Bundesebene und durch die Stärkung der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur und  
2755 Förderungen dauerhaft zu entlasten.

2756 Das werden wir tun:

- 2757 • Wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Transformation wird die  
2758 Verfügbarkeit erneuerbarer Energien aus Wind, Sonne, Biomasse,  
2759 Umweltwärme, Wasserkraft und Geothermie sein. Wir werden uns für einen  
2760 schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen, insbesondere auch  
2761 in der Nähe der energieintensiven Industriebetriebe.
- 2762 • Wir werden das Thüringer Klimagesetz novellieren und für den Freistaat das  
2763 Ziel der Treibhausgasneutralität mit konkreten Minderungsschritten  
2764 konkretisieren. Entsprechend passen wir die Minderungsziele an und  
2765 etablieren langfristig ein jährliches THG-Budget.
- 2766 • Um unvermeidbare Emissionen auszugleichen und der Atmosphäre langfristig  
2767 Treibhausgase zu entziehen, werden wir zudem die Potenziale natürlicher

- 2768 Kohlenstoffsenken in Form klimarobuster Wälder, wiedervernässter Moore und  
2769 humusreicher Böden künftig ausbauen und die Möglichkeiten zur technischen  
2770 Kohlenstoffabscheidung (sogenannte CSS-Technologien) kritisch prüfen.
- 2771 • Wir werden die Einstellung von Klimaschutz- und Energiemanager:innen und  
2772 die Erstellung und Umsetzung entsprechender Konzepte in den Kommunen  
2773 weiterhin finanziell fördern.
- 2774 • Den Kommunen kommt eine zentrale Rolle bei der Energiewende hinzu. Wir  
2775 werden die damit verbunden neuen Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich  
2776 berücksichtigen und die Kommunalaufsichten für diese Aufgaben  
2777 qualifizieren. Die Energieagentur des Landes Thüringen ThEGA werden wir  
2778 stärken, um die Beratung insbesondere von Kommunen bei den Themen  
2779 Energieerzeugung, -verteilung und -speicherung zu erweitern. Die Grundlage  
2780 für den Klimaschutz ist eine konsequente Umstellung auf eine effizientere  
2781 regenerative Energieversorgung und eine nachhaltige Landwirtschaft.
- 2782 • Die Möglichkeiten auszubauen, um die Bürger:innenbeteiligung direkt vor  
2783 Ort weiter zu stärken. Die Energieversorgung der Zukunft baut auf flexible  
2784 Erzeugung, Verbrauchs- und Speicherstrukturen auf. Der Strommarkt soll  
2785 hierfür weiter dezentralisiert werden.
- 2786 • Klimawandel und Biodiversitätsverlust wollen wir stärker im  
2787 Schulunterricht verankern. Ein wichtiger Schritt für die zielgerichtete  
2788 Vermittlung ist im Rahmen einer Landesstrategie Bildung für nachhaltige  
2789 Entwicklung (BNE) darzustellen.
- 2790 • Wir bekennen uns zu den Thüringer Stadtwerken als tragende Säule der  
2791 Energiewende. Deshalb wollen wir die Kommunen und ihre Stadtwerke bei  
2792 ihrer Nah- und Fernwärmeversorgung besser unterstützen. Dabei werden wir  
2793 insbesondere die erfassten Nutzungspotenziale durch den Einsatz neuer  
2794 Fernwärmequellen aus erneuerbaren Energien (Geothermie, Solarthermie,  
2795 Groß-Wärmepumpen, Bioenergie, etc.) konkret heben. Durch verstärkte  
2796 Kooperation, zielgerichteter Förderung und der weiteren Steigerung der  
2797 Effizienz wird die Wärmeversorgung langfristig gesichert bleiben.
- 2798 • Wir werden unsere Versorgungspartner vor Ort dabei unterstützen,  
2799 Fachkräfte zu gewinnen und mit attraktiven Arbeitsbedingungen zu halten.  
2800 Gerade für die Planungs- und Installationsarbeiten der nächsten Jahre  
2801 brauchen wir attraktive Angebote für hochspezialisierte Fachkräfte. Das  
2802 betrifft sowohl die beteiligten Behörden als auch die Unternehmen.
- 2803 • Der Zusammenschluss von Bürger:innen zu Genossenschaften macht es auch für  
2804 diejenigen möglich, zu Energieproduzenten zu werden, welche nicht über  
2805

- 2806 eigene Nutzflächen verfügen. Die Unterstützung beim Aufbau von  
2807 Energiegenossenschaften ist daher ein wichtiges Anliegen, um beim Ausbau  
2808 der Energieerzeugung und -speicherung direkte Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.
- 2809 • Tiefengeothermie kann einen bedeutenden Beitrag zur Wärmeversorgung der  
2810 Zukunft leisten. Wir werden daher eine Potenzialanalyse zur  
2811 Tiefengeothermie in Thüringen erstellen sowie Förderprogramme und  
2812 Absicherungsinstrumente entwickeln. Diese Aktivitäten verzahnen wir eng  
2813 mit der kommunalen Wärmeplanung.
- 2814 • Mit einem Thüringer Solarausbaugesetz schaffen wir eine technologieoffene  
2815 Grundlage für den vielschichtigen und breiten Einsatz der Solarenergie im  
2816 Freistaat. Wir werden die Nutzung der Solarenergie voranbringen und das  
2817 SolarInvest-Programm u.a. durch eine gezieltere Förderung von  
2818 Stromspeichern anpassen. Mit Hilfe eines Landesprogramms sollen mehr  
2819 Flächen für Photovoltaik, insbesondere auf Dächern und Fassaden und der  
2820 nicht konkurrierenden Zweitnutzung in der Landwirtschaft beispielsweise  
2821 durch Agri-PV erschlossen werden. Solarparks wollen wir, im Sinne einer  
2822 Bündelung von Infrastruktur, vorrangig entlang von Fernstraßen,  
2823 Bahnschienen und Stromtrassen errichten. Kommunen bestärken wir darin, mit  
2824 einer gezielten Konzentrationsplanung Flächen für den Ausbau der  
2825 Photovoltaik auszuweisen.
- 2826 • Wir bekennen uns zum Ausbau der Windenergie in Thüringen als wichtigster  
2827 erneuerbarer Energiequelle. Sie ist essenziell, um den Energiebedarf  
2828 Thüringens vor Ort zu decken und die Energiewende nicht auf Kosten anderer  
2829 Bundesländer voranzutreiben. An den Bau neuer Anlagen setzen wir hohe  
2830 Standards für Umwelt- und Naturschutz und gestalten den Ausbau im Dialog  
2831 mit den Menschen vor Ort. Pauschale Verbote beispielsweise in Waldgebieten  
2832 lehnen wir ab. Im Sinne einer netzstabilen Versorgung auch von  
2833 energieintensiven Abnehmern wollen wir zugleich die regionalen  
2834 Wertschöpfungspotentiale in ganz Thüringen ausbauen.
- 2835 • Wir werden den Ausbau der Ökostromproduktion, insbesondere der  
2836 Windenergie, im Dialog mit den Menschen vor Ort vorantreiben. Dazu werden  
2837 wir die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften zur Ausweisung von  
2838 Windvorranggebieten transparenter gestalten. Wir werden dafür sorgen, dass  
2839 die Windvorranggebiete dort ausgewiesen werden, wo lokale  
2840 Industrieunternehmen profitieren, der zusätzliche Netzausbaubedarf gering  
2841 ist und die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt klein sind.
- 2842 • Wir wollen das 2,2%-Flächenziel in Thüringen durch eine aktive  
2843 Konzentrationsplanung der Windvorrangflächen in ganz Thüringen erreichen.

- 2844 • Wir werden die Planungsverfahren für den Neubau und für das Repowering von  
2845 Windkraftanlagen vereinfachen und beschleunigen, um möglichst viele  
2846 bereits für die Windenergieerzeugung genutzte Standorte weaternutzen zu  
2847 können.
  
- 2848 • Wir werden dafür sorgen, dass die Kommunen und die Bürger:innen vor Ort  
2849 direkt von der Windenergieerzeugung profitieren und bspw. an den Gewinnen  
2850 aus der Windstromerzeugung beteiligt werden.
  
- 2851 • Wir werden einen Thüringer Aktionsplan Energieeffizienz mit dem Ziel, den  
2852 Gesamtenergieverbrauch massiv zu reduzieren, bis 2027 vorlegen.
  
- 2853 • Die Biomasse ist als grundlastfähige Energiequelle ein wesentlicher  
2854 Bestandteil einer erneuerbaren Energieversorgung. Dabei steht für uns die  
2855 Nutzung von Abfällen und Reststoffen im Vordergrund. Wir unterstützen die  
2856 Optimierung und Umrüstung auf einen flexiblen Betrieb sowie die  
2857 Integration in die Gas- und Wärmenetze. Im Bereich der Abwasserentsorgung  
2858 werden wir die Klärgasgewinnung stärken.
  
- 2859 • Wir wollen Thüringen zum Stromspeicherland ausbauen. Dafür müssen wir  
2860 Know-how bündeln und Lücken in der Wertschöpfungskette schließen. Speicher  
2861 sind dabei für uns dabei nicht nur Batterien: Auch die an die  
2862 Verfügbarkeit von grünem Strom angepasste Produktion von Betriebsstoffen  
2863 und Rohprodukten „auf Lager“ kann einen spürbaren Beitrag zur  
2864 Dekarbonisierung leisten.
  
- 2865 • Um auch in Hochlastzeiten und während Dunkelflauten den Energiebedarf  
2866 Thüringens jederzeit eigenständig decken zu können, werden wir die  
2867 Entwicklung von Batterie- und Speichertechnologien vorantreiben.  
2868 Pumpspeicherwerke sind als netzdienlicher Speicher von Strom wichtige  
2869 Bestandteile einer sicheren Energieversorgung.
  
- 2870 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Thüringen  
2871 Erzeugungskapazitäten für grünen Wasserstoff entstehen. Die innovative  
2872 Thüringer Wasserstoffforschung u.a. am Erfurter Kreuz und in Sonneberg  
2873 werden wir auch weiterhin unterstützen. Außerdem wollen wir Erfurt zu  
2874 einem H2-Mobilitätshub ausbauen. Unser Ziel ist es, dass Thüringen seine  
2875 zentrale Lage in Europa nutzt und an der gesamten  
2876 Wasserstoffwertschöpfungskette teilhat. Daher werden wir die Thüringer  
2877 Allianz für Wasserstoff fortführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln.
  
- 2878 • Der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffinfrastruktur stellt für uns  
2879 eine der wichtigsten industriepolitischen Weichenstellungen für Thüringen  
2880 dar. Wir werden den Anschluss an das nationale Wasserstoffkernnetz  
2881

einfordern und regionale Verteilnetze unterstützen.

- Wir unterstützen Vorhaben, die die Direktlieferung der erneuerbaren Energien von den standortnahen Erzeugungsanlagen zu den lokalen industriellen Großabnehmern zum Ziel haben. Beispielsweise werden wir dafür sorgen, dass in diesen Fällen Grundstücke und Dachflächen im Landeseigentum ohne Ausschreibung zu einem marktgerechten Preis an lokale Projekte verpachtet werden können. Auf diese Weise sorgen wir dafür, dass lokale Unternehmen mit günstigem Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden und größere Teile der Wertschöpfung in Thüringen verbleiben.
- Die Beratungsangebote der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur werden wir ebenso ausbauen wie Netzwerke zum Erfahrungsaustausch. KMUs sollen zu den Themen Energieeffizienz und -produktivität beraten werden. Zuschuss- und Darlehensprogramme wie GreenInvest sollen bei der Modernisierung von Produktionsprozessen und -gebäuden unterstützen.
- Damit bestehender Wohnraum auch in Zukunft für alle Einkommensgruppen bezahlbar mit Wärme versorgt werden kann, brauchen wir weniger Verpflichtung und mehr Ermöglichung. Deshalb wollen wir die Optimierung der Wärmeversorgung gezielt fördern. Wir setzen uns daher für einen Heizungstauschbonus für Haushalte mit niedrigem Einkommen ein.
- Wir werden das Beratungsangebot des Stromsparcheck als Beratungs- und Unterstützungsangebot für Haushalte mit niedrigem Einkommen thüringenweit verstetigen.
- Wir halten an der Forderung der Bundesländer und der Sozialpartner zur Einführung eines zeitlich begrenzten Brückenstrompreises fest. Hierdurch sollen energieintensive Unternehmen bei der Energiewende unterstützt werden und die Verbraucher eine Entlastung erfahren.

## 6.2 Thüringens Natur erhalten

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Form von Klima, Umwelt und Natur sind ein Kernziel der SPD Thüringen. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, ökonomische Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Gegensätze, sondern ein zusammengehörender Dreiklang. Durch konsequenten Klima- und Umweltschutz beugen wir zukünftigen Krisen vor und schützen so gerade die sozial Schwächsten – in Thüringen und weltweit.

Wir unterstützen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und werden gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Thüringer Beitrag

2917 zur Umsetzung der 17 Ziele für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch  
2918 nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) fördern und insbesondere durch  
2919 Bildungsangebote und Projekte in Thüringen verankern.

2920 Wir stehen auch in Zukunft für die Bewahrung der vielfältigen und einmaligen  
2921 Landschaften in Thüringen, für saubere Luft, reines Wasser und gesunde Böden.

2922 Das werden wir tun:

- 2923 • Wir werden die EU-Biodiversitätsstrategie und der Aktionsplan  
2924 Insektenschutz aktiv mit Maßnahmen untersetzen, um den weiteren Verlust  
2925 von Arten und Lebensräumen auch in der Kulturlandschaft mit konkretem  
2926 Handeln zu begegnen.
- 2927 • Unsere Landschaften, die in Deutschland zu den Zentren der Arten- und  
2928 Lebensraumvielfalt zählen, wie zum Beispiel die Gipskarstlandschaft im  
2929 Südharz, müssen wir nachhaltig schützen und für zukünftige Generationen  
2930 bewahren. Der Ausstieg aus dem Naturgipsabbau muss das Hauptziel im  
2931 Südharz bleiben, um diese einmaligen Landschaften zu erhalten. Diese  
2932 Naturräume bilden die Grundlage, um nachhaltigen, schonenden Tourismus zur  
2933 Wertschöpfung in der Region weiter aufzubauen, zu fördern und zu erhalten.
- 2934 • Die Naturschutzförderung in Thüringen muss dahin verbessert werden, dass  
2935 Landwirte für die ökologische Leistung kostendeckend entlohnt werden. Nur  
2936 mit attraktiven Prämien zur Sicherung von gesellschaftlichen  
2937 Zielstellungen für sauberes Wasser, gesunde Böden und Reichtum der Natur  
2938 können Landwirte und Flächeneigentümer für diese Aufgabe gewonnen werden.
- 2939 • Um unsere selbst gesteckten Naturschutzziele zu erreichen, werden wir die  
2940 unteren Naturschutzbehörden, die Naturschutzverbände und die NATURA 2000  
2941 Stationen noch besser als Kompetenznetzwerk wirken lassen. Ein Schwerpunkt  
2942 sollen dabei z. B. in Zusammenarbeit mit den  
2943 Gewässerunterhaltungsverbänden und den Forstämtern konkrete in der Fläche  
2944 wirksame Arten- und Biotopschutzmaßnahmen sein. Für uns ist der Erhalt von  
2945 arten- und lebensraumreichen Kulturlandschaften am besten mit den Menschen  
2946 zu schaffen. Mit dem Konzept „Erhalt durch Nutzung“ wollen wir bei  
2947 Naturschutz und Landwirtschaft praktikabel Lösungen finden.
- 2948 • Der Nationalpark und UNESCO Weltnaturerbe Hainich hat einen  
2949 außergewöhnlichen Wert für Thüringen. Wir setzen uns dafür ein, diesen  
2950 einzigartigen Buchenwald zu schützen und den Nationalpark als regionalen  
2951 Ankerpunkt für Naturschutz, Tourismus und Bildung für nachhaltige  
2952 Entwicklung weiterzuentwickeln.

- 2953 • Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab. Die Nutzung  
2954 gentechnisch veränderter Pflanzen schadet nicht nur dem Image „Thüringer  
2955 Qualität“, sondern birgt auch unabschätzbare Risiken. Der Freistaat  
2956 Thüringen geht hier vorbildlich voran: auf landeseigenen bzw. vom Land  
2957 verpachteten Flächen dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen  
2958 angebaut werden. Wir setzen daher unsere Mitarbeit im Europäischen  
2959 Netzwerk gentechnikfreier Regionen engagiert fort, dem der Freistaat  
2960 Thüringen auf Betreiben der SPD beigetreten ist.
  
- 2961 • Um auch zukünftig angepasste Nutz- und Kulturpflanzen aus Thüringen  
2962 anbauen zu können, braucht es den Ausbau der Sortenforschung, der  
2963 Erhaltungszucht und der anwendungsorientierten Etablierung der  
2964 Erkenntnisse.
  
- 2965 • Ein wichtiges Ziel bleibt für uns die Reduzierung der Salzbelastung der  
2966 Werra.
  
- 2967 • Das Ziel einer Kreislaufwirtschaft in Thüringen steht für uns an erster  
2968 Stelle. Um der “Wegwerfgesellschaft” etwas entgegenzustellen, setzen wir  
2969 uns für ein regeneratives System ein, dass in der Lage ist Ressourcen in  
2970 den Kreislauf wiederaufzunehmen und im System (teilweise)  
2971 weiterzuverwenden. Eine umfangreiche Müllreduzierung, Wiederverwendung  
2972 durch Recycling und eine neue Ingebrauchnahme durch Reparatur stehen hier  
2973 im Fokus. Die SPD Thüringen verpflichtet sich gezielte Investitionen,  
2974 insb. in die Entwicklung und den Transfer neuer Verfahren bzw. Prozesse,  
2975 umzusetzen.
  
- 2976 • Wir unterstützen das Bundesprogramm zur Vermeidung von Plastikmüll.  
2977 Weniger bis gar keine Produktion von Einwegverpackungen muss unser Ziel  
2978 sein. Dies ist nur ein Ansatz, um das Prinzip der Nachhaltigkeit zu  
2979 gewährleisten. Des Weiteren stehen wir für eine für alle verträgliche  
2980 Abfallgebührensatzung und für das Solidarprinzip bei der  
2981 Abwasserentsorgung.
  
- 2982 • Wir forcieren den ökologischen und klimarobusten Waldumbau in Thüringen.  
2983 Den Verlust der heimischen Wälder durch den Klimawandel und  
2984 Schädlingsbefall dürfen wir nicht hinnehmen und müssen spezielle Programme  
2985 auflegen, um nicht nur ThüringenForst, sondern auch die privaten  
2986 Waldbesitzer:innen und Kommunen zu unterstützen. Dabei soll auf  
2987 Kalamitätsflächen sowohl die Wiederaufforstung, als auch insbesondere auf  
2988 Staatswaldflächen die natürliche Wiederbewaldung berücksichtigt werden.  
2989 Zur nachhaltigen Finanzierung der Aufforstung wollen wir die Erlöse aus  
2990 Windkraftanlagen im Wald nutzen.
  
- 2991 • Wir fördern strukturreiche Waldränder für einen naturnahen Übergang von



2992 Wald in Wiese und Feld mit Strauchgürteln und Krautsaum sowie die  
2993 Wiederanlegung von Feldhecken als Rückzugsraum für viele bedrohte  
2994 Tierarten.

2995 • Wir begrenzen den Flächenverbrauch und werden eine  
2996 Flächenkreislaufwirtschaft einführen. Hierzu erstellen wir einen Thüringer  
2997 Masterplan Flächenverbrauch bis 2027, dem die Strategie eines Netto-Null-  
2998 Flächenverbrauchs zu Grunde liegt. Die zunehmende Versiegelung führt nicht  
2999 nur zum Verlust der Artenvielfalt und dem Ausstoß von Treibhausgasen durch  
3000 den Verlust von Grünland, sondern vernichtet auch unwiederbringlich Böden  
3001 für die landwirtschaftliche Nutzung. Wir müssen mit unseren Böden endlich  
3002 verantwortungsvoll umgehen, denn Boden ist ein begrenztes Gut! Wir setzen  
3003 uns für eine Kompensation von in Anspruch genommenen Flächen ein, die eine  
3004 effektive und langfristige ökologische Wirkung entfaltet. Dafür braucht es  
3005 einen landesweiten Ausgleichspool.

3006 • Wir werden insbesondere in ländlichen Regionen die Anreize und Förderungen  
3007 für innerstädtische Siedlungsentwicklung z. B. in Form höherer Fördersätze  
3008 für Abriss oder energetische Sanierung verbessern. Abriss und Sanierung in  
3009 der Innenstadt muss Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohngebiete haben.

3010 • Die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER für die  
3011 flächenbezogenen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wird sich daran  
3012 orientieren, den Anteil des ökologischen Landbaus zu erweitern und  
3013 extensive Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere der Rinderhaltung,  
3014 Weideprämien, Agroforstsysteme bis hin zur schonenden Landbewirtschaftung  
3015 von Auen, Mooren und Feuchtgebieten fortzuführen bzw. neu zu etablieren.

## 3016 **7. Gesundheit und Pflege stärken**

3017 Noch nie standen gesundheitspolitische Themen so sehr im Mittelpunkt wie seit  
3018 Beginn der Corona-Pandemie. In den vergangenen Jahren haben sich bestehende  
3019 Probleme weiter verschärft und gegenseitig verstärkt. Viele Fragen hängen  
3020 direkt miteinander zusammen: allen voran eine gute Pflege, ein moderner  
3021 öffentlicher Gesundheitsdienst, solide aufgestellte Krankenhäuser und eine  
3022 vernetzte Versorgung.

3023 Uns liegt eine landesweite qualitativ gute Gesundheitsversorgung am Herzen.  
3024 Deshalb sollten alle Thüringer:innen eine Gesundheitsversorgung aus einer Hand  
3025 bekommen können. Dazu bedarf es einer sukzessiven Reduktion der starren Trennung  
3026 zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Das Fachpersonal in den  
3027 Krankenhäusern, den ambulanten Angeboten und im Rettungsdienst muss  
3028 unkompliziert zusammenarbeiten können, um den Genesungsprozess der Patienten  
3029 bestmöglich zu fördern. Unser Ziel ist die bessere Zusammenarbeit und die  
3030 Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen. Wir werden lokale

3031 Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft fördern.

3032 Wir haben in den letzten Jahren bereits Anreize geschaffen, damit sich junge  
3033 Ärzte auf dem Land niederlassen und so die haus- und fachärztliche  
3034 Grundversorgung sicherstellen. Außerdem haben wir die Studienplätze für  
3035 Humanmedizin erhöht.

## 3036 **7.1 Krankenhäuser, Fachärzte und Notfallversorgung**

3037 Die hohe Qualität der medizinischen Versorgung in Thüringen möchten wir  
3038 flächendeckend erhalten. Der medizinische Fortschritt einerseits sowie der  
3039 demografische Wandel (mehr Patienten, weniger Fachkräfte) andererseits machen es  
3040 jedoch dringend erforderlich, dass sich insbesondere die Krankenhäuser  
3041 strukturell weiterentwickeln. Alle Standorte werden auch in Zukunft benötigt,  
3042 sie müssen sich jedoch spezialisieren und in einer Region stärker  
3043 zusammenarbeiten - untereinander sowie mit den ambulanten Ärzten. Ein zentraler  
3044 Bestandteil ist dabei die Reform der Notfallversorgung. Wenn sich Krankenhäuser  
3045 spezialisieren, braucht es ein verlässliches und gut ausgebautes System an  
3046 Rettungsmitteln, damit die Patienten an die Stelle gelangen, wo sie am besten  
3047 versorgt werden.

3048 Das werden wir tun:

- 3049 • Mit Sorge sehen wir die zunehmenden Probleme einiger kommunaler Kliniken  
3050 in Thüringen. Die Corona-Pandemie hat überdies gezeigt, wie wichtig eine  
3051 flächendeckend stabile und hochwertige Versorgung ist. Wir schaffen ein  
3052 Programm zur Stärkung kommunaler Krankenhäuser. Gemeinsam mit den  
3053 kommunalen Kliniken und den Trägern wird ein regelmäßiger Runder Tisch  
3054 angeregt, um Synergien und Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kliniken  
3055 zu identifizieren. Damit soll der strukturelle Nachteil kommunaler  
3056 Kliniken gegenüber großen, meist privaten Krankenhauskonzernen  
3057 ausgeglichen werden. Öffentliche Krankenhausinvestitionen werden wir  
3058 prioritär in Abhängigkeit von der Qualität der Einrichtung und der  
3059 Tarifbindung der Mitarbeitenden vornehmen.
- 3060 • Für die weitere Vernetzung und Kooperation der Kliniken werden ab 2022 pro  
3061 Jahr 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dazu gehören beispielsweise  
3062 Einkaufsverbünde, telemedizinische Netzwerke, gemeinsame Personal- und  
3063 Weiterbildungsangebote, aber auch die Bildung gemeinsamer medizinischer  
3064 Zentren, um Kräfte und Personal zu bündeln und dadurch Leuchttürme von  
3065 Spitzenmedizin zu schaffen. Wir werden dazu in der Thüringer  
3066 Kommunalordnung und im Thüringer Krankenhausplan die nötigen  
3067 Voraussetzungen schaffen. Eine weitere Privatisierung kommunaler Kliniken  
3068 lehnen wir ab.

- 3069 • In einer Digitalstrategie legen wir einen Schwerpunkt auf die digitale  
3070 Infrastruktur und Vernetzung der Klinik. Wichtig ist, dass die Kliniken  
3071 digital interoperabel vernetzt werden und keine Insellösungen entstehen.  
3072 Wir machen uns stark für die Etablierung eines telemedizinischen  
3073 Herzinfarktnetzwerks. Die Thüringer Digitalagentur soll dazu mit weiteren  
3074 Experten eine Förderstrategie mit kurz- und mittelfristigem Maßnahmenplan  
3075 entwickeln.
- 3076 • Die Corona-Pandemie hat die Engpässe in der psychotherapeutischen  
3077 Versorgung insbesondere von Kindern und Jugendlichen noch einmal  
3078 vergrößert. Nicht verarbeitete Belastungen zu Beginn des Lebens können  
3079 prägend sein für viele Jahre und sich auf die weitere Entwicklung sehr  
3080 nachteilig auswirken. Deshalb schließen wir uns der Forderung der  
3081 ostdeutschen Psychotherapeutenkammer an, flächendeckend in Schulen und  
3082 Kindergärten frühzeitig für mögliche Probleme zu sensibilisieren. Wir  
3083 werden niedrigschwellige Angebote und Hilfestellungen ausbauen, um eine  
3084 möglichst frühe Intervention zu gewährleisten. Dazu werden wir  
3085 sozialtherapeutischen Praxen sowie sozialpsychiatrische Dienste für  
3086 Kinder und Jugendliche schaffen.
- 3087 • Wir weiten die Möglichkeiten der Videosprechstunde aus. Wir fordern ein  
3088 erster Kontakt mit Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen sollte bereits  
3089 per Videosprechstunde möglich sein. So stehen Therapeut:innen aus ganz  
3090 Deutschland zur Verfügung.
- 3091 • Wir setzen uns für eine hohe Qualität und Versorgungssicherheit in der  
3092 Geburtshilfe ein. Dazu werden wir, die Versorgung besser aufeinander  
3093 abstimmen und eine gestufte Versorgung mit gut erreichbaren  
3094 Geburtsstationen schaffen. Die SPD setzt sich dazu folgende Ziele:
- 3095 • eine flächendeckende Erreichbarkeit von Geburtskliniken. Kleinere  
3096 Geburtskliniken sollten allerdings nur solche Entbindungen vornehmen, für  
3097 die sie ausgestattet sind. Daher ist eine enge Zusammenarbeit von  
3098 Geburtskliniken verschiedener Versorgungsstufen nötig. Die Vorhaltung  
3099 bedarfsnotwendiger Geburtskliniken ist sicherzustellen.
- 3100 • weitere Maßnahmen, um die hohe Kaiserschnittquote auf das medizinisch  
3101 notwendige Maß zu senken. Vor allem Kliniken mit geringerer Geburtenzahl  
3102 und weniger Personal haben oft höhere Kaiserschnitt-Raten. Ein  
3103 wesentlicher Grund ist die Finanzierung. Es besteht derzeit ein  
3104 finanzieller Fehlanreiz zum geplanten Kaiserschnitt, der zu beseitigen  
3105 ist.
- 3106 • eine optimale Betreuung der Schwangeren durch ausreichend und gut  
3107 ausgebildete Hebammen. Der Beruf muss dafür an Attraktivität gewinnen,

insbesondere durch eine bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

- verbesserte Geburtsbedingungen im klinischen Setting durch ausreichend Personal (1:1 Betreuung durch eine Hebamme während der Geburt), möglichst wenig Stress während der Geburt (z.B. das Recht darauf, von den Anfangswehen bis zur vollendeten Geburt im selben Raum zu verbringen; kein Zeitdruck während der Geburt) und eine verbesserte Ausstattung in Kreißsälen: Eine Badewanne pro Kreißsaal und sonstige, an Geburtshäuser angegliche, Ausstattung.

- eine stärkere Vernetzung von Kliniken und Frauenärzt:innen für ein besseres Screening und eine bessere Information und Steuerung der Schwangeren, damit die Versorgung Hand in Hand erfolgt.

- eine transparente Übersicht über Leistungsumfang, Personalausstattung und Qualitätsindikatoren aller Geburtskliniken ("Geburtswegweiser") durch eine unabhängige Einrichtung (z. B. Landesärztekammer) zu entwickeln und zu veröffentlichen. Dies muss allgemeinverständlich und leicht zugänglich für Mütter und Frauenärzt:innen aufbereitet werden. Die Daten werden regelmäßig aktualisiert (mindestens alle 2 Jahre).

- Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Dazu zählt nicht nur, die theoretische Wahlfreiheit darüber zu haben, Schwangerschaften durchführen oder beenden zu wollen, sondern auch die praktische Möglichkeit, Schwangerschaftsabbrüche ohne große zeitliche, geographische und finanzielle Hürden auf sich zu nehmen. In allen Krankenhäusern mit einer Geburtsklinik nach Krankenhausplan sowie der Universitätskliniken, sollen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden. Zum anderen fordern wir – auch beim Bund – die Weiterentwicklung und Zulassung von Mitteln zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch und entsprechende Forschung ein.

- Wir wollen eine nachhaltige und langfristige Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen. Gemeinsam mit Vertretern der Landkreise und kreisfreien Städte sowie dem Landesverband Thüringen der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. wird dazu ein Maßnahmenpaket "Thüringer Allianz für den ÖGD" erarbeitet. Dieses Paket soll kurz- und mittelfristige Handlungsfelder sowie strategische Fragen identifizieren und entsprechende Maßnahmen festlegen. Dabei spielen folgende Aspekte eine zentrale Rolle:

o Studium um zusätzliche Elemente des öffentlichen Gesundheitswesens erweitern (Public Health)

- 3145 o dass Teile der praktischen Aus- und Weiterbildung auch in Gesundheitsämtern  
3146 absolviert werden können
- 3147 o sowie ein Lehrstuhl für das öffentliche Gesundheitswesen am Uniklinikum Jena  
3148 eingerichtet wird
- 3149 o Analog zum "Thüringen Stipendium" fördert das Land Thüringen angehende  
3150 Mediziner:innen, die sich für eine Tätigkeit im ÖGD entscheiden, mit einem  
3151 Stipendium
- 3152 o die Aufgabenstruktur des ÖGD wird überarbeitet
- 3153 o es sind weitere Stellen für Praxis- und Hygienefachpersonal auszuweisen
- 3154 o um Ärzten mehr berufliche Flexibilität zu geben, soll Amtsärzten auch die  
3155 Nebentätigkeit im ambulanten Bereich ermöglicht werden bzw. niedergelassenen  
3156 Ärzten eine teilweise Anstellung im Gesundheitsamt.
- 3157 o Thüringen setzt sich bei den Tarifpartner:innen für eine bessere Bezahlung der  
3158 Beschäftigten im ÖGD ein und schafft weitere Anreize durch Zulagen.
- 3159 o der Freistaat fördert unter den Gesundheitsämtern die Bildung von  
3160 Kooperationen und Zweckverbänden.
- 3161 o das für Gesundheit zuständige Ministerium übernimmt mit festen  
3162 Ansprechpartner:innen die Koordination.
- 3163 o ein stärkerer Fokus als bisher soll dabei dem Bereich der Prävention  
3164 insbesondere vulnerabler Gruppen (prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Kinder,  
3165 Menschen mit Behinderung...) zukommen.
- 3166 o die bisher gültige „Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die  
3167 Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten" erhält  
3168 als Basis ein modernes Landesgesetz für den ÖGD. Die Verordnung wird durch eine  
3169 Personalmindestausstattung der Gesundheitsämter sowie der zuständigen  
3170 Landesbehörde erweitert.
- 3171 • Die erschreckend hohe Fallzahl von Betroffenen von Post- und Long-Covid  
3172 gibt auch in Thüringen Anlass zur Sorge und drängt uns zum Handeln. Wir  
3173 begrüßen die Intensivierung der Forschungsförderung durch den Bund, um  
3174 Medikamente gegen Long-Covid zu entwickeln und zuzulassen, und wollen in  
3175 Thüringen für gute Ergänzungen und Beteiligung sorgen.

- Wir werden ein Landeskonzept zur Suchtprävention entwickeln und die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Sucht und Prävention prüfen.
- Wir werden die Förderung des anonymen Krankenscheins Thüringen (AKST) verstetigen und die Förderfähigkeit auf Menschen ohne Krankenversicherung ausdehnen sowie die Mittel dafür bedarfsgerecht erhöhen.
- Das Gesundheitswesen selbst sorgt geschätzt für 5 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dies liegt vor allem am Energie- und Ressourcenverbrauch. Das Energiethema wollen wir durch Investitionen in nachhaltige Infrastruktur (vor allem Gebäude) angehen. Den Ressourcenverbrauch wollen wir auch in Thüringen verringern.
- Gesundheit für die Menschen erreichen wir nur, wenn auch unsere Umwelt gesund ist. Der Ansatz „One Health“ unterstreicht, dass es nur eine gemeinsame Gesundheit geben kann - von Mensch, Tier und Umwelt.

## 7.2 Ambulante und stationäre Pflege

Die Pflegeversicherung als Teilkaskosystem deckt immer weniger die Kosten, während der Eigenanteil der Pflegebedürftigen seit Jahren massiv steigt. Zunehmend müssen sie daher Hilfe zur Pflege (Sozialhilfe) in Anspruch nehmen. Dies stellt auch eine wachsende finanzielle Belastung vieler Kommunen dar. Schon heute arbeitet aufgrund der Arbeitsverdichtung und Belastung mehr als jeder zweite Beschäftigte in der Pflege nur noch in Teilzeit. Tausende ausgebildete Fachkräfte haben sogar die Pflegebranche verlassen. Mit besseren Personalschlüsseln sowie attraktiven Arbeitsbedingungen wollen wir sicherstellen, dass die Pflegebranche nicht selbst zum Pflegefall wird.

Das werden wir tun:

- Die SPD Thüringen steht für eine Pflege in Würde, unabhängig von der finanziellen Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Daher werden wir uns für eine Deckelung des gesamten Eigenanteils einsetzen, der nicht von der staatlichen Pflegeversicherung übernommen wird.
- Im ersten Schritt werden die Eigenanteile auf dem aktuellen Niveau von maximal 1.500 Euro pro Monat eingefroren (Durchschnittlicher Eigenanteil für stationäre Pflege in Thüringen in 2020); die darüber liegenden Ausgaben werden erstattet. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass Pflege bezahlbar bleibt und nicht zum Armutsrisiko wird. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Bürger:innenversicherung.

- 3211 • In einem zweiten Schritt wird ein Bündnis für Pflege gebildet, an  
3212 Vertreter:innen aus allen Bereichen der Pflege sowie der Betroffenen  
3213 beteiligt werden. Das Bündnis soll die Bedingungen in der Pflege gemeinsam  
3214 sozial gerecht weiterentwickeln und auch die Höhe eines sozial  
3215 vertretbaren Deckels für den Eigenanteil ermitteln.
  
- 3216 • Zu einer Pflege in Würde gehört auch, dass pflegenden Angehörigen eine  
3217 Teilhabe am sozialen Leben weiterhin möglich ist und ausreichend  
3218 Entlastungsangebote zur Verfügung stehen. Ein wesentlicher Grund für die  
3219 Überlastung vieler Angehöriger ist das Fehlen kurzfristig verfügbarer  
3220 Plätze in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, etwa für eine Auszeit,  
3221 Urlaub oder Reha-Maßnahmen. Daher schaffen wir einen Anspruch auf  
3222 Vermittlung einer Kurzzeitpflege über eine zentrale Pflege-  
3223 Vermittlungsstelle – ähnlich der Termin-Servicestelle für Arzttermine.
  
- 3224 • Wir setzen uns für eine staatliche Förderung ein, um Anreize für die  
3225 Schaffung zusätzlicher Plätze in der Kurzzeitpflege zu setzen. Diese  
3226 können in solitären Einrichtungen für Kurzzeitpflege entstehen, aber auch  
3227 eingestreut in stationären Pflegeeinrichtungen. Wir werden Anbieter  
3228 anteilig unterstützen für den Fall des wirtschaftlichen Risikos, wenn  
3229 eingeplante Kurzzeit-Pflegebedürftige wieder absagen und Betten leer  
3230 stehen. Diese Fördermittel werden spätestens ab 2024 vom Land zur  
3231 Verfügung gestellt. Die Förderung bleibt bestehen bis vom Bund  
3232 vergleichbare Förderinstrumente zur Verfügung gestellt werden.
  
- 3233 • Grundlage für die Förderung ist eine Ist-Analyse. Um den Bedarf an  
3234 Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie weiterer pflegerischer  
3235 Infrastruktur zu ermitteln und bedarfsgerechte Angebote zu fördern,  
3236 braucht es eine regelmäßige regionale Pflegestatistik, die öffentlich  
3237 zugänglich ist und in einer Landespflegeplanung mündet. Das Land hat die  
3238 Aufgabe, planerisch für eine ausreichende Infrastruktur zu sorgen (SGB XI,  
3239 §9). Die SPD Thüringen wird sich deshalb für einen Landespflege- und  
3240 Patientenbeauftragten, der als Ombudsstelle fungiert und dem Landtag und  
3241 der Öffentlichkeit regelmäßig Landespflegeberichte vorlegt stark  
3242 machen. Die SPD Thüringen erkennt die enorme Leistung der über 80.000  
3243 pflegenden Angehörigen im Freistaat an. Wir schaffen eine  
3244 niedrigschwellige, regional vernetzte und vor allem aufsuchende  
3245 Hilfestellung. Dafür werden die bisher primär stationären  
3246 Pflegestützpunkte zu mobilen Beratungsdiensten weiterentwickelt. Für eine  
3247 bessere regionale Vernetzung arbeiten sie außerdem eng mit weiteren  
3248 bestehenden Angeboten (z. B. Agathe, Dorfkümmerer, Nachbarschaftshilfe,  
3249 Gemeindeschwestern) zusammen. Das Land beteiligt sich an der Finanzierung  
3250 von jeweils einem Pflegestützpunkt in den Landkreisen und kreisfreien  
3251 Städten mit bis zu 25.000 Euro jährlich.

- Die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen Kolleg:innen in der Pflegebranche leiden, sind seit Jahren bekannt. Es wird Zeit, dass auf die systemrelevante Stellung von Pflegekräften mit angemessenen Arbeitsbedingungen geantwortet wird. Deshalb setzt sich die SPD ein für:

o Das Inkrafttreten eines Pflegeschlüssels, sichergestellt durch verbindliche Pflegepersonaluntergrenzen. Nur so können Träger dazu motiviert werden, genug Personal vorzuhalten, ohne dass regelmäßig zu Unterbesetzung, Schließung von Stationen und Überstunden kommt.

o die konsequent höhere Bezahlung bei Überstunden. Damit lohnt es sich für Träger eher, neues Personal einzustellen, sodass die anderen Kolleg:innen nicht ständig springen und mehr Überstunden leisten müssen. Diese Maßnahme lässt die Schaffung von Vollzeitstellen gegenüber Teilzeitstellen attraktiver werden.

o Wir unterstützen die Forderung nach einer 30 Stunden Woche für Pflegekräfte mit vollem Lohnausgleich.

- Die Anforderungen an eine hochwertige Pflege verlangen eine bessere Organisation und Förderung der Ausbildung. Wir setzen uns für eine Ausbildungsvergütung für Studentinnen und Studenten der Pflegewissenschaften ein. Sie müssen genauso viele Praxisstunden in der Pflege absolvieren wie Auszubildende, werden jedoch nicht dafür bezahlt. Daher fordern wir eine Beteiligung der Pflegewissenschaften genauso wie Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser am Pflegeausbildungsfonds.

## **8. Engagiert für Kunst, Kultur, Medien und Sport**

Thüringen ist Kulturland, Thüringen ist Sportland, Thüringen ist Medienstandort. Diese Besonderheit Thüringens gilt es zu bewahren und durch eine gezielte Weiterentwicklung aller drei Bereiche zukunftsfest zu machen. Sie sind die Basis von zivilgesellschaftlichem Wirken und Demokratie.

Kulturpolitik und Sportpolitik haben für uns eine zentrale Bedeutung als Bestandteil unserer Bestrebungen, den gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen entgegenzuwirken. Ein weiterer wichtiger Pfeiler der Demokratie sind die Medien unseres Landes. Sie genießen und bedürfen eines besonderen Schutzes. Den bereits begonnenen Strukturwandel müssen wir weiter kritisch begleiten. Unser Ziel bleibt die unabhängige und kritische Information für alle Generationen, der im Freistaat lebenden Menschen.

Wir stehen politisch in der Verantwortung, den Neustart und die Perspektiven des kulturellen und sportlichen Lebens nach Corona kraftvoll zu fördern. Der Staat hat die Verantwortung, den Weg zur Mitwirkung in Sport und Kultur für alle zu



3288 öffnen.

## 3289 **8.1 Kulturland Thüringen**

3290 Eine offene demokratische Gesellschaft ist auf eine lebendige und vielfältige  
3291 Kulturszene angewiesen. Das schließt das kulturelle Erbe der Thüringer  
3292 Residenzlandschaft; der Theater und Museen, der jüdischen Landesgemeinden und  
3293 Kirchen ebenso ein wie Angebote der Soziokultur und Brauchpflege, künstlerisches  
3294 Schaffen und Unterhaltungsformate aller Art. Das kulturelle Erbe Thüringens ist  
3295 einzigartig. Es muss daher bewahrt und allen zugänglich gemacht werden. Kultur  
3296 ist überall dort, wo Menschen sich frei begegnen, kreative Räume erschließen und  
3297 in einen gleichberechtigten Austausch treten. Dies findet sowohl in den Städten  
3298 also auch in ländlichen Regionen statt.

3299 Wir verstehen Kultur als gesellschaftliche Aufgabe. In Zeiten wachsender  
3300 Ungeichheit müssen wir dafür sorgen, dass die Zugangshürden zu Kultur und  
3301 kultureller Bildung abgebaut und beseitigt werden. Gleichsam sind wir der Anwalt  
3302 für Kulturakteur:innen, die von ihrer Arbeit leben können müssen und ebenso wie  
3303 andere Arbeitnehmer:innen sozialer Absicherung bedürfen.

3304 Erinnerungsarbeit hat für uns einen besonderen Stellenwert. Institutionen wie die  
3305 Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora oder der ehemalige  
3306 Firmensitz von Topf und Söhne leisten einen sehr wichtigen Beitrag, an diese  
3307 Schuld zu erinnern, ihre Geschichte aufzuarbeiten und an unsere Verantwortung  
3308 des „Nie wieder!“ zu mahnen.

3309 Das werden wir tun:

- 3310 • Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer kreativen Arbeit leben können.  
3311 Wir machen uns deshalb für faire Mindestvergütungen und  
3312 Ausstellungsvergütungen stark.
- 3313 • Wir setzen uns dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme für  
3314 Kulturakteur:innen deutlich zu verbessern.
- 3315 • Die Finanzierung der Kultur muss auch in Haushaltsnotlagen gesichert sein.
- 3316 • Wir wollen Kultur als Pflichtaufgabe in der Thüringer Kommunalordnung  
3317 verankern. Der von der SPD entwickelte Kulturlastenausgleich im kommunalen  
3318 Finanzausgleich ist fortzuführen und finanziell anzupassen.
- 3319 • Kultur muss als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden

- 3320 • Wir wollen die Parität - sowohl bei der Besetzung von Kommissionen, Jurys  
3321 und Gremien im Kultur- und Medienbetrieb als auch bei der Vergabe von  
3322 Förderungen und künstlerischen Aufträgen
  
- 3323 • Wir setzen uns für eine Fortsetzung und Erweiterung des Bundesprogrammes  
3324 zur Erhaltung der Thüringer Schlösserlandschaft ein
  
- 3325 • Wir begrüßen die Auszeichnung des mittelalterlich-jüdischen Erbes Erfurts  
3326 mit dem Welterbe-Titel. Alte Synagoge, Mikwe und Steinernes Haus sind  
3327 erstrangige bauliche Überlieferungen früheren jüdischen Lebens. Gemeinsam  
3328 mit der Landeshauptstadt wollen wir deshalb dafür sorgen, dass diese  
3329 historischen Stätten noch bekannter werden und dass ein für Besucher:innen  
3330 attraktives und didaktisch vorbildliches Welterbezentrum entsteht.
  
- 3331 • Wir stärken die Initiativen zur Aufarbeitung von NS-Raubkunst und  
3332 Sammlungen in kolonialen Zusammenhängen durch Provenienzforschung. Deshalb  
3333 soll eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Thüringen Museumsverband  
3334 und anderen Akteuren den weiteren Bedarf und Vorschläge für das weitere  
3335 Vorgehen erarbeiten.
  
- 3336 • Wir setzen uns für eine kulturelle Teilhabe aller ein, insbesondere für  
3337 Kinder und Jugendliche soll es einen kostenlosen Zugang zur Kultur geben.
  
- 3338 • Wir stehen für den Erhalt der reichen und traditionsreichen Thüringer  
3339 Orchester- und Theaterlandschaft. Gemeinsam mit den kommunalen Trägern und  
3340 dem partizipierenden Umland wollen wir auch künftig allen Theatern und  
3341 Orchestern finanzielle Planungssicherheit mit langfristigen  
3342 Finanzierungsvereinbarungen geben, um so eine gute künstlerische  
3343 Entwicklung zu ermöglichen.
  
- 3344 • Wir wollen, dass Theater und Orchester allen Menschen im Land offen  
3345 stehen. Um dies zu ermöglichen wollen wir, dass jedes Kind mindestens ein  
3346 mal ein Theater oder Orchester besucht hat.
  
- 3347 • Die Projektförderung trägt maßgeblich dazu bei, dass neue Ideen eine  
3348 Chance zur Verwirklichung erhalten. Wir streben dabei künftig eine  
3349 Entbürokratisierung und eine Vereinfachung bei Förderanträgen an.  
3350 Zukünftig sollen die landesweiten Verbände auf Grundlage eines  
3351 Wirtschaftsplans (Personal- und Sachkosten) institutionell gefördert  
3352 werden. Wichtige kulturelle Initiativen und Vereine sollen auch mehr  
3353 Planungssicherheit durch eine mehrjährige Projektförderung erhalten.
  
- 3354 • Soziokulturelle Initiativen und Zentren in ländlichen und städtischen  
3355 Räumen lädt bieten die Chance für jeden, selber aktiv zu werden, eigene

- 3356 Ideen zu verwirklichen. und Kultur zu erleben. Wir wollen daher die  
3357 wichtige Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weiter fördern.
- 3358 • Wir wollen die Welt dazu einladen, die großen und die vielen versteckten  
3359 Schätze des Kulturlandes Thüringen zu entdecken. „Zur Unterstützung und  
3360 Entwicklung des Kulturtourismus und zur Stärkung des ländlichen Raums  
3361 fördern wir individual touristische Angebote in historischen Dorf- und  
3362 Ortskernen. Damit wollen wir unser ländlich kulturelles Erbe sichern und  
3363 deren Eigentümer:innen besser unterstützen Des Weiteren soll mit dem  
3364 weiteren Ausbau des multimedialen virtuellen Portals Menschen in aller  
3365 Welt das Kulturland Thüringen ansprechend präsentiert werden. Portale  
3366 sollen an besonders bekannten Orten wie zum Beispiel Weimar den Touristen  
3367 aus aller Welt die Schatzkammer Thüringen vorstellen und Lust machen auf  
3368 längere Besuche und neue Entdeckungen in Thüringen.
- 3369 • Wir werden die digitale Transformation und Digitalität im Kulturbereich  
3370 unterstützen, um die kulturellen Institutionen und Vereine zukunftsfähig  
3371 zu machen. Kulturinstitutionen stehen vor der großen Herausforderung, ihr  
3372 Publikum an sich zu binden bzw. neue und mehr Besuchergruppen zu gewinnen.  
3373 Neue Formate sind zu entwickeln um den Nutzer:innen eine bessere Teilhabe  
3374 zu ermöglichen. Dies erfordert einen umfassenden Ansatz in der digitalen  
3375 Transformation, angefangen vom so genannten „Changemanagement“ in der  
3376 Verwaltung, der Förderung der Infrastruktur bis hin zur digitalen  
3377 Erfassung von Kulturgütern. Die digitale Präsentation und Vermittlung, wie  
3378 auch die Ermöglichung von digitaler Kunst, gewinnen zunehmend an  
3379 Bedeutung. Gerade Digitalisierung benötigt dynamische Instrumentarien. Um  
3380 eine ständige Fortentwicklung in diesen Bereichen zu ermöglichen, müssen  
3381 die Förderinstrumentarien flexibler ausgestaltet werden. Dies betrifft  
3382 sowohl erleichterte Förderbedingungen als auch neue inhaltliche  
3383 Schwerpunkte.
- 3384 • Wir werden den weiteren Ausbau eines zentralen Kultur- und Wissensportals  
3385 weiter vorantreiben und als Beitrag Thüringens zur Deutschen Digitalen  
3386 Bibliothek profilieren. Hierbei werden wir die Kultureinrichtungen und  
3387 Kulturschaffenden gezielt bei Erstellung ihrer Angebote unterstützen.
- 3388 • Wir haben die Museumsförderung deutlich erhöht und stehen auch in Zukunft  
3389 gemeinsam mit den Kommunen für die finanzielle Sicherheit der Museen ein.  
3390 Wir wollen zur Stärkung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit in  
3391 den Museen ein Volontariatsprogramm starten.
- 3392 • Wir stehen für ein würdiges Gedenken. Wir wollen die Erinnerungen der  
3393 Verfolgten und Häftlinge für alle Zeit respektvoll bewahren und  
3394 gleichzeitig die Bildungs- und Forschungsarbeit der Gedenkstätten im  
3395 Dienste des Austauschs, der Verständigung und der Demokratie weiter

3396 stärken.

3397 • Mit einer gezielten Förderpolitik wollen wir gemeinsam mit den Kommunen  
3398 das Angebot der Musik- und Jugendkunstschulen erhalten. Gerade im  
3399 ländlichen Raum muss es Ziel sein, dass Jugendliche diese Angebote auch in  
3400 Zukunft nutzen können. Zudem wollen wir die Kooperationen mit anderen  
3401 Kultureinrichtungen stärken.

3402 • Bibliotheken sind nicht nur Orte der Information, sondern in vielen  
3403 Gemeinden und Städten auch Orte der Begegnung, des Austausches und ein  
3404 Mittelpunkt des kulturellen Lebens. Es muss auch zukünftig darum gehen,  
3405 gemeinsam mit den Kommunen dieses Angebot zu erhalten. Wir wollen die  
3406 Bibliotheken als außerschulischen Lernort stärken und mehr in die  
3407 schulische Arbeit integrieren.

3408 • Thüringen ist das Land von Goethe und Schiller, eine Landschaft der  
3409 deutschen Dichtung. Dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet. Wir  
3410 wollen die Thüringer Literaturfestivals und damit die überregionale  
3411 Präsentation der Thüringer Autoren weiter unterstützen. Die Leseförderung  
3412 in den Schulen wollen wir mit dem Ziel weiterentwickeln, bei den jungen  
3413 Thüringer:innen schon früh die Freude an Literatur zu wecken.

3414 • Soziokultur in den Kommunen lädt dazu ein, Kultur zu erleben und eigene  
3415 Ideen zu verwirklichen. Wir wollen die wichtige Arbeit der  
3416 Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weiter fördern. Gleichzeitig wollen  
3417 wir Innovationen und die Umsetzung von neuen Ideen durch eine  
3418 unbürokratische und flexible Projektförderung unterstützen.

3419 • Thüringen ist Musikland. Tradition und Innovation beflügeln sich  
3420 gegenseitig. Zahlreiche Festivals, wie die Thüringer Bachwochen oder der  
3421 Güldene Herbst begeistern ein internationales Publikum. Aber auch Junge  
3422 Projekte müssen gefördert und unterstützt werden. Wir wollen Festivals und  
3423 Projekte stärken und weiter profilieren. Mit ihnen wollen wir mehr  
3424 Besucher:innen aus dem In- und Ausland nach Thüringen locken.

3425 • Wir unterstützen eine weitere Bewerbung aus Thüringen zur Kulturhauptstadt  
3426 Europas. Thüringen war über alle Epochen hinweg Kristallisationspunkt  
3427 europäischer Geschichte und Kultur und hat unter anderem beim Lutherjahr  
3428 und dem Tag der deutschen Einheit bewiesen, dass es ein exzellenter  
3429 Gastgeber ist. Das erfolgreiche EU-Projekt kann im Freistaat eine  
3430 zukünftige Kulturhauptstadt finden, von der nachhaltige Impulse in  
3431 Wirtschaft, Tourismus und Kultur ausgehen.

## 3432 8.2 Medien

3433 Unabhängige Medien sind wesentlicher Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie  
3434 und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information,  
3435 Kommunikation, sichern gesellschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe und  
3436 Zugang zu Wissen.

3437 Eine starke Medienwirtschaft ist neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk für  
3438 die Erfüllung dieser gesellschaftlichen Aufgaben von zentraler Bedeutung. Unser  
3439 Ziel ist es, den Medienstandort Thüringen zu stärken sowie allen Bürger:innen  
3440 den Zugang zu einem ausgewogenen und unabhängigen lokalen, regionalen und  
3441 überregionalen Medienangebot zu sichern.

3442 Das werden wir tun:

- 3443 • Wir werden den Anteil gesellschaftlich relevanter Verbände in den Gremien  
3444 des MDR erhöhen und damit diesen weiter pluralisieren.
- 3445 • Erfurt als Zentrum für Kindermedien werden wir weiter stärken. Dabei  
3446 setzen wir künftig verstärkt auf die Entwicklung von Medieninhalten für  
3447 Lehr- und Lernmedien, auf Spieleentwicklung sowie die Medienproduktion  
3448 durch Kinder.
- 3449 • Wir werden die Medienförderung noch deutlicher als bisher für neue mediale  
3450 Formen und experimentelle Formate öffnen.
- 3451 • Der Ausbildung in Medienberufen messen wir eine besondere Bedeutung bei.  
3452 Daher wollen wir Aus- und Weiterbildungsinitiativen unterstützen, die auf  
3453 den rasanten Wandel in der Medienwelt reagieren.
- 3454 • Die Förderung der Thüringer Bürgermedien werden wir aufstocken und dafür  
3455 sorgen, dass ihnen neue technische Verbreitungswege zur Verfügung stehen.
- 3456 • Bibliotheken wollen wir als Orte der Informationsvermittlung und  
3457 medienpädagogischen Arbeit stärken. Daher unterstützen wir eine  
3458 Integration kommunaler Medienzentren in öffentlichen Bibliotheken und  
3459 wollen den Zugang zu Bibliotheken auch im ländlichen Raum sicherstellen.
- 3460 • Wir setzen uns für verstärkte Faktenchecks und die Bekämpfung von Fake-  
3461 News durch den MDR und die Landesmedienanstalt ein.

## 3462 8.3 Sport

3463 Fast 350.000 Menschen sind in den knapp 3.400 Thüringer Sportvereinen  
3464 organisiert. Mit Recht kann der organisierte Sport im Freistaat damit für sich

in Anspruch nehmen, die „größte Bürger:innenbewegung im Lande“ zu sein. Sport übernimmt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Er stiftet Gemeinschaftsgefühl, trägt maßgeblich zur Gesunderhaltung bei und vermittelt Werte wie Fairness. Darum setzen wir uns dafür ein, angemessene Rahmenbedingungen für den Sport abzusichern und eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten.

Das werden wir tun:

- Land und Kommunen müssen gemeinsam mit den Vereinen Verantwortung für den Breitensport übernehmen. Die direkten Förderungen dafür stammen zum Großteil aus den Überschüssen der Staatslotterie. Diese Finanzierung stellt eine verlässliche Säule für den Breitensport dar. Wir wollen prüfen, inwieweit diese verlässliche Säule durch weitere Finanzierungsquellen ergänzt werden kann.
- Landesregierung und der Landessportbund müssen die bestehende allgemeine Ziel- und Leistungsvereinbarung um entsprechende Entwicklungsziele für den Breitensport erweitern.
- Wir werden die Ehrenamts- und Übungsleiter:innenpauschale regelmäßig an die allgemeine Kostenentwicklung anpassen.
- Wir setzen uns für eine Aufwertung des Sports in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen aus. In der Ausbildung der Erzieher:innen und in der praktischen Arbeit der Kindertagesstätten sollen Sport und Angebote zur altersgerechten motorischen Entwicklung sowie zur Bewegungsförderung daher wieder einen höheren Stellenwert bekommen.
- Die Ausbildung der Sportlehrer:innen und der Übungsleiter:innen muss zudem noch stärker auf altersgruppenspezifische methodisch-didaktische Ansätze ausgerichtet werden.
- Wir wollen das erfolgreiche Programm „Bewegte Kinder = gesündere Kinder“ weiter ausbauen und schrittweise an allen Schulen verankern.
- Gemeinsam mit dem Bund sollen die Kommunen auch weiterhin bei der Sanierung und beim Ausbau von Schulen und Sporteinrichtungen unterstützt werden. Der Fördertitel für Bau und Sanierung von Schulsporthallen soll dazu auf 10 Millionen Euro erhöht werden. Außerdem wird die Finanzierung kommunaler Schwimmbäder zur Gewährleistung des Schwimmunterrichts für alle Schüler:innen sichergestellt.
- Wir werden ein Sonderinvestitionsprogramm Sportstätten in Höhe von

- 3500 jährlich 20 Millionen Euro schaffen. Gerade in ländlichen Regionen bedarf  
3501 es neuer Wege. Dabei wollen wir die multifunktionelle Nutzung von  
3502 Bestands- und Leergebäuden (Sport-, Veranstaltungs-, Jugendhilfestätten)  
3503 erproben und hier unbürokratische Finanzierungen aus verschiedenen  
3504 Fördertöpfen ermöglichen.
- 3505 • Wir wollen Spitzensportler:innen gezielt unterstützen, indem wir  
3506 Landesstipendien vergeben, die Sportgymnasien stärken und dort für den  
3507 Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen sorgen.
- 3508 • Wir wollen unsere Profi- und Spitzensportvereine dabei unterstützen,  
3509 weiterhin den wachsenden Voraussetzungen der jeweiligen Ligen gerecht zu  
3510 werden und legen ein jährliches Förderbudget auf.
- 3511 • Wir wollen einen sauberen Sport und setzen uns klar gegen Doping ein. In  
3512 diesem Sinne haben wir bei der Novellierung des Sportfördergesetzes mit  
3513 dafür gesorgt, dass Sportorganisationen nur dann vom Land gefördert  
3514 werden, wenn sich Mitarbeiter:innen mit Doping-Vergangenheit einer  
3515 Überprüfung durch die Unabhängige Kommission des DOSB stellen.
- 3516 • Wir wollen alle Thüringer Sportregionen wieder in das Zentrum der  
3517 Aufmerksamkeit rücken, indem wir diese bei der Entwicklung ihrer  
3518 Sportstätten als Teil eines sichtbaren und attraktiven touristischen  
3519 Gesamtkonzeptes unterstützen.
- 3520 • Eine besondere Rolle nimmt der Behindertensport ein, der vom Breiten- bis  
3521 zum Leistungssport gleichrangig unterstützt wird. Für Menschen mit  
3522 körperlichen und geistigen Einschränkungen ist Sport eine Möglichkeit der  
3523 Teilhabe und Selbstverwirklichung.
- 3524 • Wir erkennen an, dass eSport sich zunehmender Beliebtheit erfreut – gerade  
3525 bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Frage, ob eSport ebenfalls  
3526 als Sport anzusehen ist oder nicht, muss angesichts dessen in nächster  
3527 Zeit geklärt werden. Dabei sind uns zwei Punkte wichtig: Der organisierte  
3528 Sport hat sich von Beginn an den Veränderungen unserer Gesellschaft und neu  
3529 aufkommenden Sporttrends und Sportarten sowie sich wandelnden  
3530 Freizeitinteressen stellen müssen. Das hat er erfolgreich getan.  
3531 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass neue Sportarten nur dann Aufnahme in  
3532 den organisierten Sport finden können, wenn sie dessen Aufnahmekriterien  
3533 und dessen Wertekanon entsprechen. Wenn eSport entsprechende  
3534 Entwicklungsschritte einschlägt und so Akzeptanz beim organisierten Sport  
3535 findet, steht seiner Anerkennung als Sport aus unserer Sicht nichts im  
3536 Wege.

## 8.4 Ehrenamt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt basiert darauf, wie viel jede:r bereit sind, sich für die Umwelt und andere Menschen einzusetzen, Rücksicht aufeinander zu nehmen und Respekt für die Leistung anderer zu zeigen. Ist der gesellschaftliche Zusammenhalt stark ausgeprägt, stärkt das unsere Demokratie, macht sie lebendig und wehrhaft.

Das Ehrenamt ist mit 800.000 Tausend Engagierten in Thüringen die oft unsichtbare Kraft, ohne die ein Zusammenleben in unserer Gesellschaft nicht vorstellbar wäre. Allein in den Thüringer Feuerwehren engagieren sich über 35.000 Kamerad:innen. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die Menschen sind, die in Blaulicht- oder Rettungsorganisationen, Sportvereinen, Jugendverbänden, Kleingarten- oder Karnevalsvereinen ehrenamtlich tätig sind. Besonders in Zeiten des Wandels und wachsender Unsicherheit in der Bevölkerung, verstärkt durch eine globale Gesundheitskrise, braucht es das ehrenamtliche Engagement.

Viel zu oft nehmen wir die unbezahlbare Leistung des Ehrenamtes für das Funktionieren unseres Zusammenlebens als selbstverständlich hin. Dabei werden hier bundesweit jährlich fünf Milliarden Arbeitsstunden kostenfrei oder mit nur geringer Entschädigung geleistet. Das zeigt, wie groß der Anteil des Ehrenamts an der Daseinsvorsorge mittlerweile ist. Wir müssen aber feststellen, dass das Ehrenamt in seinen vielen Facetten zunehmend unter Druck gerät, insbesondere in ländlichen Regionen. Wegzug, Überalterung, Bürokratie oder fehlende Freizeit durch beruflichen Druck sind die Hürden für den Erhalt und Ausbau ehrenamtlicher Strukturen.

Die SPD Thüringen bekennt sich deshalb zum Ehrenamt als Ressource für unser Zusammenleben und wird die ehrenamtlich Aktiven in Thüringen weiterhin unterstützen.

Das werden wir tun:

- Ehrenamtliche Arbeit findet in zumeist vor Ort in unseren Kommunen statt. Wir werden unsere Kommunen dauerhaft finanziell in die Lage versetzen, Aufgaben im eigenen Wirkungskreis zu erbringen und damit das Fundament für ehrenamtliches Engagement zu legen.
- Darüber hinaus werden wir ein Ehrenamtsbudget für Kommunen schaffen, damit Engagierte direkt gefördert werden. Unsere kommunalen Entscheidungsträger wissen am besten, wo finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche gebraucht wird.
- Absicherung des Ehrenamtes durch seine Verankerung in der Thüringer



## 3573 Landesverfassung

- 3574 • Ausbau der sog. Jugendpauschale sowie Stärkung der Örtlichen  
3575 Jugendförderung
- 3576 • Verpflichtung der Kommunen zur Förderung der Arbeit von Jugendverbänden  
3577 über die kommunalen Jugendförderpläne.
- 3578 • Ausbau von Leistungen aus dem Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben  
3579 der Generationen sowie der Familienpauschale zur Unterstützung der  
3580 Kommunen bei der Umsetzung einer kommunalen Sozialplanung.
- 3581 • Stärkung der Thüringer Ehrenamtsstiftung und ihrer Leistungen durch  
3582 gezielte Öffentlichkeitsarbeit.
- 3583 • Bessere Ausstattung und erhöhte Ausgabe der Thüringer Ehrenamtscard.
- 3584 • Gezielte Förderung und Vernetzung ehrenamtlicher Strukturen mit  
3585 entsprechenden Qualifizierungs- und Serviceangeboten mithilfe der Neuen  
3586 Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement (DSEE).
- 3587 • Abbau unverhältnismäßiger bürokratischer Belastungen für das Ehrenamt,  
3588 mithilfe eines zentralen Portals mit Muster-Formularen und Informationen  
3589 zu geltenden Regelungen.
- 3590 • Klarstellung darüber herbeiführen, dass die Möglichkeit der politischen  
3591 Tätigkeit einer Organisation zur Verfolgung ihres gemeinnützigen Zweckes  
3592 besteht, ohne ihre Steuerbefreiung zu gefährden.
- 3593 • Die Menschen, die ehrenamtlich ihre Gesundheit für unseren Schutz und  
3594 unsere Sicherheit riskieren, gilt es besonders zu unterstützen, vor allem  
3595 in ländlichen Regionen. Was wir leider immer wieder feststellen, ist der  
3596 mangelnde Respekt vieler Leute gegenüber den Sicherheits- und  
3597 Rettungskräften. Umso mehr liegt uns die Sicherstellung des ehrenamtlich  
3598 getragenen Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes am Herzen. Deshalb  
3599 wollen wir mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne die Leistung der  
3600 Katastrophenschutzkräfte würdigen und die Feuerwehren mit Investitionen in  
3601 Infrastruktur und Lehrangeboten insbesondere an der Thüringer  
3602 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule unterstützen.

## 3603 **9. Zukunftsfähige und solide Haushaltspolitik**

3604 Die solide und vorausschauende Haushaltspolitik der vergangenen Jahre hat dafür

3605 gesorgt, dass Thüringen auch in der Corona- und Energiekrise handlungsfähig  
3606 geblieben ist. Eine gute Finanzpolitik darf aber nicht nur die kurzfristige  
3607 Krisenbewältigung im Blick haben, sondern muss immer auch Gestaltungsspielräume  
3608 für kommende Generationen schaffen.

3609 Es bedarf daher in den nächsten Jahren einer klaren Prioritätensetzung im  
3610 Landeshaushalt. Nur so schaffen wir die für die kommenden Jahre notwendigen  
3611 Gestaltungsspielräume für Investitionen in die Transformation von Wirtschaft und  
3612 Gesellschaft.

3613 Das werden wir tun:

- 3614 • Wir werden den Landeshaushalt auch weiterhin an den Herausforderungen der  
3615 Zukunft ausrichten. Dafür sind uns eine realistische Finanzplanung mit  
3616 konstant hohen Investitionsquoten und ein sicherer Mittelabfluss ebenso  
3617 wichtig, wie die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, eine  
3618 aufgabengerechte Personalausstattung der öffentlichen Hand auf allen  
3619 Ebenen, der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Fortführung der  
3620 Schuldentilgung, der in Anbetracht der Pandemiebewältigung aufgenommenen  
3621 Kredite.
- 3622 • Um den Herausforderungen der anstehenden Transformation der Wirtschaft und  
3623 der Verwaltung begegnen zu können, wollen wir die Investitionsquoten im  
3624 Landeshaushalt zwischen 16 und 18 Prozent stabilisieren.
- 3625 • Wir werden eine klare Prioritätensetzung in der Förderung vornehmen.  
3626 Förderprogramme sollen effizient und transparent gestaltet und eingesetzt  
3627 werden. Wir werden die Landesprogramme konzentrieren und vereinfachen, um  
3628 bessere Voraussetzungen für wichtige Investitionen in Schulen,  
3629 Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu schaffen.
- 3630 • Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Abschaffung der grundgesetzlichen  
3631 Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ein. Die Erfahrungen seit ihrer  
3632 Einführung zeigen, dass sie die Handlungsfähigkeit des Staates  
3633 insbesondere auf Länderebene massiv einschränkt. Damit zukunftsweisende  
3634 Investitionsprojekte z. B. im Rahmen der Energie- und Wärmewende nicht an  
3635 ihrer Finanzierbarkeit scheitern, muss es auch für die Länder möglich  
3636 sein, in einem gewissen Rahmen fristenkongruent zu finanzieren.
- 3637 • Um den Herausforderungen der Transformation gerecht zu werden, werden wir  
3638 einen „Thüringer Transformationsfonds (TTF)“ zur langfristigen  
3639 Finanzierung von Zukunftsinvestitionen einrichten. Damit wollen wir in den  
3640 kommenden Jahren einen fühlbaren struktur- und klimapolitischen Impuls  
3641 setzen und den notwendigen Wandel in Thüringen aktiv gestalten. Damit  
3642

3643 schaffen wir Finanzierungssicherheit für Unternehmen, öffentliche  
3644 Einrichtungen und Kommunen und vereinfachen die Mittelverwaltung innerhalb  
der Landesverwaltung.

- 3645 • Zur Finanzierung dieser Investitionen des „Thüringer Transformationsfond  
3646 (TTF)“ werden wir die Ausgabe von „grünen“ Anleihen prüfen. Denn für  
3647 solche Anleihen bestehen regulatorisch Vorgaben dafür, welche Art von  
3648 Projekten finanziert werden dürfen. Damit schaffen wir nicht nur  
3649 Transparenz hinsichtlich der Mittelverwendung, sondern leisten zusammen  
3650 mit anderen Bundesländern einen Beitrag zum Wandel der Kapitalmärkte hin  
3651 zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

- 3652 • Wir werden für die Zukunft vorsorgen. Wir werden die Rücklagen so  
3653 ausstatten, dass wir auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren können.  
3654

- 3655 • Wir werden die bestehenden Prozesse in der über viele Jahre gewachsenen  
3656 Förderlandschaft des Freistaats kritisch prüfen. Förderprogramme sollen  
3657 effizient und transparent gestaltet und eingesetzt werden. Nach kritischer  
3658 Prüfung dieser hinsichtlich ihrer Effektivität werden wir auch  
3659 Streichungen in Betracht ziehen. Wir werden die Landesprogramme  
3660 standardisieren und vereinfachen, um bessere Voraussetzungen für wichtige  
3661 Investitionen in Schulen, Infrastruktur, Wirtschaft und Soziales zu  
3662 schaffen. Dazu schaffen wir eine zentrale Förderplattform, die eine  
3663 vollelektronische Abwicklung aller landeseigenen Förderprogramme  
3664 ermöglicht. Und wir werden die Landeshaushaltsordnung sowie die  
3665 entsprechenden Verwaltungsvorschriften auf Möglichkeiten der  
3666 Entbürokratisierung prüfen.

- 3667 • Das seit 2022 rasant gestiegenen Zinsniveau stellt Kommunen und Unternehmen  
3668 zunehmend vor Finanzierungsprobleme. Instrumente wie Bürgschaften und  
3669 zinsverbilligte Kredite können ohne größere Fördersumme helfen, aus einem  
3670 unfinanzierbaren Vorhaben eine rentierliche Investition zu machen. Dazu  
3671 wollen wir die Thüringer Aufbaubank als erfahrenen Partner des Freistaats  
3672 weiter stärken und mit der Umsetzung entsprechender Landesprogramme  
3673 beauftragen.

## 3674 **10. Wir in Europa**

3675 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie wichtig ein geeintes und  
3676 geschlossenes Europa ist. Frieden, Demokratie und ökonomischer Wohlstand, Basis  
3677 des Zusammenlebens auf unserem Kontinent, stehen verstärkt im Wettkampf mit  
3678 autokratischen und diktatorischen Systemen auf der Welt. Europa ist der  
3679 wichtigste Handelspartner vieler Thüringer Unternehmen, tausende von  
3680 Schüler:innen nehmen an europäischen Austausch teil und Studierende lernen

3681 heute in Universitäten europaweit. Viele Bauvorhaben in Thüringen wären ohne  
3682 Fördermittel aus der EU nicht finanzierbar. Europa ist Lebensrealität vieler  
3683 Thüringer:innen. Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzendie europäische  
3684 Zusammenarbeit bei Bildung, Forschung und Transfer, im Arbeitsmarkt und in der  
3685 Kultur zu vertiefen.

3686 Viele dieser Herausforderungen vor denen wir aktuell stehen, lassen sich nicht  
3687 auf nationaler Ebene lösen seien es geopolitische Fragen oder die Bekämpfung des  
3688 menschengemachten Klimawandels. Deshalb engagieren wir uns weiterhin für ein  
3689 starkes, gemeinsames und soziales Europa.

3690 Das werden wir tun:

- 3691 • Wir werden im Ausschuss der Regionen für ein starkes, nachhaltiges und  
3692 soziales Europa eintreten, das auch in Krisenzeiten zusammensteht und  
3693 niemanden zurücklässt. Wir wollen ein bürgernahes und demokratisches  
3694 Europa, in dem nicht nur darüber gesprochen wird, was besser laufen kann,  
3695 sondern auch darüber, wo Europa im Freistaat wirkt und das Leben vieler  
3696 Bürger:innen bereichern kann.
- 3697 • Wir wollen ein soziales Europa, das gemeinsame Regeln für gute Arbeit,  
3698 gerechte Steuern und eine soziale Grundsicherung schafft. Unser Ziel ist  
3699 eine Europäische Union, die soziale Mindeststandards sichert, Lohn und  
3700 Sozialdumping wirksam unterbindet und die sozialen Grundrechte für alle  
3701 Bürger:innenin Europa stärkt.
- 3702 • Wir werden am Wissenschaftsstandort Thüringen in die grenzüberschreitende  
3703 Forschung investieren und unsere Wissenschafts- und Forschungspolitik  
3704 international ausrichten.
- 3705 • Wir werden den Austausch der Bürger:innen in Europa fördern. Dazu wollen  
3706 wir verstärkt europäische Städtepartnerschaften unterstützen und neue  
3707 Ideen für die internationale Arbeit vor Ort entwickeln.
- 3708 • Wir wollen die Barrieren des grenzübergreifenden Arbeitsmarktes weiter  
3709 abbauen, an mehr gemeinsamen Bildungsabschlüssen arbeiten und an der  
3710 schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen.
- 3711 • Wir werden die Europäische Bildungsarbeit in unseren Bildungseinrichtungen  
3712 ausbauen und daran arbeiten neben Studierenden verstärkt Auszubildenden  
3713 über Erasmus+ die Möglichkeit zu einem Austausch zu geben.
- 3714 • Wir setzen uns ein für ein Europa, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
3715 schützt und die Einhaltung der Menschenrechte sichergesllt sowohl gegen

3716 Angriffe im Inneren als auch in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen  
3717 an den EU-Außengrenzen.